Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Pfennig für den Millimeter Höhe und Spalte; 70 Pfennig für Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 21045, 21047, 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 45 Fritz Kroß, Halle.

Einzelpreis 10 Pf. | Halle, Dienstag, 22. März 1927 | 7. Jahrgang * Nr. 68

Einmarsch der Kanton-Truppen in Schanghai

Die weiße Armee in voller Auflösung — Generalstreik in Schanghai — Zusammenstöße mit den britischen Truppen

Die von uns gestern veröffentlichte Meldung über die Einnahme Schanghais durch die Kanton-Truppen wird bestätigt. Montag, am 21. März, früh, besetzten die Kanton-Truppen die Chinesenstadt Schanghai. Ueber den Einzug und die gegenwärtige Lage liegen folgende Meldungen vor:

(Eig. Drahtm.) Schanghai, 22. März.

Nach dem Einzug der Kanton-Truppen in Schanghai veranstalteten Tausende von chinesischen Einwohnern Kundgebungen für die Kantonesen. Der Streik ist allgemein. Nach eingegangenen Meldungen ging die Besetzung Schanghais durch die Südtruppen fast ohne jede größeren Kämpfe vor sich. An vielen Stellen der Stadt gingen die Tschangtung-Truppen geschlossen zur Kanton-Armee über. In Schanghai selbst sind überall Proklamationen angeschlagen, in denen die Sicherheit der Fremden garantiert wird. In den Niederlassungen selbst ist es an den verschiedensten Stellen jedoch wiederholt zu Zusammenstößen mit den Demonstrationszügen gekommen. Innerhalb der Niederlassungen wurden eine Anzahl Propagandalente verhaftet, die angeblich chinesische Arbeiter „aufzuwiegeln" versuchten. Mit dem Fall Nankings wird stündlich gerechnet. In Nanking sollen größere Meutereien der Nordtruppen ausgebrochen sein.

Die Meldungen, die die deutschen bürgerlichen Telegraphenagenturen bringen, und die fast restlos aus den englischen amtlichen und halbamtlichen Nachrichtenfabriken stammen, stellen die Lage so dar, als ob das Leben der Ausländer in der internationalen Niederlassung Schanghais gefährdet wäre. Die Polizei der internationalen Niederlassung sei gezwungen gewesen, „die Straßen von den erregten Menschenmassen zu säubern" und zu diesem Zwecke auf die Demonstranten mehrere Knüppelangriffe zu unternehmen. Die deutsche bürgerliche Presse nimmt immer deutlicher für den englischen Imperialismus Partei. So schreiben z. B. die heutigen „Leipziger Neueste Nachrichten": „Es wird sich zeigen, ob die Kanton-Armee fähig ist, die internationale Niederlassung vor den plündernden bolschewistischen Streitborden zu schützen." Die folgenden zwei bürgerlichen Meldungen sind für diese Art Lügenberichterstattung typisch:

Schanghai, 20. März.

Chinesische Truppen, vermutlich des Nordheeres, trafen heute abend im Norden der internationalen Niederlassung auf die Sperre und begannen zu plündern. Auf Ersuchen der Polizei wurde ein Panzerwagen an Ort und Stelle gesandt, der einem ständigen Feuer aus Maschinengewehren ausgesetzt war. Ein englischer Offizier und drei Mann wurden verwundet.

Schanghai, 21. März.

Aus der Richtung der Chinesenstadt ist dauernd Gefechtslärm vernehmbar. In der internationalen Siedlung sind verschiedene Personen verwundet worden.

Allem Anschein nach will der britische Imperialismus bewaffnete Zusammenstöße zwischen den Kanton-Truppen und den englischen Kräften provozieren, um dadurch einen Vorwand für einen blutigen Feldzug gegen die chinesische revolutionäre Bewegung zu gewinnen.

Die nächsten Tage sind deshalb für die weitere Entwicklung von entscheidender Bedeutung. Es wird sich auch zeigen, ob die amerikanischen, französischen und japanischen Truppen in Schanghai bereit sind, gegen die chinesischen Arbeiter und Bauern zu kämpfen.

Die Einnahme Schanghais durch die nationalrevolutionäre Armee bedeutet die Möglichkeit, die chinesische Revolution in proletarischer Richtung weiterzutreiben. In Schanghai sind die besten Kräfte der chinesischen klassenbewußten Arbeiterschaft konzentriert. Jeder erinnert sich noch der heldenhaften Streikbewegung, die die Schanghaier Gewerkschaften im Jahre 1925 geführt haben, und die trotz des weißen Terrors Monate hindurch nicht niedergerungen werden konnte. Außer der politischen Stärkung, die die Bewegung erhält, bedeutet die Einnahme von Schanghai die Erschließung von ungeren Einnahmequellen für die Kanton-Regierung. Der Besitz von Schanghai bedeutet die Kontrolle des chinesischen Außenhandels und der Zölle. Erst dadurch wird die Kanton-Regierung in die Lage versetzt, die finanziellen Grundlagen für eine Politik zu schaffen, die im Interesse aller Werktätigen liegt.

Das deutsche Proletariat begrüßt den weltgeschichtlichen Sieg der national-revolutionären Bewegung. Ohne die Rolle, die die Kommunistische Partei Chinas in der Bewegung spielt, wäre es sicher nicht gelungen, die bisherige kompromißlos antiimperialistische Richtung durchzusetzen. In den kommenden großen Kämpfen zwischen britischem Imperialismus und national-revolutionärer Bewegung in China wird die Rolle der Kommunistischen Partei an Bedeutung immer zunehmen. Ihr fällt die Aufgabe zu, die Bewegung in der Richtung des proletarischen Klassenkampfes immer mehr vorwärts zu treiben.

Explosionskatastrophe in der Kohlenverflüssigungsanlage des Chemietrusts

(WTB.) Ludwigshafen, 22. März.

Gestern abend gegen 10 Uhr entstand in dem Kohleverflüssigungsbetrieb der J. G. Farbenindustrie infolge Defektwerdens einer Leitung eine Explosion, bei der 12 Arbeiter verletzt wurden. Zwei Arbeiter, deren Verletzungen erheblicher Natur sind, wurden in das Krankenhaus Frankental gebracht. Die übrigen kamen mit leichteren (?) Verletzungen davon.

*

Das Mordsystem des Giftkapitals erfordert täglich neue Opfer. Es ist ein himmelschreiender Skandal, daß Regierung, Behörden und Instanzen diesem mörderischen Treiben tatenlos zusehen. Das neue schwere Unglück ist für die Leunaarbeiter deshalb ein besonderes Alarmsignal, weil die Kohlenverflüssigungsanlage im Leunawerk in den nächsten Wochen schon in Betrieb genommen werden soll. Der „Klassenkampf" hat schon vor Monaten darauf hingewiesen, daß diese Anlage, die die bürgerliche Presse nur als ein „Wunderwerk der Technik" zu preisen weiß, eine Mordhölle für die Arbeiter sein wird. Die Katastrophe in Ludwigshafen bestätigt unsere Mahnung.

Die wahren Schuldigen sind die Verantwortlichen für das furchtbare Antreibesystem, das in den Betrieben des Chemietrusts herrscht. Kampf dem Mordsystem!

Wachsende Kriegsgefahr auf dem Balkan

Die Kriegsgefahr, die in den letzten Tagen durch den Albanienkonflikt heraufbeschworen wurde, **spitzt sich immer mehr zu.** Es sind absolut keine Momente eingetreten, die irgendwie eine Lösung des Konfliktes herbeiführen können. **Italien gießt nach wie vor Oel ins Feuer** und hetzt, offen von England unterstützt, weiter. Wie stark England hinter dieser Hetze steht, beweist das offizielle **„Journal d'Italia"**, indem es die Kriegshetze gegen Jugoslawien, die zur Verschleierung der italienischen Kriegspläne führen soll, mit einer **wüsten Hetze gegen die Sowjetunion verbindet.** Es heißt in diesem Organ: „Die sogenannte „Weiße Hand", militärische Geheimorganisation in Jugoslawien, stehe zur Verwirklichung ihrer Angriffspläne **mit bolschewistischen Kreisen in Verbindung.** Einer ihrer Führer hätte vor kurzem in Wien mit Vertrauensleuten der sowjetrussischen Gesandtschaft eine Konferenz gehabt." Die Stellung Frankreichs ist vorerst sehr undurchsichtig. Zweifellos stimmt der Wunsch der jugoslawischen Regierung, die Angelegenheit vor den Völkerbund zu bringen, mit der Politik Frankreichs überein. Zwischen der französischen, englischen, italienischen und deutschen Regierung sind ständige telegraphische und telephonische Besprechungen und Botschafterbesuche über den Balkankonflikt im Gange.

*

Wie der Berichterstatter des „Matin" erfährt, ist die südslawische Regierung bereit, die Frage der Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit Albaniens **der Kontrolle des Völkerbundes zu unterbreiten.** Das Ziel Jugoslawiens ist, die **Schutzherrschaft Italiens über Albanien dadurch zunichte zu machen, daß es den Völkerbund an seine Stelle setzt.** Italien wie auch England will natürlich von diesem Plan Jugoslawiens nichts wissen. Französische Pressestimmen fordern Stresemann auf, als augenblicklichen Vorsitzenden des Rats **die Initiative zu ergreifen und die Albanienfrage vor den Völkerbund zu bringen. Die deutsche Regierung läßt erklären, daß Stresemann dazu nicht befugt sei.**

Ein Zwischenfall im südslawischen Parlament

Belgrad, 21. März.

In der heutigen Debatte in der Skupschtina ereignete sich ein Zwischenfall, der wohl nicht ohne Folgen bleiben wird. Der Abgeordnete Wilder sprang plötzlich auf und rief, gegen die Diplomatenloge gewendet, wo in der ersten Reihe General Brodrero, der **italienische Gesandte,** saß:

„Der italienische Gesandte General Brodrero ist noch immer hier. Hinaus mit ihm aus dem Lande, mit seiner ganzen Spionenbande. Der südslawische Gesandte Balugdowitsch mußte Rom bereits verlassen, warum sitzt Brodrero noch immer hier?"

Bei der Opposition wurden die Worte Wilders mit Beifall aufgenommen. Der Präsident der Skupschtina unterbrach die Versammlung und verließ den Saal. Die Mitglieder der Regierung traten sofort zum Ministerrat zusammen.

Metallarbeiterversammlung Halle für Kampf

Gestern abend tagte im „Volkspark" die Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes Halle, um Stellung zu nehmen zu den jüngsten Tarifverhandlungen, insbesondere zum 52-Stunden-Schiedsspruch. Einstimmig wurde nach dem Bericht des Kollegen Dreicher und einer lebhaften Diskussion folgende **Entschließung** angenommen:

„Die Mitgliederversammlung des DMV. Halle vom 21. März 1927 heißt den Beschluß der Bezirks-Bevollmächtigtenkonferenz des DMV. Halle, der den Schiedsspruch, die 52-Stunden-Woche betreffend, ablehnt, gut. Die Mitgliederversammlung erwartet, daß auch jedes Kompromiß in der Arbeitszeitfrage abgelehnt wird. Sie fordert den starren Achtstundentag und die 46stündige Arbeitswoche. Mit der Frage der Arbeitszeit muß die Lohnfrage unbedingt verbunden werden. An der Spitzenforderung von 80 Pf. pro Stunde ist festzuhalten. Der Schiedsspruch vom 21. März ist abzulehnen, wie jeder Schiedsspruch, der den berechtigten Forderungen der Metallarbeiter nicht gerecht wird.

Die Unternehmermanöver, einen den Forderungen der Metallarbeiter nicht gerecht werdenden Schiedsspruch durch die Schlichtungsausschüsse des kapitalistischen Staates verbindlich erklären zu lassen, müssen mit einem geschlossen geführten, offenen Kampf beantwortet werden. Vom Hauptvorstand wird erwartet, daß er alle Mittel anwendet, um den Kampf der mitteldeutschen Metallarbeiter nachdrücklichst zu unterstützen."

Gegen die Folterungen der ungarischen proletarischen Kämpfer wurde folgende Entschließung gefaßt:

„An die ungarische Regierung.

Die am 21. März stattgefundene Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes Halle erhebt den schärfsten Protest gegen die barbarischen Folterungen klassenbewußter Arbeiter, die vor ein terroristisches Standgericht gestellt werden sollen, einzig aus dem Grunde, weil sie für ihre politischen Ueberzeugungen durch Agitation und Propaganda wirken. Die hallische Metallarbeiterschaft fordert ordentliches Gerichtsverfahren, Einstellung der unmenschlichen Folterungen, Meinungsfreiheit für Werktätige."

*

Die Mitgliederversammlung war in Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung nicht genügend besucht. Von 4000 organisierten Metallarbeitern in Halle hätten bei einer solchen Frage wie der Stellungnahme zu den bevorstehenden Kämpfen mindestens 75 Prozent anwesend sein müssen! Diese Mängel müssen offen gesagt werden. Jedes Mitglied, jeder Betriebsarbeiter muß sich klar sein, daß auch von seiner Haltung der Erfolg abhängt, daß er helfen muß, in allen Betrieben eine **wirklich aktive, geschlossene** Front herzustellen.

Bei den Betriebsratswahlen haben sich noch in manchem Betriebe, darunter gerade in den größten, Schwächen herausgestellt. Sie gilt es so schnell wie möglich auszumerzen. Die mitteldeutsche Metallarbeiterschaft kann einem Arbeitszeit-Kompromiß über acht Stunden Höchstarbeitszeit oder einem Kompromiß in der Lohnfrage, das unter den geforderten 80 Pfennig bleibt, **ihre Zustimmung nicht geben.** Sie kann das weniger denn je in einer Zeit, wo bereits im ganzen Reiche, in den verschiedenen Industrien, die Arbeiter in Bewegung stehen, um die Worte der ADGB.-Instanzen zur Tat zu machen: **Keinen Handschlag über acht Stunden!** Der bevorstehende Kampf der mitteldeutschen Chemiearbeiter und Bergarbeiter ist mit bedingt durch den weiteren Verlauf der Metallarbeiterverhandlungen. Auf den Metallarbeitern ruht eine große Verantwortung nicht nur für sich selbst, sondern auch für die Klassenbrüder in anderen Berufen.

Auch in Magdeburg, Dessau usw. ist die Metallarbeiterschaft an der Arbeit. Schon oft hat die hallische Metallarbeiterschaft allein gestanden. Um so mehr muß sie vorangehen und von den einzelnen Betrieben aus die Bezirksleitung zu einer großzügigen, einheitlichen Mobilisierung im ganzen Tarifgebiet zwingen.

Heran an die Arbeit!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270322-18/fragment/page=0001

Ein Tag Republik

„Die SPD. stimmt weiter für den Reichswehretat!

Bielefeld, 21. März.

Auf der gestrigen Bezirkstagung des Bezirks östliches Westfalen der SPD. in Herpau sprach Severing über die Aufgaben der deutschen Innenpolitik und erklärte, um aus der Reichswehr ein Organ der Republik zu machen, müsse die Sozialdemokratie in die Reichswehr gehen. Ueber die Bürgerblockregierung meinte er, sie möge bis zum Schluß der Legislaturperiode des Reichstages regieren. Hermann Müller erklärte gegenüber den Angriffen zur Zustimmung zum Reichswehretat, die SPD. wird auch weiter für den Gesamtetat stimmen. Es sei kein Kampf gegen die Reichswehr, sondern um die Reichswehr zu führen.

Volksbegehren über Aufwertung abgelehnt

Nach einer amtlichen Meldung hat die Reichsregierung die Zulassung des Volksbegehrens über die Aufwertung abgelehnt und begründet das damit, daß das geforderte Gesetz u. a. auch ein „Abgabengesetz" sei, über das kein Volksentscheid zulässig wäre.

Das Notgesetz in Nöten

Die Regierungsparteien haben noch kein Kompromiß über das Arbeitszeitnotgesetz gefunden. Morgen mittag wird das Kabinett sich noch einmal mit der Frage befassen.

Finanzausgleich für zwei Jahre

Im Steuerausschuß des Reichstages wurde heute ein Antrag der Regierungsparteien, den vorläufigen Finanzausgleich auf zwei Jahre, d. h. bis zum 1. April 1929 zu verlängern, mit 15 gegen 13 Stimmen angenommen.

1 Million für den Prügelpädagogen

Dr. Freiherr v. Lützow, der in dem Prozeß wegen angeblicher sittlicher Verfehlungen, die er als Leiter eines Erziehungsheimes in Zossen an seinen Zöglingen begangen haben sollte, freigesprochen worden war, hat, nachdem nunmehr das Urteil rechtskräftig geworden ist, Entschädigungsansprüche in Höhe von einer Million Mark gestellt.

„Jürgens-Freispruch endgültig"

Der Oberstaatsanwalt Jordan hat darauf verzichtet, gegen das freisprechende Urteil im Jürgens-Prozeß Revision beim Reichsgericht einzulegen. Dadurch wird das Urteil ab heute rechtskräftig und Bombe kann öffentlich bekanntgeben, welche Entschädigung er seinem Kollegen Jürgens zugesprochen hat.

Das Blutbad in Lichterfelde ein Alarmsignal

650 Hakenkreuzler gegen 25 RFB.-Kameraden

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 22. März.

Wie nunmehr polizeilich festgestellt wurde, trifft die Schuld an dem blutigen Zusammenstoß auf dem Bahnhof Lichterfelde-Ost ausschließlich die Nationalsozialisten. Daran läßt schon ihre gewaltige Ueberzahl 650 gegen 25 Mann keinen Zweifel aufkommen. Die „Vossische Zeitung" schreibt zu dem Vorgang: „Die Vorgänge vom Sonntag zeigen wieder einmal, daß die Hakenkreuzler Berlin zum Tummelplatz ihrer Taten machen wollen. Ganz besonders deutlich kam das zum Ausdruck in den skandalösen Vorfällen, die sich nach der Lichterfelder Schlacht in der Umgebung der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche abgespielt haben. Hier wurden harmlose Passanten von den Hakenkreuzlern überfallen, zu Boden getreten und mit Stöcken auf das wütendste bearbeitet. Die Polizei sah diesen Vorgängen zu, ohne gegen die Rowdys einzuschreiten."

Die „Rote Fahne" ruft für heute abend 8 Uhr die Berliner Arbeiterschaft zu einer Demonstration gegen den faschistischen Terror in Charlottenburg auf.

Die Faschisten wollen den 8. Mai in Berlin vorbereiten, an dem sie die Arbeiterschaft mit ihrem weißen Terror überziehen wollen. Die Arbeiterschaft wird jedoch heute schon die Vorbereitungen treffen, daß Berlin keinen Faschistenterror duldet.

Stahlhelm schießt auf Arbeiter

(Eig. Drahtm.) **Düsseldorf**, 22. März.

Im Anschluß an einen Aufmarsch des Stahlhelms überfiel gestern in Duisburg ein großer Trupp Stahlhelmer eine kleine Gruppe Reichsbanner-Leute. Der Stahlhelm schoß, hieb und stach auf die Arbeitergruppe ein. Die Reichsbanner-Leute wehrten sich gegen den Ueberfall, indem sie sich mit Steinen eines Neubaues gegen die Stahlhelmer verteidigten. Zwei Reichsbanner-Arbeiter wurden schwer verletzt. Auch Stahlhelmer sollen durch Steinwürfe verletzt worden sein. Die Polizei griff zugunsten der Stahlhelmer ein.

Bezirksparteitag der SPD. Halle-Merseburg

Der „linke" Peters — Ein Aufruf — Pressedebatte

Am Sontag fand der Bezirksparteitag der SPD. im großen Saale des „Volkspark" statt, an dem, wie das „Volksblatt" berichtet 46 stimmberechtigte Delegierte teilnahmen.

In seinen einleitenden Worten schmetterte der Bezirksvorsitzende Peters, nach den Worten des „Volksblatt" den „rücksichtslosesten Klassenkampf" in den Saal. Wie dieser „rücksichtslosesten Klassenkampf" aussehen soll, wird im „Volksblatt" nicht ausgeführt. Wir vermuten auch, daß Peters nicht auf das Wie eingegangen ist. Er nahm mal wieder solch „schöne Redensarten von früher" in den Mund, von denen der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Hermann Müller, einmal ausgeführt hat: **„Verbrennt doch endlich einmal Eure alten Manuskripte".** Peters glaubte, mit den alten Klassenkampfreden, die einen blutigen Hohn darstellen auf die heutige Politik der SPD., Eindruck zu machen. Die rechten Funktionäre lachten sich ins Fäuktchen und die linken Arbeiter dachten wieder einmal: „Vielleicht dämmert es jetzt. Der Schlußeffekt war, **Peters wurde einstimmig wiedergewählt.** Die Rechten wissen, Peters hält uns mit seinen linken Phrasen den ganzen Laden zusammen und im übrigen macht der Parteivorstand die Politik. Warum sollen wir ihm da nicht unsere Stimme geben? Mit welcher Plumpheit die Lakaienrolle der sogenannten Linken gegenüber dem Parteivorstand durchgeführt wird, beweist der Bericht des gestrigen „Volksboten" über den Bezirksparteitag. Der Bezirksvorsitzende Peters führte nach dem „Volksboten" aus:

„Die eigenartige Struktur des hallischen Bezirks erfordert klare Linksfrontstellung, wenn die Arbeitermassen unter der Fahne der SP. gesammelt werden sollen."

Das heißt mit anderen Worten, unsere linken Phrasen sind ja gar nicht so ernst gemeint. Wir tun nur so, als ob, und die „linke Frontstellung" ist nicht etwas Grundsätzliches, sondern nur etwas, was hier zufällig im Bezirk notwendig ist.

*

Der Bezirksparteitag der SPD. für Halle-Merseburg nahm auch **eine politische Resolution an.** Das kommt selten vor. Die meisten Bezirksparteitage der SPD. kennen so etwas nicht mehr. Der „Volksbote" macht diesen Aufruf groß auf der ersten Seite auf. Dem „Volksblatt" ist er nicht so wichtig und es stellt ihn aus „technischen Gründen" zurück. Der Aufruf beginnt mit großen außenpolitischen Perspektiven. Es wird vom Imperialismus der USA. gesprochen und von der Umwälzung in China. **Die Völkerbundsmelodie ist gänzlich verschwunden,** die sonst in keinem Aufruf zu fehlen pflegte. Sodann geht der Aufruf über zur **Bürgerblockregierung** und ihr wird der schärfste Kampf angesagt. Sie sei **„die Errichtung nacktester Klassenherrschaft gegen die arbeitende Bevölkerung".** Es werden dann die Taten dieser Bürgerblockregierung aufgezählt, Zollpolitik, Kulturreaktion, Verweigerung der Wiedereinführung des Achtstundentages, Mietpreiserhöhung, alles Dinge, die bereits seit Jahren unter stillschweigender Duldung der SPD.-Führer von anderen Regierungen eingeleitet waren und denen der Bürgerblock bloß die **Krone aufsetzt. Darüber enthält der Aufruf nichts.** Interessant in diesem Zusammenhang ist noch das Eingeständnis: **„Heute sind mit der Anerkennung der Republik durch sämtliche Parteien die letzten Schleier gefallen, die die Klassengegensätze zu verhüllen schienen".** Ob man nach diesem Aufruf nun morgen wieder von den Deutschnationalen als von den **Gegnern der Republik sprechen wird?**

Im dritten Teil des Aufrufs wird auf die **mitteldeutschen Verhältnisse** eingegangen und von der „beispiellosen Raffgier der mitteldeutschen Amerikanisierung, die die Struktur ganzer Provinzen verändert und das werktätige Volk darnieder hält" gesprochen. Dieser ganze Absatz ist eine schlechte Stilisierung, zum Teil eine **wörtliche Wiedergabe dessen, was wir im Manifest zum Kongreß der Werktätigen in Mitteldeutschland geschrieben hatten.**

*

Einen großen Teil der Debatte nahm die Frage der **Organisierung der Presse in Anspruch.** Der Parteivorstand, der den „Volksblatt"-Verlag und die Genossenschaftsdruckerei durch die Konzentration A.-G. schlucken will, erlitt insofern eine wahrscheinlich nur vorläufige Niederlage, als mit 18 gegen 15 Stimmen beschlossen wurde, der Konzentration A.-G. **nur ein Drittel Stimmrecht,** dem Bezirk dagegen zwei Drittel Stimmrecht zuzubilligen. Der Parteivorstand wird selbstverständlich versuchen, die Stimmen des Bezirks auf seine Seite herüberzuziehen und wird so über kurz oder lang zum Ziele kommen. In der Debatte über die SPD.-Presse selbst, glaubte **Leopold-Zeitz** sich über den schlechten Stand der SPD.-Presse im Bezirk dadurch hinwegzureden, daß er die kühne Behauptung aufstellte, die kommunistische Presse gehe überall stark zurück. Daß das Gegenteil der Fall ist, weiß Leopold zwar, aber man deckt den eigenen Rückgang der Presse gern damit, daß man den anderen den eigenen Rückgang in die Schuhe schiebt. Uebrigens gibt diese Aeußerung nur das „Volksblatt" von einem Zeiger Genossen wieder. der „Volksbote" schweigt sich darüber aus. Er weiß warum.

Kommunisten verlangen sofortige Einberufung des Auswärtigen Ausschusses

(Eig. Bericht.) **Berlin**, 21. März.

Namens der kommunistischen Reichstagsfraktion hat der Genosse Stoecker folgendes Schreiben an den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags gerichtet:

An den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses,
Abgeordneten Wallraff.

Angesichts der außerordentlichen Zuspitzung zwischen Italien und Jugoslawien und der Möglichkeit eines Kriegskonflikts, dessen Auswirkungen sich nicht übersehen lassen, ersucht die kommunistische Reichstagsfraktion um die sofortige Einberufung des Auswärtigen Ausschusses.

Berlin, den 21. März 1927.

Kommunistische Fraktion.
gez. J. A.: Stoecker.

Die Methoden des Reichsspitzelkommissariats

(Kpd.) **Berlin**, 21. März.

Bei der am Montag fortgesetzten Beratung des Keudell-Etats übte der Abg. Rosenfeld von der SPD. Kritik am „Reichskommissariat für Ueberwachung der öffentlichen Ordnung". Er wies auf die Häufung der Landesverratsprozesse hin. Das Reichsgericht in Leipzig stützte sich bei der Durchführung der Landesverratsprozesse auf die Gutachten des Reichskommissariats für öffentliche Ordnung, das überall Landesverrat witterte und alles als „Landesverrat" abstempele, wobei es sich um Angehörige von Linksparteien handelte.

Die Methoden, mit der die Klassenjustiz mit Hilfe des Reichsspitzelkommissars alles zu Spionage stempelt, womit man Kommunisten und sonstige mißliebige Leute hinter Gefängnis- oder Zuchthausmauern bringt, sind genügend bekannt. Der Fall des Genossen Rieser vom „Ruhrecho" in Essen ist das jüngste skandalöse Beispiel dafür. An dem von Rosenfeld vorgetragenen Fall ist aber noch etwas anderes interessant. Rosenfeld nannte nicht die Namen der in Frage kommenden Staaten. Seine Ausführungen konnten aber nur so verstanden werden, daß die deutsche Regierung im Reichskommissariat für öffentliche Ordnung eine **Nachrichtenstelle im Interesse einer auswärtigen Macht unterhält, die die Vertretung einer anderen Macht besitzelt.** Im Dienste welcher auswärtigen Macht das Reichskommissariat mit Herrn Kuenzer an der Spitze, die Spitzeldienste betreiben läßt, ist nach der letzten Genfer Tagung des Völkerbundes nicht schwer zu erraten.

Für den Bau von Arbeiterwohnungen in Moskau und im Moskauer Gouvernement werden in diesem Jahr 77 Millionen Rubel verausgabt werden.

Am 22. März findet eine Sitzung des Generalrates des englischen Gewerkschaftskongresses statt, die die Frage der Beziehungen zwischen den englischen Gewerkschaften und den Gewerkschaften der Sowjetunion erörtern wird.

Großer Wahlsieg der KPD. in Suhl

KPD. gewinnt seit 1923 500 Stimmen — Bürgerblock verliert 800 Stimmen — Starker Rückgang der SPD.

Suhl, 21. März.

Am Sonntag fand in Suhl die Stadtverordnetenwahl statt, die der KPD. einen prächtigen Wahlerfolg brachte. Die KPD. ist nunmehr die stärkste Partei im Suhler Stadtparlament. Die Mandatszahlen und die Stimmenzahlen von der letzten und der vorgestrigen Wahl sind folgendermaßen:

	Stadtverordneten-Wahlen 1923	Stadtverordneten-Wahlen 1927
KPD.	2966 (11)	3474 (12)
SPD.	1316 (5)	1221 (4)
Bürgerblock	3854 (14)	3074 (11)

Durch diese Wahl ist die KPD. in Suhl zum erstenmal zur stärksten Partei geworden. Um 500 Stimmen stärker als im Jahre 1923, wo bereits die KPD. sehr günstig abschnitt. Die SPD., die 1923 schon sehr viel Stimmen verloren hatte, hat nicht einmal ihre Stimmen von 1923 halten können. Noch stärker ist der Verlust des Bürgerblocks. Die Wahl in Suhl ist ein wichtiges Symptom. Sie zeigt, wie sich die SPD. lächerlich macht, wenn sie ihren Mitgliedern ständig vom Zerfall der KPD. etwas vorreden möchte.

Fememörder und hohe Protektoren

Berlin, 21. März.

In der heutigen Vormittagssitzung des Femeprozesses beantragte die Verteidigung die ehemaligen preußischen Minister Am Zehnhoff und Stegerwald zu laden. Die Aussagen sollen bekunden, daß in der **Kabinettssitzung** vom 1. oder 2. Oktober 1923 beschlossen wurde, den Angehörigen der Arbeitskommandos, die in der Zitadelle Spandaus versammelt waren, volle Straffreiheit zuzusichern. Vorher hatten die Verteidiger beantragt, den Hauptmann Gutknecht, der sich in Britisch-Südwestafrika aufhält, kommissarisch zu vernehmen und ihn außerdem mit dem Parlophon aufzunehmen, damit festgestellt werden könne, daß die Stimme Gutknechts mit der Sendens leicht zu verwechseln sei. Das Gericht beschloß, die Ladung der preußischen Minister bis nach der Vernehmung des Polizeivizepräsidenten Weiß auszusetzen.

Die Porzellanarbeiter streiken

Bonn. In Wessels Porzellanfabrik haben etwa 300 Akkordarbeiter die Arbeit niedergelegt, weil die Firma die neben dem Tariflohn gewährten Zulagen teilweise abbauen will.

*

Nürnberg. Die Streikbewegung der Porzellanarbeiter Oberfrankens nimmt immer schärfere Formen an. Täglich gehen neue Belegschaften dazu über und kündigen den Tarif. Auf Grund dieser Tatsache haben die oberfränkischen Porzellanindustriellen beschlossen, selbst in Aktion zu treten, die notwendigen Schritte einzuleiten und für den 28. März die Aussperrung der gesamten Porzellanarbeiter vorzunehmen. Nunmehr haben auch die Belegschaften der Betriebe Schönwald bei Selb die Kündigung eingereicht. Die Kündigungsfrist lief am 19. März ab.

Streik der Glasarbeiter

Saarbrücken. Am 16. März fanden Verhandlungen zwischen Vertretern der Glasarbeiter und der Aktien-Glasindustrie Sankt Ingberg und Luisental statt. Die Firma bot an, ab 16. März den Lohn um 5 Prozent des bisherigen Lohnes bei allen bei ihr beschäftigten Arbeitern kürzen zu lassen. Demgegenüber machten die Arbeitervertreter ein Gegenangebot, den Lohnabbau von insgesamt 5 Prozent nur bei den Akkordarbeitern vornehmen zu wollen, während der Stundenlohn vorerst auf dem alten Satze verbleiben soll. Die Firma lehnte das ab. Darauf beschlossen die Arbeiter der beiden Betriebe mit Dreiviertel-Mehrheit, ab 18. März in den Streik zu treten.

*

Schiedsspruch abgelehnt

Hamburg. Zu dem bisher geheimgehaltenen Schiedsspruch von 5½, 4 und 3 Pf. in der Spitze mit Geltungsdauer bis 31. März 1928 für die Hoch- und Straßenbahnner, nahmen gestern die Funktionäre Stellung und lehnten auf Vorschlag der Lohnkommission und des Arbeiterrates ihn einmütig ab. Die Urabstimmung findet am 22. d. M. statt.

Das Zechenkapital provoziert

(Eig. Drahtm.) **Bochum**, 22. März.

In einer Direktionskonferenz hat der Zechenverband nunmehr beschlossen, den Schiedsspruch vom 18. März abzulehnen, und zwar, weil eine Reihe wichtiger Forderungen des Zechenverbandes, insbesondere bezüglich der Erhöhung der Arbeitszeit, keine Berücksichtigung gefunden haben. Der Zechenverband beanstandet ferner die Zahlung des Soziallohnes in Krankheitsfällen, dessen Forisfall er gefordert hatte.

Verschärfte Schikanen für die Erwerbslosen!

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstages setzte die Verhandlungen über das Arbeitslosenversicherungsgesetz mit der Beratung über die §§ 61 und 62 fort.

Nach dem mit geringfügigen Abänderungen gegen die Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten angenommenen § 61 kann der Reichsarbeitsminister die **Höchstdauer der Arbeitslosenunterstützung im Verhältnis zur Zahl der geleisteten Beiträge festsetzen.** Der gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten angenommene § 62 enthält die Bestimmung, daß bei dem Zeitpunkt, in dem der Anspruch auf die Unterstützung erschöpft ist (26 Wochen nach Eintritt der Arbeitslosigkeit), eine **zeitweilige Nichtgewährung** der Arbeitslosenunterstützung **nicht eingerechnet wird.**

Die Nichtgewährung von Unterstützung kommt in Frage durch die Bestimmungen der §§ 52, 54, 56 und 75, und zwar in folgenden Fällen:

1. Widerstand gegen die Verschickung (§ 52); vier Wochen keine Unterstützung.
2. Widerstand gegen die Zwangsumschulung (Berufsraub, § 54); vier Wochen keine Unterstützung.
3. Aufgabe der Arbeitsstelle ohne wichtigen (?) „Grund"; fristlose Entlassung (§ 56); vier Wochen keine Unterstützung.
4. Bei Versäumnis des vorgeschriebenen Stempelns (§ 75); keine Unterstützung für jeden Tag, an dem sich der Arbeitslose nicht meldet.

Die Kommunisten verlangten Streichung des § 62 und zeigten an Hand von Beispielen aus der jetzigen Praxis, daß der § 62 die gegenwärtigen Möglichkeiten zur Einschränkung der Unterstützung um ein Vielfaches erweitert. Die Sozialdemokraten beantragen ebenfalls Streichung. **Beide Anträge wurden von den Bürgerblockparteien und den „oppositionellen" Demokraten abgelehnt.**

Fristablauf für Lohnsteuer-Erstattungen am 31. März

Aus Berlin wird gemeldet:

Das Reichsfinanzministerium weist darauf hin, daß die Anträge der Arbeitnehmer, die wegen Verdienstausfalls oder wegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse Erstattung der Lohnsteuer für 1926 beanspruchen, bis zum 31. März 1927 bei dem Finanzamt eingereicht werden müssen, in dessen Bezirk die Arbeitnehmer am 31. Dezember 1926 ihren Wohnsitz gehabt haben. Fristversäumnis hat Ablehnung der Erstattungsanträge zur Folge. Merkblätter, aus denen sich die Einzelheiten ergeben, und Vordrucke zu Erstattungsanträgen, die auf Verdienstausfall gestützt werden, sind bei den Finanzämtern unentgeltlich erhältlich.

Das ungarische Schandsystem

Die Sozialdemokratie tut nichts für die Verhafteten

In der „Leipziger Volkszeitung" veröffentlicht Kurt Rosenfeld einen Artikel über die barbarischen Verfolgungen der Kommunisten, Anhänger der sozialistischen Vagi-Partei, und versucht dadurch die Aufmerksamkeit der deutschen Sozialdemokratie auf die unerhörten Vorgänge in Ungarn zu lenken. Bisher hat die sozialdemokratische Presse sich mit dem Horthy-Regiment nur unzureichend beschäftigt, und selbst die sehr gemäßigten Aufrufe der Zweiten Internationale nicht veröffentlicht. Das muß selbst Rosenfeld mißbilligend eingestehen, indem er schreibt:

„Die Exekutive der sozialistischen Arbeiter-Internationale hat auf ihrer letzten Sitzung zum Kampf gegen die Reaktion in Ungarn aufgerufen. Doch hat fast die ganze (sozialdemokratische) Parteipresse es bis jetzt bei diesem Aufruf bewenden lassen oder **in unzulänglicher Weise** über die unerhörten Vorgänge in Ungarn berichtet. Nach dem Aufruf der Exekutive muß aber der Kampf gegen die ungarische Vergewaltigung aller Gerechtigkeit und für die Befreiung der rechtswidrig Verhafteten **mit aller Energie geführt werden;** vor allem durch offene Brandmarkung des Lügen- und Spitzelsystems in Horthy-Ungarn."

Zur Ueberwindung des Horthy-Systems gehört allerdings auch die Brandmarkung der Haltung der ungarischen Sozialdemokratie, die die Kommunisten und Sozialisten der Vagi-Partei ihrerseits beschimpft und verleumdet und damit den Horthy-Banden das Werk **erleichtert.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270322-18/fragment/page=0002

Kriegsgefahr im Südosten

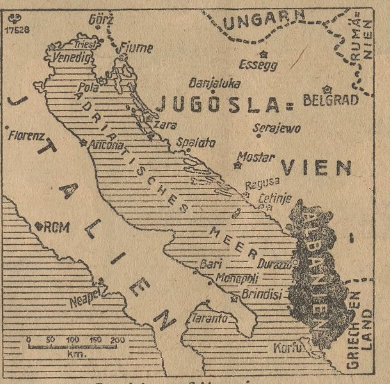
Der italienisch-jugoslawische Konflikt in der Albanien-Frage hat den letzten Tagen eine Zuspitzung erfahren, deren Tragweite läufig noch nicht abzusehen ist. Aber die Lage nicht nur an der ria, sondern darüber hinaus die möglichen Folgen des Konflikts den übereinstimmend so ernst beurteilt, daß die bürgerliche sse wohl noch niemals seit Kriegsende ähnliche Worte gefun- hat, um unmittelbare Kriegsgefahren zu bezeichnen: „Die isis ist unter allen Umständen ein Alarmsignal und ein neues nzeichen dafür, daß die internationale politische Atmosphäre im- er ernster mit Kriegselektrizität geladen wird." („Berl. Börs.- g.") „Die Beschuldigungen, die von Paris gegen Italien und n Rom gegen Jugoslawien und Frankreich als Ruhestörer ropas geschleudert werden, zeigen, daß nicht nur das ganze künst- he Allianzsystem der Nachkriegszeit, sondern auch die Friedens- träge selber . . . in Frage gestellt werden." („DAZ.") Und ein deres Blatt spricht davon, daß über Europa im Frühjahr ein nabsehbares Verhängnis" hereinbrechen könnte. Dieser Alarm nicht etwa nur auf Berlin beschränkt, wo mit Schadenfreude und den Imperialisten mit Ungeduld die Gelegenheit, die ein für utschlands Imperialismus günstiges Eingreifen ermöglichen nnte, erwartet wird. Der gleiche Alarm ist in Paris und in ndon ebenso auf der Tagesordnung wie in Berlin. Das Links- ck-Organ der „Quotidien" fragt: „Sind wir wieder im Jahre 13?" Und das Organ Loyd Georges in London spricht in sen- ionellen Schlagzeilen von einem „Brand, der wieder die Welt Flammen setzen könnte."

Und in der Tat, alle diese Stimmen übertreiben nicht. Auf dem etterwinkel im Südosten steigen ernste Kriegswolken auf. In Tat zeigt sich, daß „das ganze künstliche Allianzsystem der Nach- egszeit und der Friedensverträge in Frage gestellt" sind, alle perialistischen Gegensätze widerspiegeln sich in diesem plötzlich espitztem Konflikt, der allerdings seit langer Zeit vorbereitet rde. Während in Genf offiziell neue „Friedensschritte" unter- mmen wurden, wurde in Genf hinter den Kulissen gleichzeitig ter englischer Führung mit dem Hauptziel der imperialistischen sammenarbeit gegen die Sowjetunion auch diese albanische Mine legt, die leicht, wenn sie vollends zur Explosion kommt, zu solchen rwicklungen führen kann, daß den imperialistischen Brandstiftern ren und Sehen vergehen wird.

Was ist der konkrete Inhalt des italienisch-jugoslawischen Kon- tts? Was ist der letzten Zuspitzung vorausgegangen, und welches der große Hintergrund der Ereignisse an der Adria?

Zwischen Jugoslawien und Italien besteht seit Kriegsende ein überbrückbarer Gegensatz in der Adria-Frage. Dieser Gegensatz tand vor dem Kriege ähnlich zwischen der österreich-ungarischen onarchie und Italien. Jugoslawien hat in gewissem Sinne die bsburgische Sorge um eine Position an der adriatischen Küste erbt. In den Jahren seit Kriegsende ist das Verhältnis zwischen alien und Jugoslawien dauernd und in erster Linie wegen der ria-Stellung in Spannung. Italien hat zuerst die Herrschaft er das „Danzig" des Südens, über die große Hafenstadt Fiume, sich gerissen, die den Haupthafen für das jugoslawische Hinter- d abgibt. Jugoslawien hat bis heute diese Schlappe nicht ver- merzt. Aber der italienische Imperialismus begnügte sich nicht t dem Sieg an der Nordküste der Adria. Es gelang ihm durch e geschickte Politik und dank der Protektion Englands, sich auch der Südküste der Adria in Albanien festzusetzen. Albanien ist ar nach dem Kriege eine „unabhängige" Republik von etwa Million Einwohner und reichen Naturschätzen, aber tatsächlich ge- gte es im letzten Jahre nach verschiedenen Schwankungen, bei en vorübergehend der jugoslawische Einfluß vorherrschte, voll- ndig unter italienische Vorherrschaft. Seine gegenwärtige Re- rung, die Regierung des Feudal-Adels und Großbauerntums der Achmedzugu, ist eine von Mussolini vollständig abhängige sallen-Regierung. Albanien ist heute eine italienische Kolonie. alien hat sich die besten Wirtschaftspositionen gesichert. In sei- Hand sind Erdöl- und Kohlenkonzessionen, in italienischem Be- ist die Mehrheit der Notenbankaktien usw. Italien hat nach chaus glaubwürdigen Meldungen in der letzten Zeit von seiner litärischen Position reichlich zur Durchorganisierung Albaniens brauch gemacht. Von der Valona vorgelagerten italienischen sel aus wurden Kriegsmaterial und faschistische Offiziere, letztere „Vermessungsbeamte", ins Land geschmuggelt. Und Achmed- u, der vor Jahresfrist unter jugoslawischer Patronanz die Macht berte, hat sich seither in vollständige Abhängigkeit von der lienischen Regierung begeben. Mit dem Vertrag von Tirana n 26. November 1926 verpflichtete sich Italien, unter allen Um- nden die Regierung Achmedzugus in Jugoslawien gegen An- ffe zu schützen. Dieser Vertrag führte in Jugoslawien zum rz der versöhnungsbereiten Regierung Ninkschitsch, da die jugo- wischen Imperialisten mit Recht in ihm den Beginn der endgül- en Festsetzung Italiens in Albanien sahen.

Seit dieser Zeit hat Jugoslawien zweifellos die durch die schrankenlose Gewaltherrschaft Achmedzugus erbitterte revolutionäre Opposition der Kleinbauern und Bergstämme geschützt und gefördert. Von Belgrad aus begann ähnlich wie vor dem Weltkrieg eine eifrige gemeinsame Verschwörerarbeit der Revolutionäre des Nachbarlandes und des jugoslawischen Generalstabs. Aber Ita-



Problem Albanien.

lien stellt selbstverständlich die Lage vollkommen einseitig dar, wenn es jetzt, gestützt auf den imperialistischen Vertrag von Tirana, die Anklage erhebt, als sei eben diese schützende Rolle der jugoslawischen Imperialisten über die Widersacher der Blutherrschaft in Albanien (Achmedzugu stützt sich nur auf eine mehrere tausend Mann starke Leibwache, die mit einem blutigen Terrorsystem alle Widersacher auszurotten versucht und auch vor der Hinrichtung von geistlichen Anhängern der früheren Regierung Fanoli nicht zurückschreckt) der eigentliche Grund der albanischen Unruhen. In Wirklichkeit hat — wie gesagt — Italien seit dem Vertrag von Tirana seine Position mit allen Mitteln ausgenutzt, um Albanien ganz in seinen Besitz zu bringen und womöglich noch weiter vorzustoßen. Gleichzeitig mit der Durchorganisierung Albaniens ist dem italienischen Imperialismus, der damit auch eine feste Position in der südlichen Adria erreichte und an der Straße von Odranio jetzt beide Ufer des adriatischen Meeres beherrscht, auch eine großangelegte diplomatische Aktion zur Einkreisung Jugoslawiens geglückt, die sich indirekt auch gegen den Protektor Jugoslawiens, den französischen Imperialismus, richtet, und die im gegenwärtigen Augenblick den italienisch-jugoslawischen Konflikt erweitert zu einem Konflikt zwischen dem italienischen und dem französischen Imperialismus zunächst.

Auf diesem Hintergrunde muß man die Ereignisse sehen, die sich in den letzten Tagen um den Albanien-Konflikt abspielen, und die deshalb die ganze europäische Oeffentlichkeit alarmieren. Italien nimmt seit der letzten Genfer Tagung und seit der engeren Zusammenarbeit mit dem englischen Imperialismus mit einem Male eine offen drohende Haltung gegen Jugoslawien ein. Eine italienische Note versuchte Ende vergangener Woche mit Berufung auf den Vertrag von Tirana und mit Hinweis auf eine aus Jugoslawien angeblich bevorstehende Intervention in Nord-Albanien, die jugoslawische Regierung als gefährlichen Friedensstörer hinzustellen. In Wirklichkeit ist diese Note und eine weitere scharfe Erklärung Mussolinis, nachdem man in Belgrad der Note entsprechend scharf entgegnet hatte, nur der Versuch, den eigenen imperialistischen Vorstoß zu verschleiern und die Schuld auf Jugoslawien abzuwälzen. Die Sprache der letzten faschistischen Erklärung läßt keinen Zweifel darüber, daß Italien gewillt ist, das äußerste zu riskieren und daß es sich unter dem Schutze Englands stark genug fühlt, alle Konsequenzen zu ziehen. In der Erklärung wird beispielsweise von einer „zügellosen Agitation" der Belgrader Clique, jener hohen Militärkamarilla, an deren Spitze sich einige Unverantwortliche und zu jedem Verbrechen fähige Größenwahnsinnige befinden, gesprochen. Die Sprache ist ganz eindeutig. Es ist die Sprache, die einem Abbruch von Beziehungen und einem kriegerischen Vorgehen vorauszugehen pflegt. In der gleichen Erklärung wird in fast ähnlicher Schärfe gegen den Protektor Jugoslawiens, die französische Regierung, Stellung genommen.

Es ist vollkommen klar, daß dieser Vorstoß des italienischen Imperialismus, auch wenn man den Größenwahnsinn der Faschisten in Rechnung zieht, nur denkbar ist, durch die Sicherheit in der Albanienfrage im Einverständnis mit dem englischen Imperialismus zu handeln. Mussolini hat zweifellos von Chamberlain für die Ratifikation des Bessarabien-Vertrages, für die Unterstützung Englands in China, für das offene Einschwenken in die rußlandfeindliche Front freie Hand in Albanien und zur Sprengung der Kleinen Entente erhalten. England braucht nicht nur in den Randstaaten, sondern auch in Südosteuropa einen angriffsbereiten Block gegen die Sowjetunion. Zur Zeit der Kleinen Entente, die nach dem Kriege unter französischer Führung gebildet worden war und vor allem ein Bündnis zur Niederhaltung der besiegten Zentralmächte eine Koalition gegen Ungarn in erster Linie war, kam dieser rußlandfeindliche Block zum Teil auf Grund der widerstreitenden Interessen der Mitglieder der Kleinen Entente nicht zur Verwirklichung. Deshalb erhielt Mussolini das Mandat zu seinem Vorstoß, als dessen Mindestziel die Erzwingung eines bedingungslosen Einschwenkens Jugoslawiens in erster Linie in die Churchill-Front angesehen werden muß und dessen weiteres Ziel auch der Druck auf Frankreich ist, nicht etwa den gemeinsamen Aufmarsch der Imperialisten gegen die Sowjetunion zu stören. Deshalb, und nicht nur weil die Gefahr unmittelbarer Verwicklungen zwischen Jugoslawien und Italien besteht, ist die Lage so überaus ernst.

Für die deutschen Arbeiter ist besonders wichtig die Tatsache, daß die Bürgerblock-Regierung offenkundig daran ist, die Partei Mussolinis und damit auch aus diesem Anlaß die Partei der englischen Imperialisten zu ergreifen. Darüber täuscht das Gerede von abwartender Neutralität in der Regierungspresse nicht hinweg. Die deutschen Imperialisten haben sowohl direkte Abmachungen mit Mussolini, sie sollen die Garantie für die riesige italienische Kriegsanleihe übernehmen und dafür ungeheure Rüstungslieferungen übernehmen, Deutschlands Imperialisten wurden auch durch in Aussicht gestellte Riesenlieferungen für den rumänischen Kriegsapparat (die Bahnmateriallieferungen, die mit dem Wolf-Konzern bereits im Oktober abgeschlossen wurden, waren nur der Auftakt) in ihrer Linie festgelegt. Auch wenn der Albanien-Konflikt jetzt nicht unmittelbar zu einer kriegerischen Verwicklung führt, so wird die deutsche Industrie der Hauptlieferant für das Material sein, das zum Ausbau der geplanten Bahn von der Adria an die sowjetrussische Grenze und für alle anderen strategischen Vorbereitungsarbeiten gegen die Sowjetunion sein. Deshalb muß die unmittelbare Antwort der deutschen Arbeiter auf den Kriegsalarm an der Adria ein verschärfter Kampf gegen den deutschen Imperialismus, verschärfte unerbittliche Organisation der Einheitsfront der Arbeiterklasse zum Sturz des Bürgerblockes und verschärfte leidenschaftlich betriebene Organisierung der deutschen Arbeitermassen gegen jeden abenteuerlichen Versuch der Imperialisten sein, in kürzerer oder längerer Frist alles vorzubereiten zum gemeinsamen Angriff mit Mussolini und Chamberlain gegen die Sowjetunion.

Der Kanton-Generalissimus unterordnet sich der Kuomintang-Partei

Schanghai, 20. März.

In Schanghaier Blättern wurde eine Deklaration Chiangkaishis veröffentlicht, worin er sich den Beschließungen der Konferenz des Exekutivkomitees der Kuomintang in Hankow vollkommen unterordnet, insbesondere auf die Aufhebung der verschiedenen Aemter des persönlichen Vorsitzenden und auf die Gründung von Kollegial-Verwaltungen eingeht, zugleich die Notwendigkeit der vollen Unterwerfung der Nationaltruppen unter die Führung der Partei darlegt und ausführt, daß ein individuelles, von der Linie der Partei abweichendes Vorgehen von Mitgliedern der Kuomintang unstatthaft ist. Ferner billigt Chiangkaishi in seiner Deklaration die kollektive Entscheidung bei sämtlichen Differenzen und erklärt die Unterordnung sämtlicher Parteimitglieder unter die gefaßten Resolutionen für verpflichtet.

Litauen sieht den Krieg gegen die Sowjetunion bevor

(OE.) Kowno, 20. März.

Die „Lietuvos Zinios", das führende Blatt der litauischen Opposition, äußert ernste Befürchtungen über die immer näherrückende Gefahr einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen der Sowjetunion und Westeuropa. Besonders beunruhigt zeigt sich das Blatt durch die seiner Meinung nach unausbleibliche „Einbeziehung litauischen Gebietes in die Kampfhandlungen während des kommenden Krieges". Von der Ostsee bis zur rumänischen Grenze sind es etwa 900 Kilometer, von denen ein sehr großer Teil als Sumpfgebiet für den Krieg nicht in Betracht kommt. Um so wahrscheinlicher sei es, daß die auf Litauen entfallenden etwa 300 Kilometer dieser Linie „für die Betätigung der Heeresgruppen" in Aussicht genommen werden würden. Neutralitätserklärungen würden das Schicksal nicht abwenden und die litauische Politik müsse damit rechnen und sich für alle Möglichkeiten bereitmachen.

Zement

Von Fedor Gladkow

Copyright 1926 bei Verlag für Literatur und Politik (Dr. Johannes Wertheim), Wien

Aus dem Russischen übersetzt von Olga Halpern

Sie lag unbeweglich, ganz nackt und zerschlagen. Das Hemd wie ein nasser Fetzen über der Brust zusammengedrückt und nach Schweiß und nach noch etwas Ekelhaftem, das sie früher t gekannt hatte. Lange fühlte sie ihren Körper nicht: als ob sie einen Kopf hätte — und keinen Körper. Ueberall ist Leere und endlichkeit: ein schwarzer Abgrund. Und sie ist nicht da — nur Kopf, und der Kopf schwimmt gewichtlos in diesem uferlosen sserwirbel. Und dort, im Dunkeln und hinter dem Dunkel — ein erschütternder Donner und ein furchbares Sturmgeheul. Es so gut und so ruhig, nichts existiert mehr und auch die Zeit — tiert nicht mehr.

Sergeijs Schritte ertönten vor ihrer Tür, er blieb stehen. Warum Sergeij an ihre Tür? Polja hörte diese Schritte, ihr Herz zog zusammen, ihr Körper füllte sich plötzlich mit Blut und er- erte in wilden Krämpfen. In den Beinen, am Bauch — ein npfer Schmerz. Badjin .. ja, seine Tür ist nebenan, neben em Kopfe. Er war da — und ist weggegangen. Und es war Grauen — es war nichts. Und tief innen im Herzen schlägt zittert und plätschert in heißem Strome und würgt im Hals ein nnender, schrecklicher Schmerz.

Die Zähne klappern und finden nicht aneinander. Und das Herz der Hals brennt und tut weh ...

— Ach! ... ach! ...

Sie krümmte sich im Bett zusammen, kroch auf den Boden und stummte plötzlich in tödlichem Schreck ... Wieder verdichtet sich Dunkelheit und fällt mit schrecklicher Schwere auf sie. Jetzt cht sie auf sie herauf, erdrückt sie wie ein Felsen und klammert mit Krallen in sie hinein ...

Halb bewußtlos lief sie, barfuß, im Hemd, auf den Gang. Packte Türklinke an Sergeijs Tür, schlug um sich und konnte, blind Angst, ihre Augen nicht von der offenen Tür ihres Zimmers den.

— Sergeij! Sergeij! ... Schnell ... bitte! ... Sergeij! ...

Sie kratzte an der Tür, kroch an ihr hinauf und fühlte wie im um, daß die Tür nicht aufzubringen war.

Und als sie sich öffnete, umfaßte Polja Sergeijs Hals und erstickte im Schluchzen und Weinen, klein, hilflos, mit den zarten Rippen eines Kindes.

Auch Sergeijs Hände und Füße zitterten und sein Herz schlug vor Erregung. Er führte sie zum Bett und deckte sie zu. Goß ein Glas Wasser ein, und ihre Zähne klapperten am Glas und das Wasser floß ihr am Kinn hinunter.

— Das ist schrecklich, Sergeij ... das ist ekelhaft ... Ich weiß nicht, was geschehen ist — aber es ist etwas geschehen, was nicht gutzumachen ist, Sergeij ...

Er setzte sich auf einen Stuhl neben sie und richtete ihr schüchtern und zart ihre Kissen, ihre Decke, streichelte ihre Hände, ihr Haar, ihre Wangen.

— Nun, nicht doch ... Beruhige Dich, Polja ... Ich weiß ... wenn Du geschrien hättest — so hätte ich die Tür eingeschlagen und hätte ihn erwürgt ...

— Du weißt nicht, Serjoscha ... Du weißt nicht ... man kann mit ihm nicht kämpfen ... man kann sich vor ihm nicht retten ...

— Wollen wir nicht sprechen, Polja. Trink noch ein bißchen Wasser. Ich werde bei Dir hier sitzenbleiben und Du schlaf nur ruhig. Du mußt unbedingt schlafen. Das ist der Nordost ... Lange schon hat kein Nordost geblasen ... Morgen wird es frisch und kühl sein ...

— Sergeij ... Serjoscha ... Du bist mir so nah und lieb ... Ich wußte, daß das so kommen wird, Serjoscha ... Und konnte nicht ... Ich weiß nicht, was noch sein wird, Serjoscha ...

Er saß neben ihr und zitterte mit inneren, unaufhaltsamen Stößen. Und zum ersten Male erzitterte er in dem Augenblick, als er Badjins Stimme hörte. Und er fühlte den Boden unter sich wanken, und alle Sachen verließen seit diesem Augenblick und mit dem ersten Dröhnen des Nordosts ihren Platz und flatterten wie Vögel im Zimmer herum.

— Ich wußte, Serjoscha, daß das nicht so einfach ausgehen wird. Hast Du diese Gesichter gesehen, diese Stimmen gehört? ... Brüder, helft, Huunger! ... Und die Würfel, und die Geigen, und das Kaffeehaus ... und die Auslagen, und die in Händlertum verwandelte Revolution ... Und dieses ... das ist alles dasselbe, Serjoscha ...

— Ja, das ist dasselbe, Polja ... Man muß diese schreckliche Zeit überwinden ... Wir müssen sie durchleben ... wir müssen es, koste es, was es wolle ...

Sie schlief ein, seine Hand in ihrer, und er saß neben ihr, rührte sich nicht und sah sie aufmerksam, mit trauriger Liebe, bis zum Sonnenaufgange an.

III

Sabotage

Im Werk ging nach Gljebs Abreise eine fieberhafte Renovierungstätigkeit vor sich. Die zerschlagenen Scheiben der Fenster und Dächer der Bauten waren noch nicht erneuert und in den Betonwänden klafften noch Löcher zwischen den herausgerissenen rostigen Eisengittern, aber im dämmrigen Innern, unter den Sternen der elektrischen Lampen, stöhnte und trommelte schon das Echo von Hämmern und Bohrern, vom Knirschen, Klingen und Schmatzen des Metalls.

Es arbeiteten alle Arbeitskräfte, die im Umkreis aufzutreiben waren — zweihundert Menschen. Die Instandsetzung des rotierenden Ofens verlangte besondere Aufmerksamkeit. Man mußte die Stahlverkleidung umnieten und die innere feuerfeste Schicht erneuern. Man mußte neue kleine Metallteile für die Stampfmaschinen, für die Mühle, für die Hebel, für die komplizierten Verbindungsmaschinen gießen. Die Reservoirs für den flüssigen Teig waren sehr beschädigt, dort mußten neue rotierende Rierhölzer hineingegeben und ganze Systeme von Röhren, phantastische, zylindrische Siebe und andere Bestandteile, graziös in Linie und Zeichnung, aus Holz und Metall, umgetauscht und geändert werden. Am wenigsten gab es im elektro-mechanischen Werk in der Maschinenabteilung zu tun. Dort war Brynsa. Dort lebte Brynsa, dort lebten auch die Maschinen

Menschen, blau vor Staub, arbeiteten emsig, krochen neben den Oefen herum, sprangen über verflochtene Rohrnetze, über das Spitzengeriesel der Querbalken, über Treppen, Geländer, wie Spinnen, nagten wie Ratten den hartgewordenen Schmutz in den Höhlen und Löchern ab, bohrten, schnitten, sägten Eisen und Kupfer, verwickelten sich in Drähten, schimpften, fluchten, lachten, spuckten Schmutz und erstickten vor Staub, vor Hitze, vor der plötzlichen, stürmischen Erschütterung durch die Arbeit.

Auf dem zweiten Verbindungswege ging die Arbeit ruhiger und stiller vor sich. Die Schienen wurden an verschiedenen Stellen ausgewechselt, die Viadukte wurden gerichtet und die Wege von Steinen und Schutt gereinigt.

Das Werk stand staubig und verwüstet wie in der Vergangenheit. Aber überall fühlte man schon seinen Atem und das erste Beben seiner Maschinen. In der mechanischen Abteilung stöhnten und heulten schon ununterbrochen, Tag und Nacht, die Dieselmotore.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270322-18/fragment/page=0003
DFG

Der Schuhputz

Lodix

ist der beste.

Feinste Terpentinwachs

Sidol der beste Metallputz —
Sirax das beliebte Scheuerpulver
Sigella das Edelbohnerwachs —

FABRIKEN SIEGEL & Co. KÖLN-BRAUNSFELD.
Verkaufsstelle: Halle a. d. S.
Merseburger Straße 158, Fernsprecher 23522

Astoria-Lichtspiele, Bitterfeld

Wir bringen ab heute die Donnerstag ein Programm, wie es an Güte und Reichhaltigkeit nicht mehr überboten werden kann

Verstärktes Orchester mit Jazzband

12 Akte! **Ein Höschen** 12 Akte!

war der Scheidungsgrund

(Mit der Ehe spielt man nicht)

Was doch ein solch kleines, reizendes Hemdhöschen alles anrichten kann. 7 kapriziöse Akte mit Marie Prevost
*792

Außerdem:

Ein Filmstar wird gesucht
Kurt kam, sah und siegte

und die neueste Wochenschau Anfang täglich 6 und 8.50 Uhr

Voranzeige! Der russische Monumental-Film:

Der Sohn der Berge!

Stadt-Theater

Heute
Dienstag 7 Uhr:
Die Walküre
Mittwoch, 8 Uhr:
Wiener Blut
Zahlung der 4. Rate für Freitag-Stammkarten bis Freitagmittag erbeten.

Fertige Ihnen **für 29 Mk.** inkl. Zutaten und Anprobe modernen Anzug oder Mantel nach gem.

Maß:

aus mitgebrachten Stoffen 83
Guter Sitz wird garantiert
M. Ehrlich,
Gr. Ulrichstr. 16
1 Treppe

Kaufe ständig **Kanarienhähne u. Weibchen** auch grüne Tausche gegen Export welche
W. Schulte, Poisdorfstraße 16
Tel. 23380 [723

Lederhosen Gymnasiasten
billig bei 86
Wilh. Krang
Neue Promenade 15

Mädchen und 16 bis 17jährig. Hofsurschen auf das Land gesucht
Emilie Hagelgans, gewerbsmäßige Stellenvermittlerin, Halle (S.) Leipziger Str. 4 688

Abbruch
Leipziger Str. 15
sind billig zu verkaufen
Mauersteine, Dachziegel, Bauhölzer, Bretter, Dielung, Latten, Staketsäulen, Türen, Fenster, Dachrinne, Abfallrohre, verzinkte Dachfenster, Mosaikplatte, Treppen, eiserne Türen, Brennholz usw.

Das Neue hat sich als das Beste erwiesen.

Die unbedingt zuverlässige Wirkung und der erfrischende Pfefferminzgeschmack des abführenden

Feen-a-mint-Kaubonbons

werden in zahlreichen Anerkennungen hervorgehoben.

Feen-a-mint fördert die Verdauung, erleichtert den Stuhlgang; bei Erwachsenen genügen 1 bis 2 Bonbons, bei Kindern ½ – 1 Bonbon, um einmal abzuführen.

Feen-a-mint gekaut – gut verdaut –, erhältl. in fast allen Apothek. u. Drog.

1 Beutel kostet 20 Pfg.
1 Schachtel RM 1.50

Feenamint G. m. b. H., Frankfurt a. M.
Best.: Phenolpht. Öl Menth.

Konsum-Produktiv-Genossenschaft „Volkshaus" Bockwitz

Fr. Liebenwerda (Prov. Sachsen)

Sonntag, d. 27. März, nachm. 2 Uhr, im kleinen Saal des „Volkshauses" in Bockwitz:

Generalversammlung

Tagesordnung:

1. Geschäfts-Berichte: a) des Vorstandes, b) des Aufsichtsrates
2. Genehmigung der Jahresbilanz und Entlastung des Vorstandes
3. Wahl von drei statutenmäßig ausscheidenden Aufsichtsratsmitgliedern
4. Beschluß über die Aufnahme eines Darlehens in Höhe von 40000 RM.
5. Anträge nach § 16 des Statuts
6. Bestätigung des neugewählten Geschäftsführers

Wir ersuchen die Genossenschaftler, pünktlich und vollzählig erscheinen zu wollen

Anträge zur Generalversammlung müssen spätestens 5 Tage vorher beim Vorstand eingereicht sein

Der Vorstand
Meergans, Geschäftsführer
Der Aufsichtsrat
Karl Böhme, Vorsitzender
789

Arbeitsamt Eisleben

Petristraße 9 Tel. 131/132

Offene Stellen:

Gewerbliche Abteilung: 1 led. Bursche, Friseurgehilfen, Schmiedegehilfen (1. Kraft), Arbeiter und Handwerker für die Lennawerke
Bergbaufachabteilung: Jugendliche Arbeiter bis 19 Jahre für Schachtarbeit
Landwirtschaft. Abteilung: Feldarbeiterinnen, Familien mit erwachs. Töchtern
Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung: Milchlehrling, Bauschlosserlehrling, Tischlerlehrling, Holzmalerlehrling, Friseurlehrling, Glaserlehrling
Weibliche Abteilung: Dienstmädchen, Mädchen fürs Land, Frauen z. Kohlentragen

---

Weißenfels
Zur
Jugendweihe
empfehle
blühende
Topfpflanzen
aller Art
Heinrich Ziesing
Gärtnerei
Töpfergasse
Marktstraße nd

Achtung! Achtung!
Speise-Kartoffeln
10 Pfund 55 Pf.
Mehrstedt
Jacobstraße 20 724

Lumpen
Neutuch, Wolle, Papier, Zeitungen, Eisen, Metalle, Felle kauft nach wie vor 120
Alfred Rein
Tel. 24212 Königsberg 5 Tel. 24212

Kleine Anzeigen haben im Klassenkampf Große Wirkung!

Verbd. f. Freidenkertum u. Feuerbestattg., e. V.
Mitglied der Reichsarbeitsgemeinschaft
freigeistiger Verbände
Kirchenaustritts-Woche
Öffentliche Kundgebungen:
Gegen die schwarze Gefahr
Mittwoch, den 23. März 1927:
Ruhland, abends 8 Uhr, „Rathaus"
Raundorf b. Lauchhammer, abds. 8 Uhr, Gasthof „Zum Stern"
Donnerstag, 24. März 1927: Mückenberg, abends ½8 Uhr, Gasthof „Zur Eisenbahn"

Werbt für den Klassenkampf!

Todesanzeige
Nach kurzem, aber schwerem Leiden verstarb am 20. März 1927 sanft bei Jesu Christ
Anni Lugemann
Die trauernden Hinterbliebenen
August Lutzmann
geb. Pätzold
und Verwandte
Die Einäscherung findet Mittwoch, den 23. März, nachm. 2½ Uhr, auf dem Gertraudtfriedhof statt

---

Werbt f. d. Klassenkampf

„Luisenbad" Weißenfels

Promenade 19 **Kurt Laue** Telephon 253 5411

Elektr. Lichtbäder — Lichtbrücken — Heißluftbäder
Höhensonnebestrahlungen sowie alle anderen Bestrahlungsarten — Galvanisieren — Vierzellenbäder — Hand-, elektr.- u. Vibrationsmassagen

Meine Lichtbrücken u. Heißluftbäder sind transportabel und es kann die Behandlung auch im Hause des Patienten erfolgen

Wannen- sowie sämtl. med. Bäder — Zentralheizung

Geöffnet von 9–8 Uhr

Bekleidungshaus
Joh. Heun
66 Leipziger Str. 66

Anspachs Restaurant
Glauchaer Straße 32
Gaststätte für jedermann!

Schallplatten große Auswahl!
Fahrräder — Sprechapparate
20,— Mk. Anzahl. 3,— Mk. Wochenr.
Paul Lucke, Halle (S.)
Bäckerstraße 1 (Glauchaer Straße)
Reparatur-Werkstatt

Kauft nach wie vor Eure
Farben und Tapeten
nur bei
Farben-Kramer
Mittelwache 9/10
Tel. 21465 Tel. 21465

Einen großen Posten
erstklassige Marken Fahrräder
Wochenrate von 3 Mark an
Fr. Franke
Landwehrstr. 2 Tel. 29478

Franz Conrad
Kolonialwaren
ff. hausschlachtene Wurstwaren
Torstraße 28

Friedrich Bönicke
Große Brunnenstraße 65
Telephon 23556
Täglich:
Frische Fluß- und Seefische
Das Beste in Räucherwaren und Fischkonserven

Bahnhofs-Tunnel
Inhaber: Ernst Kadler
Gaststätte für jedermann
Warme Speisen
zu jeder Tageszeit, zu billigsten Preisen sowie gutgepflegte
Biere

Von 10 Mk. Anzahlung an
und 3 Mark Wochenrate erhalten Sie ein
Qualitätsrad
Nähmaschinen- und Fahrrad-Großvertrieb
K. Möller, Schmeerstr. 1

Schuhhaus Altermann
I. Geschäft: Bernburger Straße 31
II. Geschäft: Bernburger Straße 19
Großes Lager sämtlicher
Schuhwaren
vom einfachsten bis zu den modernsten
Gewissenhafte Bedienung

Raucht
Stiborskis
Qualitäts-Marken
Nur Glauchaer Straße 3
Wiederverkäufer großen Rabatt!

Drogen
Chemikalien
Farben, Lacke, Pinsel, Haushaltseifen, Wäscheartikel, Toilettenartikel, Parfümerien, Kinder-Nährmittel, Krankenpflege
Bruno Trebisch
Halle, Mortizbrunnen 1
Telephon 23550

Zuverlässige
Weckeruhren v. 2,80 Mk. an
Taschenuhren v. 4,00 Mk. an
unter Garantie nur bei
Amand Weiss, Kleinschmieden 6
gegenüber Alex Michel

Beerdigungs-Anstalt
Willy Lutze
Halle an der Saale
Krulenbergstraße Nr. 7
Geschäftsstelle des Deutschen Begräb.-Versicherungs-Verein
Tel. 25920

Alfred Lange
Maßschneiderei
seiner Herren- u. Damen-Kleidung
Verkauf fertiger Herren-Kleidung
auf Teilzahlung
bei billigen Preisen
Halle an der Saale
Leipziger Str. 103, II
Tel. 25023

Rathenower Optisch. Institut
Halle a. d. S., Oleariusstraße 1:
Günstige Bezugsquelle aller optischen Erzeugnisse
wie Brillen
usw.

Fahrräder
Mercedes, Opel, Schladitz usw.
Sämtliche Ersatzteile, sehr preiswert
Bequeme Zahlungsweise. Reparaturen prompt und billigst
Kurt Bley
Ludwig-Wucherer-Str. 43
(Reilleck)
Landsberger Str. 60

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270322-18/fragment/page=0004

Aus den Betrieben

Freigewerkschaftlicher Sieg auf der Bubiag

Ueberall finden im März die Betriebsrätewahlen statt, so auch bei der Bubiag, der Hochburg der gelben Werksgemeinschaft in der Niederlausitz. Als man Kenntnis erhielt, daß die freien Gewerkschaften eine Liste aufstellen wollten, ging man dazu über, die in Frage kommenden Arbeiter **in andere Betriebe zu versetzen.** Aber das nutzt heute nichts mehr, **die Arbeiterschaft wacht auf, auch in der Bubiag!**

Nach Einreichung der Listen, hatte man allerhand Bemängelungen, ja man wollte die Listen sogar in den Papierkorb wandern lassen! Doch nun genug, Herr Rosenlöcher! — Die einzeln Kandidaten mußten zum Betriebsleiter Bärmann kommen, ja man nahm sogar **Maßregelungen** vor. Als aber am 11. März die Wahlen stattfanden, konnten die freigewerkschaftlichen Listen den Sieg verzeichnen. **Zweidrittel aller Stimmen kamen auf die Kandidaten der freien Gewerkschaften.** Die gelben Betriebsräte haben eine Niederlage erhalten, die gelbe Sumpfblüte wird hoffentlich nun bald ganz der Verwesung entgegengehen. Dann braucht Herr Tischer auch nicht mehr zu angeln; auch seine Zeiten sind dann vorbei.

Nehmt ein Beispiel an der Bubiag!

„Gute Hoffnung", Roßbach

Wenn wir von dem Musterschacht **„Gute Hoffnung"** reden, so müssen wir ganz besonders den Abraumbetrieb beleuchten, auf dem die meisten Arbeiter die „gute" Hoffnung nur noch als „letzte" Hoffnung bezeichnen. Letzte Hoffnung, weil durch das Erwerbslosenelend die Arbeiter sich dort hergeben, die Arbeit **unter den miserabelsten Bedingungen** aufzunehmen. Man überlege einmal, was ein **Tagesverdienst von 4,80 Mark bei einer Arbeitszeit von 10 Stunden** bedeutet! Und dabei keine Minute Stillstehen, immer feste los, los, damit der Profit der Grubengewaltigen höher steigt! Dafür sorgen die Aufsichtspersonen, die wir auch kurz ein wenig beleuchten wollen.

Als oberste Instanz fungiert der Betriebsführer Siebenhühner, der Leute sogar deswegen kündigt, weil sie es wagen, bei dieser langen Arbeitszeit Ueberstunden zu verweigern. So erging es vor fünf Wochen z. B. drei Arbeitern aus Weißenfels, ebenso in der letzten Woche einem Arbeiter aus Weißenfels, den man auch wegen seiner politischen Einstellung, was ein kleiner Bello, der Aufseher Grabowski, ja deutlich durchblicken ließ. Am Montag, dem 7. März, **verweigerte die ganze Kolonne die Ueberstunden,** bei der dieser Kollege beschäftigt war. Vor vier Wochen verlangte ein Arbeiter, der schon fünf Tage gearbeitet hatte, von dem Betriebsführer 10 Mark Vorschuß. Anstatt dem Arbeiter von dem verdienten Gelde 10 Mark Vorschuß zu geben, wurde er angefaucht: „Arbeiten Sie erst mal was . . ." So erlaubt man sich mit den Leuten umzugehen!

Der Aufseher Grabowski wird auf dem Abraum der „Heiland" genannt. Er und auch sein Kollege Jonenz würden besser als Bärentreiber passen als daß sie auf Menschen losgelassen werden. Wehe, wenn mal ein Arbeiter wagt, einen Augenblick sich hinzustellen während der langen Arbeitszeit! Dann geht bei Gr. das Toben los, daß man Angst haben muß, daß einem das Trommelfell platzt. Auch erlaubt er sich sogar, Arbeiter anzugreifen, aber nur solche, vor denen er keine Angst hat, daß sie sich wehren würden. Am 8. März, als er mit einer Kolonne Schwellen ablud, sagte er einem Arbeiter, er solle anpacken. Dieser wollte auch anpacken, aber Gr. packte ihn an und warf ihn an die Seite, so daß er auf einen Schienenstapel fiel, weswegen der Arbeiter jetzt krank feiern muß.

Das Organisationsverhältnis auf der Grube ist hundsmiserabel. So lange hier keine Besserung eintritt, wird die Belegschaft der „Letzten Hoffnung" nicht auf große Besserungen rechnen können.

Genau dieselbe Blüte ist der schon erwähnte Aufseher Jonenz. Wenn ein Arbeiter die Schaufel nicht ganz voll nimmt beim Schippen, schreit er ihn an. Wenn einer einen Augenblick ein langsameres Arbeitstempo einschlägt, gerät er aus Rand und Band. Erwidert ein Arbeiter ein Wort, so heißt es auch hier: „Halt die Fresse!" — Solche anständigen Menschen kann der Unternehmer aber gebrauchen!

Arbeiter, **heraus aus der Werksgemeinschaft,** hinein in die freien Gewerkschaften! Hinein in die KPD.! Lest den „Klassenkampf", das einzige Organ im Bezirk, welches die Interessen der Arbeiterschaft vertritt.

*

Die meisten Grubenberichte zeigen, wie zersplittert auch nach der „großen Mobilisierung" des BAV. im Dezember v. J. die Bergarbeiterschaft in den Gruben ist und welche ungeheure **intensive Arbeit** jeden Tag vom Verband geleistet werden müßte, welche großen Aufgaben aber auch die kommunistischen Zellen und die Gewerkschaftsopposition haben, damit **bei Ablauf des Mehrarbeitsabkommens im April eine neue kampflose Hinnahme der 12-Stundenschicht und des 10-Stundentags unmöglich ist.** Nur durch energische Vorarbeit ist die notwendige geschlossene Kampffront herzustellen. — Auf an die Arbeit!

Ueberstundenschieber

Bei **Wegelin & Hübner, Halle, Werk III (Kesselschmiede)** werden ganz unheimlich Ueberstunden geschoben. In der vergangenen Woche haben mehrere Bohrer **36 Stunden hintereinander** gearbeitet, unter anderem auch der Bohrer Zwillitsch, der behauptet, im Zentralverband der Fleischer organisiert zu sein. Diese Kollegen schädigen die Interessen aller Arbeiter auf das schwerste, insbesondere aber die erwerbslosen Arbeiter. — Im Werk I sollen ähnliche Zustände herrschen.

Wo bleibt der Betriebsrat? Es ist seine Pflicht, hier sofort einzugreifen.

Wie Leuna die Erwerbslosen schikaniert

(Arbeiterkorrespondenz)

Für das Leuna-Werk besteht eine Arbeiterannahme. Die daran beteiligten Baufirmen, darunter ein Herr Pladek (SPD.-Mann), üben dabei mit Freude ihre Machtgelüste an den erwerbslosen Arbeitern aus. Am 10. März war dieser famose Auchsozialist an den hiesigen Stempelstellen erschienen und suchte für das Zuchthaus verwendbare Arbeiter. Er hatte auch eine ganze Anzahl erwerbslose Arbeiter angeworben und jeden einzelnen gefragt, ob er in Leuna arbeiten wolle. Diejenigen Arbeiter, die das Leuna-Zuchthaus schon kannten und unter gewissen Argumenten früher entlassen worden waren, ferner diejenigen Erwerbslosen, die durch irgendeine verkehrte Redewendung ihre Abneigung gegen jenes Werk zum Ausdruck brachten, wurden ohne weiteres beiseite geschoben. Pladek schrieb sich alle auf, die er sich ausgesucht hatte und kreuzte dabei die Erwerbslosen an, die er examiniert hatte, um **bei dem hallischen Veraus- und Fürsorgeamt den Antrag auf Entziehung ihrer Erwerbslosenunterstützung zu stellen.** Die hallische Behörde gab dem auch gehorsamst statt!

Pladek (SPD.!) schröpft geradezu die Erwerbslosen noch um ihre paar Pfennige Unterstützung. So verlangte er von einem Erwerbslosen eine ärztliche Bescheinigung, daß er nicht schwindelfrei sei und deshalb eine Bauschlosser-Tätigkeit in Leuna, wo ausdrücklich nur schwindelfreie Arbeiter angefordert werden, nicht annehmen könne. **Sonst würde dem Betreffenden die Erwerbslosen-Unterstützung entzogen!** Daß der Erwerbslose von keiner Seite die Kosten für das Attest zurückerhält und daß ein Erwerbsloser 2 Mark nicht hinausschmeißen kann, kümmert diesen „Sozialisten" wenig.

Der hallische Magistrat scheint vor den Leuna-Gewaltigen sehr zu zittern. Die Erwerbslosen aber verlangen, daß **Leuna die Arbeiter vom Arbeitsamt zugewiesen bekommt.** Wenn Pladeck diese Arbeiter ablehnt, so hat er überhaupt keine zu bekommen, genau so wie jeder andere Privatunternehmer. Diese haben im Arbeitsnachweis nicht zu schalten und zu walten, wie es den Leuna-Gewaltigen durch Entgegenkommen des hallischen Magistrats gelungen ist.

Rationalisierung

Der Tag ist kaum erst angebrochen,
Wenn der Prolet nach kurzer Rast
Sich früh erhebt, die müden Knochen
Zu Markt zu tragen voller Hast.

Denn Pünktlichkeit ist eine Zierde,
Das heißt, nur für den Arbeitsmann.
Beim Chef, kraft seiner hohen Würde,
Fängt oft der Tag erst mittags an.

Noch ist es dunkel auf der Straße,
Nur ein vereinzelt Auto blinkt,
Das einen Feind der breiten Masse
Vom Sektgelag' nach Hause bringt.

Ihn kümmert nicht das Los der Sklaven
Und nicht die Not, die alle quält;
Denn nur zur Sättung „Menschenaffen"
Wird bei ihm der Prolet gezählt.

Verachtend blickt er auf sie fade,
Von deren Ausbeutung er lebt,
Nicht einer ist hierfür zu schade,
Obschon die Zung' am Gaumen klebt.

Wer Arbeit hat, wird ausgeschlachtet,
Man gönnt ihm keine Freizeit mehr,
Und wenn der Arbeitslose schmachtet
Nach Brot und Arbeit noch so sehr.

Den Namen „Rationalisierung"
Hat man für dies System erdacht.
Von neuem wird durch Irreführung
Wut und Verzweiflung hier entfacht.

Die Arbeitslosenfront wird breiter,
zermürbt wird Arbeitskraft voll Hohn,
Die Industrie jedoch streicht weiter
Ein den Profit, den Judaslohn.

Weh' Euch, Ihr unterdrückten Brüder,
Die Ihr von schwerer Arbeit lebt,
Schaut Eure Kräfte und die Glieder,
Seid Ihr verbraucht, man Euch begräbt.

Es gilt zu rationalisieren
Den Körper und die Arbeitskraft,
Dann werdet Ihr auch nicht verlieren
Den Kampf, der Euch das Recht verschafft! arbre.

Betriebsratswahl bei J. G. Farbenindustrie A. G., Werk Trepptow

Am 19. und 21. März d. J. fand im **Trepptower Werk der J. G. Farben-Industrie-A.-G.** die **Betriebsratswahl** statt. Auf seiten der Arbeiter macht sich die Wahl nicht notwendig, da nur eine freigewerkschaftliche Liste aufgestellt ist, die von der freigewerkschaftlichen Betriebsversammlung einstimmig akzeptiert wurde. Dem Betriebs- und Arbeiterrat gehören demnach **7 KPD., 2 parteilose Sympathisierende** und **1 SPD.-Mann** an.

Noch einmal Kaliwerk Krügershall!

(Arbeiterkorrespondenz)

Jawohl, noch immer! Jetzt macht es erst richtig Spaß! Denn die Kameraden kommen schon dahinter. Es fehlt nur ein treibender Keil, und alles platzt. Lest nur tüchtig weiter und handelt so, wie Ihr diskutiert! Einigkeit wollt Ihr haben unter Euch. Schafft sie Euch doch! Oder könnt Ihr das nicht? Freilich, durch Schimpfen und Reden wird es nicht besser. **Handeln heißt die Parole!** Dabei muß noch einmal gesagt werden, daß eine restlose Organisierung im Verbande die Arbeit tausendfach erleichtert. Jeder fragt jetzt morgens, mittags und abends nach dem „Klassenkampf". Immer bestellen, Kameraden, denn es ist die einzige Zeitung, die Eure Interessen vertritt!

Doch was haben wir nun erreicht? Alles kocht! Doch nur die Ruhe behalten, wenn man auch Hartholz hobeln muß! Steiger Schmidt hat nämlich den Scheeiber — noch nicht — erwischt. Auch unser lieber „Fäßchenfranz" spielt auf einmal eine große Rolle. Er will auch berühmt werden. Denn ein Fäßchen, welches entgleist ist, muß, wenn vier Mann heben, quäken. Nein, mein lieber „Fäßchenfranz", und wenn dabei jemand auf die Straße fliegt, nämlich entlassen wird, es quäkt nicht immer. Doch bei dieser Sache ist noch ein Haken, nämlich bei der Entlassung dieses Kameraden ist noch ein anderer, ein „Großer" mit verwickelt, und wir bekneten uns die Sache noch vor. Aber sie kommt in die Oeffentlichkeit, Kameraden, da heißt die Maus keinen Faden ab! Ihr sollt nur Tatsachen lesen, und durch diese Tatsachen sollt Ihr erkennen, welchen Weg Ihr geht. Noch könnt Ihr umkehren, noch ist es nicht zu spät. Verlangt deshalb **eine neue Belegschaftsversammlung** von Eurem Betriebsrat, wenn irgendmöglich in der Kaue, und jeder beteilige sich an der Aufstellung eines neuen Betriebsrates. Denn diese wichtige Frage kann nicht von einigen Kameraden geregelt werden, sondern alle müßt Ihr für Euer eigenes Wohl arbeiten. Schon haben wir den Grund der Entlassung. Was man so alles zu hören bekommt! **Wer sich also nicht wie ein Stück Vieh behandeln lassen will, wird entlassen.** Doch hört, wie es kam:

Im Versuchsabbau 1 war ein Wagen von der Platte zwischen die Schienen gefallen, mit allen vier Rädern im Dreck. Zufällig kamen Steiger Szabok und der „Herr Inspektor" des Weges. Der Steiger. . . . — man kann den Namen ebenso schwer schreiben wie einem Schafbock lesen lernen — hatte nichts eiligeres zu tun, als die Kumpels mit den Worten anzufahren: „Na, man los, jo'n Fäßchen muß quäken!" Darauf aufmerksam gemacht, daß der Wagen schlecht zu heben ist, sagt er: „Ach was, man los, Ihr faßt bloß nicht an!" Einer der drei Kumpels sagte: „Wir sind kein Stück Vieh! Nicht: los, los, davon wird es nicht anders." Dem „Herrn Inspektor" war das zuviel. Er legte los: „Was erlauben Sie sich, wer wird wie Vieh behandelt? Gehen Sie, fahren Sie aus, in acht Tagen ist Ihre Zeit um." — So sieht heute eine Entlassung aus.

Dem Inspektor aber sagen wir, daß sich ein vernünftiger, ruhiger Mensch bei der Antreiberei, die hier herrscht, auch einmal vergessen kann. Warum hören denn die Neueingestellten immer so schnell wieder auf? Die miserablen Löhne, die niedrigen Akkordsätze und die Antreiberei der Herren Steiger, vor allen Dingen des Aufsehers Becker, sind schuld daran! Die meisten Krügershaller Proleten können mit ihrem Lohne nicht leben. Der Inspektor kann an seinem eigenen Gehalt und Bedürfnissen ausrechnen, was ein Mensch zum Leben braucht. Kameraden! Kampf diesem System! Das ist der einzige Weg, den Ihr beschreiten müßt!

Betriebsmord!

Schon wieder ein Unglücksfall im Stickstoffwerk

Am Montag, dem 21. März, verunglückte auf dem J. G.-Neubau der Piesteritzer Stickstoffwerke der Arbeiter Hermann Matz, wohnhaft in Zahna, indem ihm durch Herunterstürzen eines schweren Behälters der rechte Unterarm vollständig abgerissen wurde. Wem die Schuld trifft, muß die Untersuchung ergeben.

Am Donnerstagvormittag gegen 8 Uhr verunglückte auf den **Bayrischen Stickstoff-Werken, Piesteritz,** der Kranschlosser Anders aus Piesteritz. Anders war mit dem Kranschlosser Reich bei der Reparatur eines Kranes im Kalkstickstoff-Ofenhaus beschäftigt. Während der Schlosser Reich sich im Führerstand des Kranes befand, war Anders damit beschäftigt, Reparaturen an dem Motor auf dem Fahrgestell vorzunehmen. Bei dieser Tätigkeit verlor er aus noch nicht aufgeklärtem Grunde das Gleichgewicht und stürzte aus etwa sechs Meter Höhe ab. Mit anscheinend leichten Verletzungen wurde er dem Paul-Gerhardt-Stift zugeführt.

Nur dem Umstande, daß Anders bei seinem Fall von dem Kran auf die Karbidabfüllvorrichtung fiel und daran herunterrutschte, ist es zu danken, daß der Sturz noch glücklich ablief. Auch dieser Unfall muß eine Mahnung sein, auf die lauernden Gefahren bei der Arbeit mehr zu achten.

Wieder ein Grubenarbeiter Opfer der Rationalisierung

(Eig. Meld.) **Stedten,** 21. März.

Am Freitagnachmittag 5 Uhr kam auf **Grube Walters Hoffnung** der Arbeiter Gustav Raab in die Transmission. Er wurde besinnungslos von der Arbeit weggetragen. Wäre die Ablösung zum Schichtwechsel nicht gerade dazugekommen, so war sein Schicksal besiegelt.

Jetzt hat man wieder zwei Mann an die Arbeit gestellt. Erst aber mußte ein Unglück geschehen!

Was sagt der Betriebsrat?

Noch ein tödlicher Unfall

im Mitteldeutschen Stahlwerk Akt.-Ges. in Gröditz

Beim Ablassen von flüssiger Schlacke aus dem Martinsofen wurde am Donnerstagfrüh in der vierten Stunde der Arbeiter M. Gruhle aus Reppis getroffen und gräßlich verbrannt. G. wurde nach dem Lauchhammer-Krankenhaus transportiert, wo er bald darauf verschied; er war verheiratet und Vater von zwei Kindern. Der Arbeiter Wittig aus Nauwalde erlitt ebenfalls Brandwunden.

Mehr Klassenbewußtsein!

Zuckerfabrik Delitzsch

In der Abteilung Rübensamenzucht der Zuckerfabrik Delitzsch werden alljährlich etwa 40 Frauen und Mädchen sechs bis acht Wochen beim Bohren beschäftigt, eine Arbeit, bei der man den Zuckergehalt der Samenrüben feststellt. Diese Arbeiten finden seit Jahren ihren Abschluß in einer „kleinen Feier" nach dem Muster der Werkvereine. Großmütig opfert die Verwaltung 1½ Stunde Arbeitszeit, Kaffee und Kuchen werden aufgetragen, und alles lauscht der Ansprache des Herrn Direktors. „Er sei sehr erfreut, daß unter den Frauen so viele schon zehn Jahre und noch länger der Fabrik die Treue hielten und daß doch immer Zufriedenheit und Harmonie geherrscht habe. Er hoffe, daß auch die jungen Mädchen einmal so treu werden, wie die älteren Frauen." Dann folgt noch ein gemütliches Tänzchen und es ist Feierabend.

Auf dem Nachhausewege erzählte ein junges Mädchen: „Bei mir sind sie alle drangekommen, sogar die Chemiker, die wollten gar nicht, aber ich habe nicht locker gelassen." Vor lauter Glück, mit so hohen Herren getanzt zu haben, vergißt sie ganz, daß sie — arbeitslos ist. Arbeiterinnen! Denkt doch einmal nach, **auf wessen Kosten diese Gemütlichkeit eigentlich geht!** In anderen Fabriken erhalten Frauen bei gleich schwerer Arbeit 40 bis 45 Pf. Stundenlohn. Da Ihr für 32 Pf. arbeitet, werden pro Kopf und Stunde mindestens 8 Pf. gespart. Warum soll die Verwaltung Euch dann nach sechs Wochen nicht einmal 2 Mark spendieren, wenn sie dadurch Euch einlullen und — pro Kopf 25 Mark ersparen kann. Seht Euch andere Betriebe an! Ueberall, wo Harmonie zwischen Unternehmer und Arbeiter herrscht, sind die Löhne niedrig und die Arbeitszeit lang. Nur da, wo die Arbeiter geschlossen und gewerkschaftlich organisiert dem Unternehmer entgegentreten, gibt es höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit.

Daß die Zuckerindustrie Geld genug hat, beweisen doch die **riesigen Ausgaben für Bauzwecke und die hohen Dividenden.** In den letzten Jahren wurden die alten Maschinen zum alten Eisen geworfen und durch moderne ersetzt. Große Erweiterungsbauten fanden statt, die auch jetzt wieder durch den Bau einer Trockenschnitzelanlage ihre Fortsetzung finden. Es liegt also nur an Euch, schließt Euch fest zusammen in den freien Gewerkschaften, damit auch Ihr dem Unternehmer ein anderes Gesicht zeigen könnt als bisher.

Auch müßt Ihr den „Klassenkampf" lesen, der Euch über alle Dinge gut aufklärt und mit seiner Beilage „Aus den Betrieben" zeigt, wie es die anderen machen, die heute schon weiter sind als Ihr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270322-18/fragment/page=0005

Auf dem städtischen Arbeitsamt herrscht die Leuna-Direktion

Die Tagesordnung der gestrigen Stadtverordnetensitzung gab bei einer ganzen Reihe wichtiger Punkte unseren Genossen Gelegenheit, die Praktiken des Ordnungsblocks und des reaktionären Magistrats zu entlarven. Sie war sozusagen ein Auftakt für die bevorstehende Etatberatung.

Bevor jedoch in die Tagesordnung eingetreten wurde, gab es eine Ueberraschung: der Vorsitzende verlas einen Brief des ehemaligen Stadtverordneten Finkelmeyer, in dem dieser sein Mandat niederlegt. Mit Recht wurde von unseren Genossen hervorgehoben, daß diese Niederlegung reichlich spät erfolge und nur auf die kommunistische Anfrage, die in der vorigen Sitzung gestellt worden war, zurückzuführen sei. Sonst hätte es diesem Herrn noch länger gefallen, auf dem gestohlenen Mandat sitzen zu bleiben.

Der erste Punkt, der eine Debatte hervorruft, bezieht sich auf die

Einrichtung eines Sonderturnraumes im Schulhaus Große Brunnenstraße 5.

Hier wird von unseren Genossen verlangt, daß der Turnunterricht (es handelt sich um orthopädisches Turnen) von Aerzten oder dazu vorgebildeten Heilpersonen ausgeübt wird. Der Stadtschulrat stellt fest, daß die Unterrichtenden durch einen besonderen Kursus ausgebildet wurden. Der Vorlage wird zugestimmt. Im Anschluß daran wird kurz die

Einrichtung und Ausstattung von Schulküchen

besprochen. Eine Anfrage der Genossin Herrmann beantwortet der Stadtschulrat dahin, daß eine große Anzahl Plätze unentgeltlich bereit stehen, und daß erwerbslose Mädchen den Unterricht unentgeltlich genießen, während für die anderen Fälle die Bedingungen des Fortbildungsschulbesuchs überhaupt gelten. Auch diese Vorlage findet Annahme. Der nächste Tagesordnungspunkt beschäftigt sich ebenfalls mit einer Schulfrage. In der Aula des Stadtgymnasiums sollen Erneuerungsarbeiten vorgenommen werden, wofür ein Kostenanschlag von 15 000 Mark angesetzt ist. Als Begründung wird darauf hingewiesen, daß der Raum für viele Veranstaltungen im Innern der Stadt notwendig gebraucht wird. Von dem Stadtverordneten Wilke wird hier gefordert, daß die Neuausgestaltung nicht im monarchistischen Sinne zu geschehen habe. Genosse Höcker gibt für die kommunistische Fraktion die Erklärung ab,

daß nur dann der Vorlage zugestimmt werden könne, wenn die Gewähr gegeben wird, daß auch die proletarischen Organisationen die Aula für ihre Veranstaltungen benutzen dürfen.

Dem Königin-Luise-Bund gesteht man die Benutzung zu, den proletarischen Organisationen aber nicht. Als Her Truschel darauf hinweist, daß nicht die städtische Schulverwaltung, sondern die Regierung bestimmt, wer Schulräume benutzen darf, kommt man vom Regen in die Traufe. Denn Genosse Höcker stellt fest,

daß die Ausschaltung proletarischer Organisationen dann also auf das Konto des Herrn Severing bzw. seines Nachfolgers, der bekanntlich auch Sozialdemokrat sei, zu setzen ist.

Selbst Herr Minner ist durch die Auskunft des Stadtschulrates nicht befriedigt. Er weist darauf hin, daß der Königin-Luise-Bund keineswegs eine unpolitische Organisation sei, und daß man jeder Seite die Räume zur Verfügung stellen müsse. Diese Feststellung führt den Stadtschulrat nun zu der diplomatischen Behauptung,

es komme nicht darauf an, wer die Räume benutzt, sondern was für Veranstaltungen dort abgehalten werden.

Wenn sie unpolitisch sind, könne jeder die Aulen benutzen. Genosse Günther verspricht, daß wir die Probe aufs Exempel machen werden. Aber wir wissen schon im voraus, daß man der Kommunistischen Jugend zum Beispiel die Räume auch nicht zu unpolitischen Zwecken geben werde.

Die nächste Vorlage sieht die

Bereitstellung von Notstandsarbeiten vor.

Der augenblickliche Stand der Notstandsarbeiten zeigt folgendes Bild: Cröllwitzer Brücke zirka 80 Notstandsarbeiter; Mansfelderstraße zirka 12 Notstandsarbeiter; Heidelinie zirka 45 Notstandsarbeiter; Rampe am Lettiner Weg zirka 5 Notstandsarbeiter; Siebenbogenbrücke zirka 30 Notstandsarbeiter. Zusammen 172 Notstandsarbeiter.

Die Vorlage sagt dann weiter:

Die Arbeiten an der Siebenbogenbrücke und in der Mansfelderstraße (zwischen Siebenbogen- und Elisabethbrücke) gehen in etwa vier Wochen zu Ende, was ein weiteres Herabgehen der Notstandsarbeiter um 40 Mann bedeutet. Wenn auch vielleicht mit Rücksicht auf die bevorstehende Frühjahrsbestellung und mit Rücksicht auf das Wiederaufleben der Bautätigkeit ein Sinken der Zahl der Arbeitsuchenden um einige Hundert auf etwa 5000 in den nächsten Wochen zu erwarten steht, so ist doch die alsdann vorliegende Verhältniszahl von etwa 5000 Arbeitsuchenden zu 130 Notstandsarbeitern als unzureichend zu bezeichnen. Es müssen deshalb neue Notstandsarbeiten bereitgestellt werden. Auf Antrag des Arbeitsamtes hat das Tiefbauamt Kostenanschläge und Pläne für zwei Arbeiten vorgelegt:

1. **Ausführung von Erd- und Planierungsarbeiten am Goldberg.**
2. **Weitere Ausschachtung des Hafenbeckens Trotha und Verlängerung der dortigen Zufahrtstraße.**

Genosse Brömme, der hier den Bericht für den Haushaltausschuß gibt, fügt hinzu, daß nicht nur Notstandsarbeiten, sondern auch mehr Bauarbeiten in Angriff genommen werden müssen.

900 Bauarbeiter sind noch immer erwerbslos.

Stadtverordneter Schaumburg stellt fest, daß man auf der einen Seite Notstandsarbeiten einrichtet, auf der andern aber erst am Sonnabend 25 Arbeiter von der Tiefbauverwaltung entlassen hat wegen Arbeitsmangels. Er schließt sich den Ausführungen des Genossen Brömme hinsichtlich der Förderung der Bautätigkeit an. Stadtbaurat Jost geht auf seine Ausführungen ein und will nachweisen, daß seine Bauten mit großer Schnelligkeit ausgeführt werden. Im übrigen wirft er nur immer so mit den Behauptungen um sich, daß die andern nichts von den Dingen verstehen. Seine Worte sind außerordentlich bezeichnend für den eingeengten Geist, der bei unserm Hochbauamt herrscht:

„Lassen Sie mir meine Architektur, ich lasse den andern ihre Architektur".

Dieser Ausspruch enthüllte mit aller Deutlichkeit, daß Herr Jost nach wie vor die Absicht hat, im vermuteten Vorkriegsstil zu bauen und jeder Großzügigkeit in dieser Richtung den Garaus zu machen.

Genosse Härtel gibt zu, Herr Jost habe es bei gewissen Bauten allerdings sehr eilig:

Wenn es sich zum Beispiel um den Aufbau des Schatthauses, genannt Siegesdenkmal, handelt, spart man nicht mit der Zeit.

Auch mit dem Hinauswurf kommunistischer Stadtverordneter aus Deputationen ist Herr Jost schnell bei der Hand.

Wichtiger als die wichtige Debatte über Herrn Josts Fähigkeiten (bzw. Unfähigkeiten) waren aber die Ausführungen unserer Genossen zur Frage der Notstandsarbeiter selbst. Genosse Härtel wies nach, daß die Vorlage völlig unzulänglich sei.

292 Notstandsarbeiter bei einem Stand von über 5000 Erwerbslosen sind viel zu wenig.

Hinzu kommt, daß die Notstandsarbeiter nicht einmal das Recht haben, sich eine Betriebsvertretung zu wählen. Die schwarzblaue Bürgerblockregierung hat ab 1. April die Durchführung des neuen Reichswerwerbslosenversicherungsgesetzes im Auge. Dadurch wird die Lage der Erwerbslosen noch mehr verschlechtert als es bisher schon der Fall ist. Und es muß hier gesagt werden, daß die sozialdemokratischen Führer an der Vorbereitung zu diesem Gesetz kräftig mitgearbeitet haben.

Auch die hallische Stadtverordnetenversammlung muß gegen das Inkrafttreten dieses Gesetzes Protest einlegen.

Genosse Härtel stellt demzufolge einen Antrag, einen Protest an die Regierung abzusenden.

Herr Minner ist der Ansicht, daß man keine Notstandsarbeiten, sondern wirkliche Arbeitsgelegenheit beschaffen muß. Seine gut gesetzte Rede erweist sich jedoch als der übliche demokratische zu nichts verpflichtende Bluff, denn bei der Beschlußfassung über die kommunistische Protesterklärung stimmt Herr Minner mit allen andern Ordnungsblöcklern gegen dieselbe.

Genosse Höcker geht dann auf die Zustände beim Arbeitsamt ein. Als er feststellt,

daß dort nicht die Stadt, sondern die Agenten des Leuna-Werks herrschen,

stellt sich Busse, der bekanntlich für alles „Königliche" eine Schwäche hat, schützend vor die Leuna-Könige und will den Genossen Höcker nicht weiterreden lassen. Genosse Höcker setzt es trotzdem durch und berichtet weiter, daß man Erwerbslosen die Unterstützung entzogen hat, weil sie kein Fahrgeld hatten, um sich, wie

Aufruf an Alle!

Heute abend 8 Uhr findet im „Volkspark" eine große öffentliche Protestversammlung gegen die „schwarze Gefahr" statt (gegen die Kirchen-, Schul- und Kulturreaktion). Werktätige, erscheint in Massen!

Verband für Feuerbestattung.

vorgeschrieben, in Leuna vorstellen zu können. Sie hätten die Arbeit dort verweigert, heißt es in der Begründung zu dieser Ungeheuerlichkeit. Andererseits geht ein Agent der Bauunternehmer, die in Leuna arbeiten, Blodek, bei den Erwerbslosen herum, und wenn diese ihre Meinung über das Zuchthaus Leuna sagen, wird ihnen ebenfalls „wegen Arbeitsverweigerung" die Unterstützung entzogen.

Auch Genosse Günther bringt zu dieser Frage noch erschöpfendes Material. Wenn man die Arbeitslosigkeit bekämpfen will, muß man vorerst im eigenen Hause aufräumen. Aber

noch immer ist der Beschluß für den Achtstundentag nicht durchgeführt,

und mit der Ueberstundenschieberei ist es so weit gekommen, daß selbst das Arbeiterdezernat mit dem Betriebsrätegesetz drohen mußte, das für gewisse hier in Frage kommende Fälle

nur Gefängnisstrafen

vorsieht. Wenn schon der reaktionäre Arbeiterdezernent Finger diese Feststellungen treffen muß, zeigt dies, wie weit es bei der Stadt gekommen ist. Wie übrigens für die Notstandsarbeiter „gesorgt wird", wenn ihnen ein Unfall zustößt, zeigt die Behandlung eines Arbeiters, dem man nach einem Unfall, den die Stadt verschuldet hat, nur das Krankengeld, nicht aber die Lohndifferenz zahlt.

Als es zur Abstimmung kommt, bemerkt Herr Busse, er könne über den von kommunistischer Seite geforderten Protest gegen das Erwerbslosenversicherungsgesetz nicht abstimmen lassen. Die übliche Ausrede, daß es nicht Sache der Stadtverordneten sei, in die Gesetzgebung einzugreifen, mußte wieder einmal herhalten. Obgleich nachgewiesen wird, daß solche Willenskundgebungen durchaus möglich sind, stimmt Busse nicht darüber ab. Er fragt nur (gestützt auf die gehorsame Bürgerblock-Mehrheit), ob die Versammlung eine Abstimmung über den Protest wünscht. Prompt stimmt die Mehrheit natürlich dagegen (einschließlich des vorhin erwähnten Herrn Minner), und die Sache ist abgelehnt. Die Notstandsvorlage selbst erfährt dann einstimmige Annahme.

Eine Reihe von Vorlagen werden nun debattelos erledigt, u. a.:

Beschaffung eines Dampfwalzenzuges;

Ausbau von Straßen zur Durchführung des Bauprogramms zur Errichtung von Wohnungen für städtische Beamte, Angestellte und Arbeiter;

Ausbau des Beesener Weg zwischen der Huttenstraße und dem Glockenweg;

Ausbau eines Teiles der Reideburger Straße;

Einbau von Gasabsaugvorrichtungen in der städtischen Kläranlage,

bis es zwischen den Bürgerlichen zu einem geradezu klassischen Disput über den

Vergleichsabschluß mit dem Parochialverband

kommt. Die Stellungnahme unserer Genossen, die bekannt ist, wird von dem Genossen Iligenstein nochmals hervorgehoben: wir wenden uns gegen die Erpressertaktik der Kirche und lehnen jede Bezuschussung einer kirchlichen Einrichtung ab.

Herr Finger und Herr Hoß diskutieren miteinander um die Observanzen, da hinein mischt sich, als Magistratsvertreter, noch der Stadtrat Fischer, und schließlich läuft die Unterhaltung darauf hinaus, wer von den beiden, Hoß oder Fischer, bei Herrn Finger eher durch das Referendarexamen fallen würde. Herr Finger tritt nämlich mit talmudischer Gerissenheit für die Kirche ein, was sich bei ihm besonders schön macht. Als es zur Abstimmung kommt, stimmt die bürgerliche Mehrheit, die im Haushalt-Ausschuß gegen die Magistratsvorlage war, mit Ausnahme des Herrn Finger für den Magistrat, so wieder einmal die knechtische Treue zu seinem Magistrat betonend. Die Magistratsvorlage ist also trotz Herrn Fingers Redekünsten angenommen.

Nachdem noch ein Vergleichsabschluß mit der Gemeinde Nietleben und die Errichtung von zwei Verkaufshäuschen am Parkplatz genehmigt werden, kommt man zu den Anträgen, die von der kommunistischen Fraktion zu Beginn der Sitzung eingebracht wurden. Der erste, als dringlich eingebrachte Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Die kürzlich vorgenommene Besichtigung der hallischen Kliniken durch Magistrat und Stadtverordnete hat ergeben, daß bezüglich der Unterbringung von Kranken vollkommen unzulängliche Zustände bestehen. Nachdem die Stadtverordnetenversammlung von Halle beschlossen hatte, den Bau eines städtischen Krankenhauses durchzuführen, und dieser Bau von der Regierung bestätigt wurde, verlangen die Stadtverordneten, unverzüglich die Durchführung des Baues eines städtischen Krankenhauses."

Die bürgerliche Mehrheit stimmt gegen die Dringlichkeitserklärung. Sie möchte die Frage des städtischen Krankenhauses so weit wie möglich hinauszögern.

Nicht umgehen konnten sie jedoch die Besprechung des zweiten Antrages:

„Nachdem bei der Debatte über die Zerschlagung der städtischen Güter die kommunistische Fraktion schon darauf aufmerksam machte, daß nur die Großgrundbesitzer durch die Zerschlagung profitieren, wird jetzt bekannt, daß dieser Voraussage im vollen Umfange eingetreten ist.

Der Gutsbesitzer Oswald Keitel in Diemitz, der von der Stadt 104 Morgen städtischen Acker bekommen hat, hat denselben an Max Rosche in Diemitz und Rembert Knocke für 75 Mark pro Morgen weiter verpachtet. Diese Fälle werden nicht die einzigen sein.

Außerdem sind die Landarbeiter, die von dem Pächter mit übernommen werden sollten, entlassen worden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge deshalb beschließen: Auf Grund dieser ungeheuren Wucherpreise wird dem Pächter Keitel in Diemitz das Land entzogen und zu Selbstkostenpreisen an kleine Pächter abgegeben. Außerdem werden alle bisher abgeschlossenen Pachtverträge nach dieser Richtung hin nachgeprüft.

Stadtverordnetenfraktion der KPD.

Genosse Günther begründet den Antrag und hebt hervor, daß der eine im Antrag genannte Fall bisher bekannt ist, daß aber die Vermutung bestehe, als ob mehrere solcher Fälle vorgekommen seien. Die ganze Güterzerschlagung und -verpachtung hat sich als das herausgestellt, was wir Kommunisten von vornherein gesagt haben: als eine Schädigung der städtischen Interessen schlimmster Art zugunsten von profitlüsternen Privatunternehmern. In Reideburg weiß man vor Verlegenheit scheinbar überhaupt nicht recht, was anfangen, denn dort will man eine Baumschule errichten. In Gimritz hat sich herausgestellt, daß die Arbeiter, die bei Winter nicht für den niedrigen Landarbeiterverbandstarif arbeiten können, auf die Straße gesetzt werden.

Stadtrat Fischer, der verantwortliche Dezernent, beklagt sich bitter, daß man diesen Fall sofort in die Oeffentlichkeit gebracht habe. Es wäre ihm doch versprochen worden, die Namen zu nennen. (Zuruf von kommunistischer Seite: Wir sind ja nicht mit Ihnen verheiratet!) Dann greift Herr Fischer die Gewerkschaften an, weil diese die Arbeiter angeblich gegen den Gutsbesitzer Winter aufgehetzt hätten. Auch auf die Kabelhäuser geht er — endlich! — ein. Wenn man ihn hört, gibt es keine korrektere Sache als das Landwirtschaftsdezernat.

Die drei in Frage kommenden Arbeiter seien schon lange „betriebsfremd", und er habe keine Veranlassung, sie in den Werkswohnungen sitzen zu lassen.

Daß er daneben noch Wohnungsdezernent ist und von dieser Seite aus einen anderen Ton anzuschlagen hätte, scheint Herrn Fischer nicht einzufallen. Zwei Dezernate (und leider noch ein drittes) wohnen, ach, in seiner Brust. Und so verwickelt er sich in immer größere Widersprüche, die er am Schluß seiner Rede dadurch loszuwerden versucht, daß er wutentbrannt den „Klassenkampf" zitiert. Die harmlosen und selbstverständlichen Sätze:

„Die Forderung, den Arbeitern ihre Wohnungen zu belassen oder ihnen ausreichende Ersatzwohnung zu gewährleisten, muß immer wieder nachhaltig aufgestellt werden. **An den Arbeitern selbst aber ist es, durch Zusammenhalten, solidarisches Benehmen und Stärkung von Partei und Gewerkschaft die Forderungen auch wirklich durchzukämpfen**",

sind für ihn „der springende Punkt". Aber wir müssen sagen, daß Herr Fischer nicht die richtige Stelle zitiert hat. Er hätte doch lieber aus einem früheren Artikel, der sich mit seinen Ermittlerungsgelüsten befaßt, zitieren sollen:

„Vielleicht zieht Herr Stadtrat Fischer, wenn er die städtischen Arbeiter daraus vertrieben hat, selbst eine Weile mit seiner gepfiegten Familie in diese sogenannte Wohnung in den Kabelhäusern."

Auch die Frage der Weihnachtsbeihilfe für die Garderobefrauen am Stadttheater ist nach Herrn Fischers Ansicht von kommunistischer Seite aus Agitationsgründen inszeniert worden. (Wir werden in einem späteren Artikel Gelegenheit nehmen, diesen Fall nochmals zu behandeln.)

Von unseren Genossen Günther und Kutzschbauch wird Herrn Fischer darauf deutlich die Wahrheit gesagt. Vor allem wurde immer wieder hervorgehoben, daß wir keinen Anlaß haben, irgend etwas der Oeffentlichkeit vorzuenthalten. Genosse Günther geht auf die Ermittlerung ein und berichtet, daß ein Arbeiter schon seit 14 Tagen aus dem städtischen Gebäude, Kl. Ulrichstr. 5, mit seiner Familie und seinen Sachen auf dem Hofe liege.

Herr Fischer hofft, daß der kommunistische Antrag nicht angenommen wird. Außerdem glaubt er 90 Prozent der kommunistischen Behauptungen nicht, und schließlich fragt er, wo hier die Rabulisterei liege. Auch das werden wir in dem Spezialartikel noch beantworten.

Auch die sozialdemokratischen Stadtverordneten Schaumburg und Flücht greifen Fischer ausgiebig an, und Flücht berichtet sogar von einer Verfügung, die Herr Fischer herausgegeben habe und in der es heißt, daß die früheren Werkswohnungen nunmehr als städtische Wohnungen zu betrachten sind. Er habe auch rechtlich nicht die Möglichkeit, die Arbeiter herauszusetzen, weil er das Mietverhältnis nicht rechtzeitig gekündigt habe.

Uebrigens wisse Fischer in seinen Dezernaten überhaupt nicht Bescheid.

Genosse Kölz wendet sich nochmals ausführlich gegen die arbeiterfeindlichen Methoden des Herrn Stadtrat Fischer, was diesen zu der reizvollen Bemerkung veranlaßt, man habe ihn früher für einen mit links Sympathisierenden gehalten. Das hätten ihm die Kommunisten jedoch gründlich ausgetrieben. (Zuruf: Wir danken für solche „Linken"!)

Genosse Härtel gibt zum Schluß die Erklärung ab, daß wir es grundsätzlich ablehnen, mit Magistratspersonen zu paktieren und daß wir im Interesse der werktätigen Bevölkerung das sagen werden, was notwendig ist. Das und nichts anderes bezweckt unser Antrag.

Dieser wird mit Hilfe der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. Dem Ordnungsblock kommt es eben nicht darauf an, wenn die Stadt durch Korruptionsfälle um Tausende von Mark geschädigt wird.

Ein Antrag Steinbrück, die Getränkesteuer bestehen zu lassen und mit dieser Forderung an den Städtetag heranzutreten, wird gegen unsere Stimmen bei Stimmenhaltung der SPD. von den Bürgerlichen angenommen.

Gegen 8 Uhr wird die Sitzung geschlossen.

Zeugnis über die Teilnahme am Schwimmen. Wie der preußische Kultusminister in einem Erlasse ausführt, bestehen keine Bedenken dagegen, den Schülern und Schülerinnen, die an dem Schulschwimmen teilnehmen, neben der Bescheinigung der erlangten Schwimmfertigkeit in den Schulzeugnissen besondere Zeugnisse für Freischwimmer, Fahrtenschwimmer und Rettungsschwimmer auszustellen. Um jedoch die Einheitlichkeit in der Beurteilung der Fertigkeiten zu gewährleisten, bestimmt der Kultusminister, wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, daß die Erteilung dieser Zeugnisse nach bestimmten, im einzelnen genannten Grundsätzen zu erfolgen hat.

Werbekundgebung der roten Jungfront am Dienstag, dem 22. März, abends 8 Uhr im „Volkspark".

Jugendarbeiter erscheint alle zu dieser Kundgebung!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270322-18/fragment/page=0006

Merseburg-Leuna-Querfurt

„Der Aufwand wäre wirklich einer besseren Sache wert"

Zunächst eine Frage: Was ist für den Proleten wertvoller, eine ote Demonstration an die Gräber seiner Märzgefallenen oder eine chwarzweißrotgoldene Kundgebung, gemeinsam mit dem Bürgerum, zum Andenken an die, die während des Weltkrieges dem Kapitalismus zum Opfer fielen, wobei man berücksichtigen muß, daß iese letzte Veranstaltung nichts zu tun hat mit einer Kampfsage gegen die Urheber des Krieges, sondern „nur eine Minute des Nachdenkens" über die Opfer bedeutet.

Für einen Arbeiter kann es darauf nur eine Antwort geben: hm ist **die rote Demonstration an die Gräber der Märzgefallenen,** ie dem Zwecke der Wachhaltung ihres Märzgeistes zu dienen hat, iel, viel wichtiger, denn, indem das Proletariat seiner Märzopfer edenkt, manifestiert es auch seinen Willen, gegen Kapitalismus nd Imperialismus nebst ihrer Begleiterscheinung Krieg anzukämpfen. Um ein Bild zu gebrauchen, das den Gedankengang vielleicht besser veranschaulicht, sei gesagt, daß der, der für die Ehrung er Kriegsgefallenen eintritt, den Stacheln einer Distel predigt, ie möchten doch weniger unangenehm auf die Haut des Menschen irken, daß der andere aber zupat und das Distelkraut mit der Wurzel ausreißt. Genug der Bilder und Beispiele! Es dreht sich m einen ganz bestimmten Fall.

In rund 30 Druckzeilen nehmen die sozialdemokratischen Zeiungen Mitteldeutschlands Notiz von der Gedenkfeier für die Märzefallenen in Merseburg-Leuna. Und darin stellen sie eben fest, daß der Aufwand wirklich einer besseren Sache wert" gewesen sei. Auf ie anderen Geistlosigkeiten dieser Notiz einzugehen, erübrigt sich, enn schon in diesem einen Satz kennzeichnet sich die sozialdemoratische Führerschaft — die das ihren Arbeitern vorsetzt, und die in er Praxis den Kriegergedächtnisrummel mitgemacht hat — als leinbürger, die es nicht begreifen können, daß das Proletariat lles daransetzen muß, um dem Märzgeist seiner Gefallenen zum urchbruch zu verhelfen. Man kann sie vergleichen mit jenem Menschen, der am späten Abend herumläuft und der Meinung t, es sei gerade der neue Morgen angebrochen. Nein, der Morgen, für den die Opfer des Proletariats fielen, ist noch nicht ekommen. Ihn zu erkämpfen, ist die Aufgabe, die höchste, die ichtigste, die größte Aufgabe, **die bessere Sache für das esamte Proletariat.** Ihr Geschrei wird uns nicht abhalten, dieser Sache weiter zu dienen, mit derselben Liebe und Aufopferung, mit er sie gedient haben, die Kämpfer von Leuna, Mansfeld, Bachra sw. Wenn die Sozialdemokratie der Meinung ist, es gibt bessere Sachen — vielleicht Koalitionspolitik? — dann mag sie diesem lauben huldigen, **sie soll es sich aber nicht unterstehen, das der rbeiterschaft als die für die Arbeiterklasse wichtigste Sache zu nterbreiten.**

Der Märzaufmarsch in Merseburg-Leuna war nur der Anfang on den vielen wichtigen Aufgaben, die wir im Interesse des Proleariates und im Sinne unserer Märzgefallenen zu lösen haben. ber zu ihrer Lösung bedürfen wir der großen breiten Massen, deren Sympathie wir nur erringen können durch planmäßige, gut durchachte und unermüdliche Kleinarbeit. **Besonders in diesem Märzmonat muß jeder revolutionäre Arbeiter einen neuen Kämpfer ür diese Aufgaben gewinnen, indem er aus dem Heer der Indiffeenten einen neuen Leser für die revolutionäre Zeitung Mitteleutschlands, für den „Klassenkampf" gewinnt.**

Die werktätige Bevölkerung von Merseburg

arschiert mit der

arbeitenden Jugend

eute abend

für Jugendschutz und Jugendrecht

Antreten zur Demonstration ¾7 Uhr am Bahnhof Merseburg.

Anschließend Kundgebung auf dem Marktplatz.

Es sprechen: als Vertreter des KJVD. Genosse Beyling, Halle, ls Vertreter der Fraktion der KPD. im Provinziallandtag Genosse . Koenen, Merseburg.

Nach dem Aufmarsch der Zehntausend muß die heutige Kundebung zeigen, daß die Merseburger Arbeiterschaft den Sinn dieses ufmarsches begriffen hat. Jetzt gilt es, für die konkreten Forderungen der Jugend zu demonstrieren. Die Jugend geht voran.

Heute abend ¾7 Uhr versammeln sich alle klassenbewußten rbeiter, ob jung, ob alt, am Bahnhof.

Heraus zur Jugendkundgebung!

Friedenseichen und „Friedensreden"

Ein schwarzweißroter Rummel in Delitz a. B.

Der hiesige „Kriecherverein" hat eine neue Friedenseiche gelanzt, als Ersatz für die aus Gram über den verlorenen Krieg ngegangene. Diese mußte nun auch eingeweiht werden und war geschah das am Sonntag. Nachmittags 2 Uhr war Kirchang. Die Begrabemützen aufgestülpt, zogen 150 tapfere Kriecher us Delitz und Umgebung (den Krieg haben natürlich die „Bessen" unter ihnen nur in der Etappe mitgemacht) in die „Kerche". iele von ihnen waren abgehärmte Landproleten mit 11 Mk. Wochenlohn. Aber der „Herre" war ja mit! Was sie in der irche gemacht haben, entzieht sich unserer Kenntnis. Nachher ing's mit Musike an den „neien Boom". Dort hielt ein Pfaffe ie „Friedensrede", die von Racheschwüren gegen den bösen Feind rotzte, weil ja in der Bibel steht: „Liebet Eure Feinde".

Nachher ging's in die Kneipe. Dort gedachte man bei einer onne Bier der armen, im Kriege gemordeten Menschen. Aus nserem Orte sind 45 Männer gefallen, die, wenn sie die Rede des faffen gehört hätten, sich im Grabe umdrehen würden.

Landproleten, für ein Glas Bier verkauft Ihre Eure Gesinnung? chämt Ihr Euch nicht selbst? Tretet aus, aus diesen heuchleschen Klimbimvereinen.

Der „neie Boom" sollte anfangs ohne Tomaten eingeweiht erden. Man hat sich dann aber einen Redner geholt namens chäfer (Nikolaus?), der seinen Schäfchen einen Kohl vorsetzte, n dem sie lange Zeit zu kauen haben. Er sprach nicht nur von chafen, sondern sogar von Rindviechern. Wir müßten „treuutsch" sein vom Minister bis zum Laternenputzer! Ein Kriecher t sich besonders mächtig hervor und zwar der, der sich einmal rschießen wollte. Danach ging er freiwillig „bei die Soldaten" nd zwar nach Merseburg zu den 36ern. Dort rückte er dann bald ieder ab, wurde aber nach drei Tagen von den Schergen zurückeholt. Gleich bei Kriegsausbruch bekam er dann einen sogenannn Heimatsschuß. Wie es passiert ist, weiß keiner. Nach dem riege war der tapfere Held sogar einmal im Arbeiterradfahrererein in Delitz und tat mächtig rot. Heute ist er wieder bei den Kriechern" angelangt. Wir wünschen ihm in dem neuen Bett iel Glück.

Merseburg. Auslegung des Haushaltsplanes für 927. Der Entwurf des Kämmerei-Haushaltsplanes für 1927 ird gemäß § 66 der Städteordnung vom 18. März 1927 ab acht age lang zwischen 8 bis 12½ Uhr vormittags in unserem Rechungsamt, Rathaus, Zimmer 29, zur Einsicht für alle Bewohner er Stadt offengelegt.

Merseburg. Brockensammlung, Karlstraße 4. Dienstag, en 22. März, von vormittags 10 bis 2 Uhr Annahme, Mittwoch, en 23. März, **von vormittags 10 bis 12 Uhr Verkauf.**

Merseburg. Kinderchor. Zu dieser Neugründung bitten wir die Eltern, ihre Kinder über 10 Jahre am Dienstag, dem 22. März, nachmittags 5 Uhr, nach den Schloßgartenpavillon zu schicken.

Bad Lauchstädt. Eine Rußland-Versammlung, die gut besucht war, fand am vergangenen Sonnabend in der „Stadt Leipzig" statt, in der der Rußland-Delegierte Habermann, Ammendorf, einen Bericht über seine Erlebnisse in Sowjet-Rußland gab. In objektiver Weise brachte er seine tatsächlichen Erlebnisse zum Vortrag. Das Gute wie das Schlechte. Er betonte aber ausdrücklich, daß der russische Proletarier ein wirklich freier Mann sei, und ermahnte am Schluß seiner Ausführungen alle Anwesenden, auf die Einigung aller Proletarier hinzuwirken, denn das sei die Vor aussetzung für die Freiheit der Arbeiterklasse auch in Deutschland Seine Worte klangen aus im stärksten Klassenkampf dem Kapitalis mus gedenüber, keine Koalition mit diesen Ausbeutern, und er **zeigte allen Anwesenden als leuchtendes Vorbild das russische Proletariat, welches wirklich verstanden hat, das Joch des Kapitalismus abzuschütteln.** Arbeiter von Lauchstädt, nehmt Euch die Worte des Referenten zu Herzen und schart Euch um das rote Banner, denkt an den Inhalt der Kampflieder, die der hiesige Arbeiter-Sängerchor zum Vortrag brachte. Leider ist es eine traurige Tatsache, daß bei solchen Versammlungen immer die SPD.-Arbeiter fern bleiben und sich nicht einen wirklich objektiven Bericht von einem Genossen anhören. Denkt daran, daß der Referent sagte: **„Es ist nicht wahr, was die rußlandfeindliche Presse über Rußland schreibt, diese Nachrichten stammen von vertriebenen russischen Kapitalisten."** Und deshalb, Arbeiter, hinaus mit der bürgerlichen Presse aus Euren Wohnungen, lest die Arbeiterpresse, den „Klassenkampf"!

Querfurt. Der Verband für „Freidenkertum und Feuerbestattung" veranstaltet in der Kirchenaustrittswerbewoche der Reichsarbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände auch in Querfurt eine öffentliche Versammlung, und zwar am Freitag, dem 25. März, abends 8 Uhr, im Hotel „Zur Sonne". Genosse Theer aus Leipzig wird das Referat halten. Alle Freunde der freigeistigen Bewegung sowie auch alle Gegner derselben sind hierzu eingeladen.

Nachklänge zum Leuna-Aufmarsch

Stimmungsbild von Rössen

Die vor den Toren der Rabenstadt Merseburg liegende Anilin-Kolonie Neu-Rössen mit ihren Leuna-Bewohnern wurde am Sonntag durch die Kolonie aus dem Schlafe gerüttelt. Solch einen Demonstrationszug haben die Chemie-Gewaltigen von Leuna noch nicht gesehen. Die Leuna-Arbeiter aber, welche in der nach gut ausgeklügeltem kapitalistischen System aufgebauten Kolonie Neu-Rössen wohnen, waren ehrlich erstaunt. Sie, die so ängstlich vor der Politik und allen, den Ammoniakwerken Merseburg schädlichen Einflüssen behütet werden und gehorsam sich vor den mit Stöcken bewaffneten Uniformierten mit dem harmlosen Namen „Pförtner" beugen, sahen mit Staunen den gewaltigen Aufmarsch des mitteldeutschen Proletariats. Aber trotz aller Behütung, trotz des großen Gendarmenaufgebotes, das fast die ganze durch die Kolonie laufende Merseburger Straße besetzt hielt, wurde dem in der Mittagszeit von Merseburg herannahenden Demonstrationszuge ein guter Empfang zuteil.

Der Eingang zur Kolonie wurde schon von vormittags 10 Uhr an von wartenden Arbeitern besetzt. Als gegen ¼1 Uhr der gewaltige Zug der Lastautomobile nahte, befand sich die Bewohnerschaft Rössens zum größten Teile auf der Merseburger Straße sowie den Zugangsstraßen, zum Teil scheu und ängstlich nach den Gendarmen und Pförtnern sehend, welche kraft ihres Amtes mit Schmerbauch und Schleppsäbel auf der Straße stolzierten.

Der Durchzug durch Rössen war einfach gewaltig. Obwohl die Leuna-Könige alle Maßnahmen getroffen hatten, um eine zu enge Berührung der Bewohner Neu-Rössens mit den „Roten" zu verhindern, säumte der überwiegende Teil der Einwohnerschaft die Straße, welche der Zug berührte.

Und die vorbeiratternden Autos, dicht besetzt mit Frontkämpfern, Arbeitern und Arbeiterinnen, wollten kein Ende nehmen. Als die Spitze der Autos schon die Chaussee nach Daspig berührte, fuhren die letzten Wagen noch in die Kolonie ein. Fast eine Stunde währte der Durchzug der Automobile, den die Rössener Arbeiter nicht so schnell vergessen werden. Aber nicht nur die Arbeiter waren gestern im Banne dieser gewaltigen Kundgebung, sondern auch die Ingenieure, die Meister und Angestellten des Leuna-Werkes.

Alles sprach noch lange über diesen gewaltigen Zug.

„Leuna-Zuchthaus haben sie vom Auto gerufen", schreit ein kleiner Junge in die stillen Koloniewege hinein. Vorn am Kolonie-Eingang balgten sich Jungens und Mädels um Volkskalender und Zeitungen, welche von den Autos geworfen worden waren. Jeder Junge will seinem Vater, welcher sich vielleicht nicht heraustraute aus dem Werkshäuschen, einen Kalender mitnehmen. Nach dem Durchzuge der Autos zerstreute sich die Menge. Die Giftkönige haben es verstanden, diese Arbeiter vom Klassenkampf abzulenken. Ein Häuschen, ein Gärtchen, ein Stallgebäude für die Dauer der Anstellung im Werk sorgen für genügend „Zeitvertreib". Aber am Sonntag sind die Rössener Bewohner doch aus ihrem Schlafe aufgerüttelt worden. Sie haben endlich einmal wieder **die gewaltige Kraft der Arbeitermassen gespürt.** Die Kampflieder der Arbeiterklasse, die gestern durch Neu-Rössen erklangen, werden in der Zukunft den Chemiegewaltigen zum Trotz noch mehr und gewaltiger erklingen. Am Sonntag konnten die toten Kämpfer des Leuna-Werkes von 1921 nur durch eine gewaltige Demonstration geehrt werden. Die Zeit aber wird kommen, wo diese Kämpfer von uns gerächt worden sind. Davor sollen die heute noch mächtigen Leuna-Könige erzittern! Es wird der Tag kommen, wo die roten Fahnen, die diesmal nur von den Autos wehten, auf den Dächern des Leuna-Werkes flattern werden.

Begleitbrief zur russischen Kampffahne an die Leuna-Arbeiterschaft

22. 3. 27

1965/E/Ri/3
24. 2. 27.

An die Arbeiter der chemischen Fabrik „Leuna"
(Mitteldeutschland)

Wir Arbeiter und Angestellte der großen Moskauer Metallfabrik „Sichel und Hammer" haben heute in unserer Versammlung vom 21. Februar 1927, die dem Gedenken der Märzereignisse in Deutschland gewidmet war, beschlossen, Euch, Arbeiter der Fabrik „Leuna", das Banner zu übersenden, unter dem die russische Arbeiterklasse ihre Klassenfeinde, die Gutsbesitzer und Kapitalisten, besiegt hat.

Wir sind überzeugt, daß auch Eure Kräfte im Kampf um die Befreiung vom Joche des Klassenfeindes niemals nachlassen werden.

Wir sind überzeugt, daß sich Eure Reihen unter diesem Banner noch fester schließen werden zum endgültigen Sieg über die Unterdrücker der Arbeiterklasse.

Es lebe die Arbeiterklasse Deutschlands!

Es lebe die Führerin des Weltproletariats — die 3., die Kommunistische Internationale!

Es lebe die Weltrevolution!

Einstimmig angenommen in der Versammlung der Arbeiter vom 21. Februar 1927.

Vorsitzender des Betriebsrates
Sekretär der Zelle der W. K. P. (B.)

Die politischen Gefangenen zum Leuna-Aufmarsch

Zentralgefängnis Cottbus, 18. März 1927

An die Belegschaft des Leunawerkes!
An die mitteldeutsche Arbeiterschaft!
Werte Genossen!

Zu Eurer am 20. März stattfindenden Massenkundgebung gegen Imperialismus und Kriegsgefahr, gegen Reaktion und Klassenjustiz übermitteln wir, Opfer der Niedner- und Jürgens-Justiz, Euch die brüderlichsten Grüße. Wenn wir auch durch Kerkermauern getrennt von Euch sind, so sind wir trotzdem der Sache der Revolution treu, sind unter Euch und geloben, mit Euch zu kämpfen, bis die proletarische Diktatur errungen ist.

Wir erwarten, daß Ihr alle Kraft einsetzen werdet, für die Freiheit aller politischen Gefangenen nach wie vor weiterzukämpfen.

Mit kommunistischem Gruß!

Die politischen Gefangenen des Zentralgefängnisses Cottbus.

Aus dem Saalkreis

Der Kreistag für den Saalkreis

ist auf Donnerstag, den 31. März, nach dem Kreisständehaus in Halle einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht u. a. der Neubau eines Kinderheims in Rothenburg.

Seeben, Sennewitz, Teicha, Morl, Gutenberg, Oppin und Brachstedt

Die Ortsgruppen der KPD., des Roten Frontkämpfer-Bundes, sämtliche Sportvereine der obengenannten Orte beteiligen sich an der am Sonntag, dem 27. März, in Seeben stattfindenden März-Demonstration. Antreten zur Demonstration vormittags 11 Uhr am Gasthof Glaser in Seeben.

Genossen, Arbeiter und Arbeiterinnen des Arbeitsgebietes Seeben, erscheint in Massen, erneuert den Racheschwur gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung, unter deren Flintenkugeln auch die auf dem Seebener Friedhof liegenden vier Genossen gefallen sind. Demonstriert gegen Imperialismus und Kriegsgefahr, gegen die Bürgerblock-Regierung, für die Sowjetunion, für die Einheitsfront aller Werktätigen, für den proletarischen Klassenkampf!

Ammendorf. Arbeitsnachweis. Die Erwerbslosigkeit wies im Monat Februar folgende Zahlen auf: Am 1. Februar hatten sich gemeldet: 339 männliche und 54 weibliche Erwerbslose. Hinzu kam ein Zugang von 172 männlichen und 12 weiblichen. Am Ende des Monats betrug die Zahl 201 männliche und 9 weibliche Erwerbslose. Somit ist ein kleiner Rückgang der Erwerbslosenziffer am Orte festzustellen. Die meisten Vermittlungen waren außer dem Orte zu verzeichnen. Am Orte selbst war die Arbeitsmöglichkeit nicht so gut. — Erwerbslosenfürsorge. In der Erwerbslosenfürsorge befanden sich am 1. Februar 244 männliche und 24 weibliche Erwerbslose mit 418 Angehörigen. Zugang im Monat 157 männliche und 9 weibliche mit 251 Angehörigen. Ein Abgang war zu verzeichnen von 220 männlichen und 9 weiblichen Erwerbslosen mit 407 Angehörigen. Somit war am Ende des Monats noch ein Bestand von 181 männlichen und 24 weiblichen Beziehern der Erwerbslosenfürsorge mit 262 Angehörigen. — Krisenfürsorge. In der Krisenfürsorge befanden sich am 1. Februar 7 männliche und 3 weibliche Personen mit 18 Angehörigen, hinzu kamen im Laufe des Monats noch 7 männliche Personen mit 27 Angehörigen.

Zwintschöna. Oeffentliche Volksversammlung. Am Freitag, dem 18. März, fand hier eine öffentliche Volksversammlung statt. Genosse Kilian hielt im vollbesetzten Saale das Referat über Kommunalpolitik. Er verstand es ausgezeichnet, die Zuhörer zu fesseln, es waren auch viele Bürgerliche anwesend, die ihm restlos Beifall zollten. Derartige Versammlungen müssen öfter stattfinden, sie werden die Partei stärken und von großem Nutzen sein.

Schiepzig. Rote Hilfe. Auf der Bezirkskonferenz am 13. März des Arbeiter-Radfahrerbundes „Solidarität", wurde für unsere politischen Gefangenen ein Betrag von 7 Mark gesammelt.

Könnern. Anläßlich des Reichs-Erwerbslosentages fand am Freitag, dem 18. März, in Könnern eine vom Marktplatz eingeleitete Demonstration nach dem „Bürgergarten" statt, an der 70 bis 80 Erwerbslose teilnahmen. Im „Bürgergarten" selbst wurde eine Versammlung abgehalten, in der der Genosse Härtel, Halle, über die Verschlechterung der Erwerbslosenfürsorge referierte. Das neue Erwerbslosenversicherungsgesetz bedeutet einen Anschlag nicht nur gegen die Erwerbslosen selbst, sondern auch gegen die heute noch im Betriebe Befindlichen. Der Referent beleuchtete auch gleichzeitig die politische Lage und wies an vielen Beispielen nach, daß die schwarzblaue Hindenburg-Regierung auf allen Gebieten bestrebt ist, die Elendslage der Werktätigen weiter zu verschlechtern. Folgende Entschließung wurde auch mit den Stimmen der anwesenden Sozialdemokraten einstimmig angenommen:

Entschließung.

Die am Freitag, dem 18. März, in Könnern stattfindende Versammlung der erwerbslosen Arbeiter und Arbeiterinnen nehmen mit Entrüstung Kenntnis von der beabsichtigten Verschlechterung der Erwerbslosenfürsorge. Die Einführung der neuen Erwerbslosenversicherung soll dazu beitragen, 80 Prozent der Erwerbslosen schlechter als bisher zu stellen. Die Klassifizierung der Erwerbslosen soll ebenfalls ein Mittel sein, die Erwerbslosen auseinanderzureißen. Gegen diesen Plan protestieren die Arbeiter und Arbeiterinnen und verlangen von der KPD.- und SPD.-Fraktion der Parlamente, sich mit allen Mitteln gegen die Verschlechterung der Erwerbslosenfürsorge zur Wehr zu setzen. Die versammelten Erwerbslosen versprechen, auch außerparlamentarisch alle Maßnahmen zu treffen, um diesen Anschlag abzuwehren.

Die dem ADGB. angeschlossenen Gewerkschaften werden aufgefordert, den Kampf für die Einführung des Achtstundentages aufzunehmen und energisch das Ueberstundenunwesen zu bekämpfen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270322-18/fragment/page=0007
DFG

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Tollhauspolitik der Glashauspolitiker

Der „Volksbote" veröffentlicht in seiner Ausgabe vom 19. März 1927 ein ganzseitiges Plakat unter der Ueberschrift: **„Kommunistische Tollhauspolitik".** Wir wollen heute nur auf einige der darin den Zeitzer Kommunisten gemachten Vorwürfe eingehen. Aber das sei den Herren um Goldstein und Müller schon heute versichert: **Werft nicht mit Steinen, wenn Ihr selbst im Glashaus sitzt!**

Wie gemein die Kampfesweise des „Volksboten" ist, geht daraus hervor, daß man aufzählt, der Kommunist Benkwitz hat in neun Monaten 98,20 Mark, der Kommunist Bach in derselben Zeit 62 Mk. und der Kommunist Hannemann 114,50 Mk. an Sitzungsgeldern erhalten. Sicherlich haben diese Leute keine Ahnung von der alten sozialdemokratischen Bewegung, deren logische und konsequente Fortsetzung die Kommunistische Partei ist, denn sonst müßten sie wissen, daß es **eine alte sozialdemokratische Forderung ist,** daß den Arbeitervertretern für ihre parlamentarische Tätigkeit Sitzungsgelder ausgezahlt werden, weil sie nämlich nicht wie die bürgerlichen hohe Einnahmequellen haben, die sie befähigen, solche Positionen ehrenamtlich auszufüllen. Wenn sogenannte Arbeiter Arbeitern die Anwendung dieser alten sozialistischen Forderung vorwerfen, dann ist das eine Gemeinheit, die deswegen so ungeheuerlich ist, weil sie aus dem Munde von angeblich linksradikalen sozialdemokratischen Führern kommt.

Wie verlogen ferner die sozialdemokratischen Redakteure in Zeitz sind, sei für heute an diesem einen Beispiel bewiesen:

In einem dicken Rahmen befindet sich auf der erwähnten Seite des „Volksboten" folgende in Riesenlettern aufgemachte Notiz:

„Die Kommunisten beantragten in Zeitz rund 1 Million Mark Mehrausgaben, sie verweigerten aber dafür die Mittelbeschaffung. Benkwitz erklärte auf eine Frage des Oberbürgermeisters Löffler: „Wo Sie die Mittel hernehmen, kann uns gleich sein; darüber machen wir uns keine Gedanken, das ist Ihre Sache!"

Und der „Klassenkampf" schreibt: **„Ein wirklicher Arbeitervertreter fragt nicht danach, woher die Mittel stammen."**

Arbeiter, lies um der Wahrheit willen recht aufmerksam diesen Satz und nimm nun den „Klassenkampf" vom 15. d. M. zur Hand, dann wirst Du in dem vom „Volksboten" angezogenen Bericht „Vom Zeitzer Stadtparlament" folgenden Satz lesen können:

„Ein wirklicher Arbeitervertreter kann nicht danach fragen, wo die Mittel herkommen, **solange noch ungeheure Summen für Pfaffen, Hohenzollern, Sipo und Reichswehr verpulvert werden."**

Was sich der „Volksbote" in der oben angeführten Verdrehung dieses Satzes geleistet hat, ist wohl noch nicht dagewesen! Das Blatt sinkt damit unter das Niveau der schmierigsten und verlogensten bürgerlichen Zeitung und **sollte mit dem Prügel aus dem Hause jedes anständigen Arbeiters geworfen werden.**

Die Weißenfelser Arbeiterschaft gegen den imperialistischen Krieg

Am 19. März demonstrierte die Weißenfelser Arbeiterschaft gegen den imperialistischen Krieg. Vom Neumarkt bewegte sich ein Demonstrationszug von mehreren tausenden Arbeitern durch die Straßen der Stadt nach dem Markte. Nach einer kurzen Einleitung ergriff Genosse Georg Schumann, Berlin, das Wort zu seinem Referat.

Mit kurzen markigen Worten schilderte er die Gefahren des imperialistischen Krieges, besonders betonte er die internationale kapitalistische Einkreisung Sowjet-Rußlands.

Nach ihm sprach ein Genosse aus Ungarn, der die bestialischen Verhaftungen von revolutionären Arbeitern Ungarns schilderte. Folgender Protest an die ungarische Regierung wurde einstimmig angenommen und abgeschickt:

„An den Ministerpräsidenten Graf Betheln, Budapest. Im Namen von 15 000 Industriearbeitern Weißenfels protestieren wir entschieden gegen die standgerichtliche Aburteilung der verhafteten Arbeiterführer Bagi, Sando und Genossen."

Am Schlusse sprachen noch verschiedene Redner, welche die Arbeiter, Angestellten und Beamten aufforderten, sich gegen den imperialistischen Krieg zu wenden und sich der revolutionären Arbeiterklasse anzuschließen.

Kameraden der Roten Jungfront!

Mittwoch, den 16. März, veranstaltete die Rote Jungfront Zeitz einen öffentlichen Lichtbildervortrag. Kamerad Kurt übernahm die Erklärungen der Bilder von den Terrorakten der Weißbanditen. Die Ausführungen hinterließen besonders starken Eindruck auf die anwesende Jungarbeiterschaft. Mit dem Erfolg können wir soweit zufrieden sein. Nun gilt es, weiter vorzustoßen. Heute schon muß ein jeder Kamerad für unsere

öffentliche Kundgebung

am 25. März auf dem Altmarkt eifrig werben. Des weiteren ist es Pflicht eines jeden Kameraden der Roten Jungfront, am Donnerstag, dem 24. März, abends 7 Uhr, im Jugendheim die öffentliche Jugendversammlung des Kulturkartells zu besuchen. Auf der ganzen Linie wird der „heilige" Krieg gegen Rußland propagiert, wird der Kampf gegen die Arbeiterschaft und ihre Jugend aufgenommen. Der Jugend ist wieder die Rolle von 1914 zugedacht. Die Rote Jungfront ruft die arbeitende Jugend unter die Fahnen Karl Liebknechts und bietet den proletarischen Jungmannschaften des Reichsbanners die Hand zum gemeinsamen Abwehrkampf, darum:

Jungarbeiter, hinein in die Rote Jungfront.

Strafkammer Weißenfels vom 18. März 1927

Aus der Untersuchungshaft vorgeführt wird der Arbeiter Johann Misch. Er wird beschuldigt, im Jahre 1921 in Stößnitz bei Mücheln aus einer Arbeiter-Baracke verschiedene Kleidungsstücke entwendet zu haben. Durch die Zeugenaussage konnte nicht nachgewiesen werden, daß er der Täter war. Es wird deshalb zwecks weiterer Zeugenvernehmung ein neuer Termin anberaumt. Der Haftbefehl vom 8. Februar 1927 wird aufgehoben.

Aus der Untersuchungshaft vorgeführt wird der Arbeiter Emil Egele, Weißenfels. Ihm wird zur Last gelegt, mit zwei Koffern, welche er von einem anderen Arbeiter auf der Herberge zur Aufbewahrung erhalten hatte, verschwunden zu sein. Obgleich er leugnet, wird von den Zeugen das Gegenteil bewiesen. Er wird zu drei Wochen Gefängnis verurteilt, welche durch die Untersuchungshaft als verbüßt gelten.

Der Arbeiter Rudolf Kritz, Weißenfels, wird beschuldigt, in der Lösauer Flur etwa sechs Zentner Kartoffeln gestohlen zu haben. Durch Zeugenaussagen wird bestätigt, daß er die bei ihm infolge Haussuchung gefundenen Kartoffeln auf dem Felde gestoppelt hat. Er wird freigesprochen.

Dem aus der Untersuchungshaft vorgeführten Arbeiter Fritz Schnabel, Weißenfels, wird zur Last gelegt, ohne Führerschein einen Wagen gefahren zu haben, welcher noch nicht zugelassen war. Er wird zu 90 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Weiter wird er beschuldigt, von einer auswärtigen Firma zu seinem eigenen Bedarf eine Schweißanlage bezogen zu haben im Werte von 400 Mk. Die Firma hatte sich das Eigentumsrecht bis zur Begleichung der Schuld vorbehalten. Schnabel hat die Anlage an den Schlosser Wahren, Cößlitz, gegen ein Motorrad eingetauscht. Die Firma hat später, als Sch. nicht bezahlte, an Wahren die Forderung gestellt, worauf letzterer die Anlage an die Firma zurückgeschickt hat. Er hat trotzdem noch erhebliche Unkosten gehabt. Das fragliche Motorrad hat er bis jetzt noch nicht im Besitz. Sch. wird zu vier Wochen Gefängnis und Tragung der Kosten verurteilt.

Aus der Untersuchungshaft wird vorgeführt der Arbeiter Hermann Staritz. Er ist mit seinem 16jährigen Stiefsohn Fritz Ziegenhorn wegen Körperverletzung angeklagt. Er wird beschuldigt, bei einem Streit mit den Schalkknechtschen Eheleuten den Ehemann mit einem Gummiknüppel über den Kopf geschlagen zu haben, während der Jugendliche denSchalkknecht mit einem spitzen Instrument mehrere Stiche beigebracht hat, wodurch eine Behandlung im Krankenhause von vier Wochen erforderlich wurde. Beantragt wurden für Staritz vier Wochen und für den Jugendlichen 14 Tage Gefängnis und Ueberweisung in eine Erziehungsanstalt. Verurteilt wurde St. zu 30 Mk. Geldstrafe und Ziegenhorn zu einer Woche Gefängnis. Wegen Aussetzung der Strafe für letzteren will das Amtsgericht noch Informationen einziehen.

In der Entfischungshalle auf Bahnhof Corbetha war Ende Oktober vorigen Jahres eingebrochen und Waren im Werte von 133,60 Mark entwendet worden. Durch eigentümliche Umstände wurde vermutet, daß hier ein Einbruch fingiert worden war. Es fiel deshalb der Verdacht auf den derzeitigen Verwalter Franz Rumland, Corbetha, welcher sich heute zu verantworten hatte. R. leugnet die Tat und sagte, daß er durch die guten Verdienste es nicht nötig gehabt hätte. Er weißt auch nach, daß schon mehrmals die Halle beraubt worden sei. Das Gericht hält die Tat für nicht erwiesen, der Angeklagte wird freigesprochen.

Die Ehefrau Emilie Wacker wird mit 20 Mk. Geldstrafe belegt, weil sie gepfändete Waren im Werte von 430 Mk. weiter verkauft hat.

Den Angeklagten Kunze, Wenzel und Staff wird zur Last gelegt, sich im Warteraal ungebührlich betragen und der Aufforderung, denselben zu verlassen, nicht Folge und Widerstand geleistet zu haben. Zwecks Ladung weiterer Zeugen und weil Kunze nicht erschienen war, wird der Termin vertagt.

Wegen tätlicher Beleidigung des Bahnbeamten Schwarzmann wird der Arbeiter Max Weiß, Weißenfels, zu 20 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Weißenfels. Am Mittwoch, dem 23. März, abends 8 Uhr, spricht der Studienrat Doppermann in einer öffentlichen Versammlung des Verbands für Feuerbestattung und Feuerbestattung über das Thema: „Die schwarze Gefahr. — Heraus aus der Kirche!" Da dieses Thema heute aktueller denn je ist, laden wir hierzu die gesamte Einwohnerschaft ein. Auch die Geistlichkeit und Lehrerschaft ist dazu eingeladen.

Weißenfels. Infolge geistiger Umnachtung erhängt hat sich ein 74jähriger Kürschner.

Roßleben. Freidenterbewegung. Am Donnerstag, dem 24. März, abends 8 Uhr, findet in Roßleben in Bergers Lokal eine öffentliche Freidenker-Versammlung statt, zu welcher wir alle, die aus der Kirche ausgeschieden sind, besonders einladen möchten. Ebenfalls erwarten wir die gesamte werktätige Bevölkerung von Roßleben. Kommt und holt Euch Aufklärung über die Kirche und ihre Lakaien. Referent: Genosse Braunrodt, Weimar.

Rasberg. Gemeindevertretersitzung in Rasberg. Es muß in unserem diesbezüglichen Bericht heißen: „Noch trauriger steht es im Abschnitt Wohlfahrtspflege aus." Nicht ein Pfennig mehr wurde eingesetzt, sondern nur die Mittel, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist. — Die Gemeinde, sowie mehrere Privatleute, hatten Pfändungen vornehmen lassen. Die Pfändung ist nicht bei der Firma Oettler vorgenommen worden, sondern die Firma Oettler hatte selbst Pfändungen vornehmen lassen. — Ferner ist noch nachzutragen, daß die Gehaltsaufbesserung von 200 Mark für Gemeindediener und Nachtwächter nicht angenommen wurde, weil es der SPD. wieder einmal an proletarischem Empfinden mangelte.

Mansfeld-Sangerhausen

Ein Erfolg praktischer Arbeit

der Kommunisten in Unter-Wiederstedt

Am Sonnabend, dem 12. März, fand in der früheren Gemeindeschenke eine öffentliche Volksversammlung der Kommunistischen Partei statt mit dem Thema „Bürgerblock und Kriegsgefahr". Die Versammlung war für örtliche Verhältnisse sehr gut besucht und es fanden die Ausführungen des Genossen B. großen Anklang. Einen weiteren Gegenstand der Tagesordnung bildete das Verbot des Mipperdamms von der Anhalter Grenze bis zur Mühle Ober-Wiederstedt für Fahrräder und Handwagen. Da durch dies Verbot die ganzen Einwohner von Unter-Wiederstedt betroffen wurden, so hatte die Kommunistische Partei die Einwohner aufgerufen, recht zahlreich an der stattfindenden Versammlung teilzunehmen, **um in aller Schärfe gegen dieses Verbot zu protestieren.**

Eine Entschließung in diesem Sinne wurde einstimmig angenommen. Die kommunistische Gemeindefraktion brachte sofort einen Dringlichkeitsantrag beim Gemeindevorsteher ein, der verlangte, daß sofort der Gemeinderat sich mit dem Verbot beschäftigen und dahin wirken möge, daß dies unsinnige Verbot aufgehoben werde. Der Gemeindevorsteher übernahm sofort die Vermittlerrolle und erreichte auch tatsächlich, daß dies Verbot **wenigstens für den Verkehr mit Handwagen aufgehoben wurde.** Ohne diese Protestversammlung würde der Gemeindevorsteher wohl wenig erreicht haben. Nur allein der Kommunistischen Partei ist es zu verdanken, daß dies Verbot sofort wieder aufgehoben wurde. Darum Einwohner von Unter-Wiederstedt, mehr Vertrauen zur KPD., denn die Kommunistische Partei ist die Partei der Unterdrückten und Ausgebeuteten. Darum werdet auch Leser des „Klassenkampf", der einzigen Arbeiterzeitung Mitteldeutschlands.

Ueber 400 neue Leser

sind bereits dem „Klassenkampf"-Verlag in diesem Monat gemeldet worden. Da diese Leser nur in ungefähr

ein Viertel aller Ortsgruppen der Partei

gewonnen worden sind und die meisten davon

erst Anfangsergebnisse

gemeldet haben, muß es möglich sein, diese Zahl zu verzehnfachen.

Die Ortsgruppe der Partei, die in diesem März-Monat nicht wenigstens so viel neue Leser meldet, wie sie Mitglieder hat, kann den kommunistischen Namen nicht mit Stolz tragen.

Auch der Rote Frontkämpfer-Bund, die Jugend, die IAH, RH und die Sportorganisationen müssen den März zur Werbung für den „Klassenkampf" ausnützen.

Die Arbeitsinvaliden und Sozialrentner rühren sich

Am Sonntag, dem 13. März, veranstalteten die Arbeitsinvaliden und Sozialrentner im ganzen Reiche Kundgebungen und Demonstrationen für ihre Forderungen. So auch in Sangerhausen. Aus dem ganzen Kreise Sangerhausen waren Delegationen erschienen, um hier zu demonstrieren. Es waren über 400 Teilnehmer. Anschließend fand noch eine Kundgebung im „Herrenkrug" statt. Bei dieser Kundgebung waren auch die kommunistischen Fraktionen des Kreistages und des Stadtparlaments erschienen. Die Herren Sozialdemokraten hatten es jedoch vorgezogen, nicht zu erscheinen. Böse Zungen behaupten: „Sie sind vielleicht mit dem Stahlhelm und den Kriechervereinen gemeinsam zur Kirche gegangen, um es mit dem lieben Gott nicht zu verderben." Das Referat des Vorsitzenden der Kreisleitung, Pauli, ein SPD.-Mann, der seine Genossen stark vermißte, befaßte sich mit üblichen Nöten der Arbeitsinvaliden und Sozialrentner. Er griff Zentrum und Demokraten an, die mit gegen die Rentenerhöhungen stimmten, und forderte die Anwesenden auf, bei kommenden Wahlen diesen ihre Stimme zu versagen und nur für die Linksparteien zu stimmen. Des weiteren **sollte er der Arbeit der Kommunisten in den Parlamenten seine volle Anerkennung.** Genosse Franke wurde aus der Versammlung heraus aufgefordert, noch zu sprechen. Er tat es und kennzeichnete die Schikanen der Gemeinden und Ortsschulzen. Besonders die letzteren führen sich wie kleine Könige auf. Eine besonders „rühmliche" Rolle spielten dabei Emseloh und Blankenheim. Die Worte des Genossen Franke zeigten der Versammlung, wie unsere Genossen arbeiten müssen, dem Treiben einzelner Beamten die Spitze abzubrechen. Nach dem Genossen Franke ergriff Genosse Blaß das Wort. Er verstand es trefflich, die Forderungen der Sozialrentner demonstrativ aufzuzeigen. Er brachte zum Ausdruck, daß nur die Machtergreifung des Proletariats diesem Elend ein Ende machen kann. Er führte aus, wie die Regierung es verstanden hat, bei Beginn des Krieges Gelder der Unfall- und Invalidenversicherungen in Höhe von über 2½ Milliarden für das Völkermorden flüssig zu machen. Begeistert folgten die Anwesenden den Reden unserer Genossen. Ein Beispiel der Sympathie, die die Kommunisten hier haben, beweist, daß sich SPD.-Arbeiter stets um Rat an unsere Genossen wenden, weil sie zu ihren eigenen Parteigenossen kein Vertrauen haben. Zu bemerken wäre noch, daß der städtische „Wohlfahrtsminister" auch anwesend war. Ein Mann, der sich früher einmal sehr radikal gebärdete, heute aber hat er eine gute Anstellung. Wehe, wer bei ihm ins Fettnäpfchen tritt. Vielleicht wollte der Mann bloß einmal feststellen, wer nach eine etwas gute Hose anhat, wegen der Wohlfahrtsunterstützung? Zum Schluß kamen zwei Resolutionen zur Abstimmung. Eine an den Reichstag und eine an den Kreistag. Die an den Reichstag lautet:

Der Kreisverband der Invaliden und Witwen Deutschlands protestiert mit 2000stimmigem Beschluß gegen die Hungerrenten.

Wir fordern:

1. Vom Reichstag die Erhöhung der Invalidenrenten durch die Invalidenversicherung.
2. Erhöhung des Reichszuschusses.
3. Erhöhung der Witwen- und Waisenbezüge.
4. Die Unfallrenten zu erhöhen auf den vollen Arbeitsverdienst.
5. Wiedergewährung der in Abzug gebrachten Invalidenrente auf den Grundbeitrag von 14 Reichsmark zur Unfallrente.
6. Wiedergewährung des in Abzug gebrachten Grundbetrages der Invalidenrente zur Knappschaftsrente.

Begründung: Die steigende Teuerung der Lebens- und Bedarfsartikel. Weiter die zehnprozentige Steigerung der Friedensmiete vom 1. April 1927 und vom 1. Oktober 1927.

Die an den Kreisausschuß lautet:

Der Kreisverband der Invaliden und Witwen Deutschlands protestiert mit 2000stimmigem Beschluß gegen die Hungerrenten.

1. Wir fordern vom Kreisausschuß eine Erhöhung der Richtsätze der Zusatzrenten.
2. Es soll nicht in Anrechnung gebracht werden der Mietwert der eigenen Wohnung.
3. Abrechnungsfrei bleiben bis vier Morgen Land 2. Klasse.
4. Wiedereinführung der Waisenrente in die gehobene Fürsorge.
5. Nach § 84 des Aufwertungsgesetzes 270 Reichsmark anrechnungsfrei.
6. Wir fordern, der Ortskrankenkasse angegliedert zu werden: a) kostenlose Pflege; b) Krankenhilfe; c) Heilbehandlung.

Begründung wie vorstehend.

„Uebungen" der Faschisten

Am Sonntag hielt der Wehrwolf in Bennstedt Uebungen ab. Aus Bennstedt selbst waren etwa 15 Mann beteiligt, dazu kamen noch einige von auswärts, so daß der ganze Trupp etwa 20 bis 25 Mann ausmachte. Sie übten Sturmangriffe auf der Straße und auf der Fußballwiese, Handgranatenwerfen mit Holzkugeln usw. Am Abend hatten die Wehrwölfe eine Veranstaltung im Saal. Dabei benutzten sie auf der Bühne ein markiertes Maschinengewehr, das aus zwei Rädern, einem Ofenrohr und — einer Kaffeemühle, die hinten angebracht war und an der geleiert wurde, bestand. Der Buchhalter Teufel hielt eine Rede, in der er die Jugend aufforderte, dem Wehrwolf, der früher so groß war und heute so klein geworden ist, beizutreten. Danach wurde „Deutschland, Deutschland über alles" gesungen. Aber die Jugend, die nicht im Wehrwolf war, hat darauf demonstrativ den Saal verlassen — ohne dem Wehrwolf beizutreten.

Hierbei möchten wir noch die Arbeiterschaft von Bennstedt auf die Gemüsehändlerin Schade hinweisen. Frau Sch. ist Mitglied des Luisenbundes, aber die Arbeiterschaft von Bennstedt kauft ihre Waren bei ihr.

Eisleben. Vom Arbeitsamt wird uns geschrieben: „Ein großer Teil der Ostern zur Schulentlassung kommenden Mädchen hat sich für den Beruf der Hausangestellten entschieden. Die Mehrzahl derselben ist nicht in der Lage, sich die hierfür nötige Ausbildung in Haushaltungsschulen zu erwerben. Um diesen Mädchen trotzdem eine Ausbildungsmöglichkeit zu geben, sind wir bemüht, ihnen Hausanfangsstellen zu verschaffen, in denen sie unter verständnisvoller Leitung der Hausfrau praktisch für diesen Beruf vorgebildet werden. Wir erlauben uns an die geehrten Hausfrauen, welche gewillt sind, solche jugendliche Mädchen ins Haus zu nehmen, die Bitte zu richten, sich an das Berufsamt Eisleben zu wenden, wo eine Anzahl zur Unterbringung vorgemerkt sind." — Leider sind unter den „geehrten Hausfrauen", die sich ein Mädchen nehmen können sehr viele, die die jungen Mädchen nicht verständnisvoll ausbilden, sondern hundsgemein ausbeuten. Darum aufgepaßt! Junge Arbeiterinnen!

Sangerhausen. Märzfeier. Wie bereits gemeldet wurde, begeht die Sangerhäuser Arbeiterschaft am 27. März ihre Märzgefallenenehrung. Wir laden dazu die gesamte Arbeiterschaft ein. Es gilt nicht nur, der toten Helden aus den Märzkämpfen zu gedenken, sondern es gilt auch zu zeigen, daß die rote Front marschiert. Das Programm ist wie folgt festgelegt: Morgens 8 Uhr werden die Kapellen des RFB. Artern, Riestedt und Allstedt ihren Weckruf ertönen lassen. Um 10 Uhr ist große Gedenkfeier im „Herrenkrug". Um 11 Uhr Antreten zur Demonstration mit anschließender Kranzniederlegung an den Gräbern der Märzgefallenen. Vom Friedhof Rückmarsch nach dem Marktplatz. Dorfselbst Kundgebung und nachdem Auflösung des Zuges. Den Auftakt zu der Märzfeier bildet eine **öffentliche Jugendversammlung am Mittwoch, dem 23. März, im „Herrenkrug".** Die Rote Jungfront ruft alle jungen und erwachsenen Arbeiter auf, diese Versammlung zu besuchen. Unsere Märzfeier muß ein Auftakt sein für die baldigst stattfindende Kreistagswahl. Unsere Märzfeier muß sein eine Kampfansage an die bürgerliche Gesellschaft.

Sangerhausen. Das Pflaster der Kyffhäuser Straße wird nunmehr einem neuen, besseren Pflaster weichen müssen. Die Vorarbeiten sind bereits im Gange. Vorerst wird die Kanalisation einer Neuerung unterzogen, sodann wird die eigentliche Pflasterung in Angriff genommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270322-18/fragment/page=0008

Um die Verlegung der Provinzialverwaltung

Die Verlegung liegt nur im Interesse der großen Konzerne — Die SPD. stimmt natürlich dafür Die Kommunisten fordern anstelle der unnützen Verlegung Arbeit für die Erwerbslosen, Mütterheime für uneheliche Mütter, Umbau der Blindenanstalt Barby, drei Kinderheime usw.

Der Streit um die Verlegung der Provinzialverwaltung, die, wie bereits mitgeteilt, mit 60 gegen 50 Stimmen abgelehnt wurde, füllte im Provinziallandtag fast eine ganze Tages-Plenarsitzung aus. Sozialdemokraten und ein Teil der Bürgerlichen hatten Angst vor ihrer eigenen Courage bekommen und wollten geheime Abstimmung; sie hatten deshalb auch einen diesbezüglichen Antrag eingebracht. Die kommunistische Fraktion machte den Herrschaften aber einen dicken Strich durch die Rechnung, indem sie ihrerseits öffentliche und namentliche Abstimmung forderte. Um diese beiden Geschäftsordnungsanträge gab es wiederum eine fast zweistündige Debatte. Der kommunistische Antrag wurde von einem Teil der Bürgerlichen unterstützt. Schließlich wurde der kommunistische Antrag mit 55 gegen 54 Stimmen angenommen. Hierauf konnte endlich in

die Beratung über die Verlegung der Provinzialverwaltung

eingetreten werden.

Nach der Vorlage des Provinzialausschusses erfordert die Verlegung einen Kostenaufwand von etwa 4,2 Millionen Mark. Der Neubau eines Geschäftshauses der Verwaltung in einer der beiden vorgesehenen Städte (Halle oder Magdeburg) war mit 2,1 Mill. Mark, der eines „Ständehauses" mit 1,6 Mill. Mark veranschlagt. Der Merseburger Landrat und der dortige Oberbürgermeister hatten jedoch eine andere Rechnung aufgestellt. Danach betrugen die Gesamtkosten etwa 11 bis 12 Mill. Mark bei einem Tilgungsplan von 45 Jahren. Dieser große Kostenunterschied spielte in der Debatte eine amüsante Rolle. Der Landeshauptmann warf dem Landrat Guske vor, daß er nicht rechnen könne; letzterer gab den gleichen Vorwurf zurück, indem er behauptete, daß der Landeshauptmann die Tilgungsbelastung außer Betracht gelassen habe. Dieses Loch ist tatsächlich vorhanden gewesen, und es wäre ganz sicher in den nächsten Jahren noch eine Nachforderung gekommen. Deshalb und auch weil in der Jetztzeit die Steuerlasten sowieso schon stark auf die werktätigen Massen drücken, nahm die kommunistische Fraktion eine ablehnende Stellung zur Verlegung ein. Die SPD. war geschlossen für die Verlegung und damit für weitere starke steuerliche Belastung der Werktätigen; nur drei ihrer Vertreter (Guske, Löffler und Weithäuser) enthielten sich der Stimme bei der Abstimmung. Die anderen Parteien waren in der Frage zersplittert. Eine ganze Anzahl Redner traten auf, um für die Gruppen in den einzelnen Fraktionen zu sprechen. Hervorzuheben ist dabei eine Bemerkung des Abg. Dr. Kühnlein, daß sich der Provinziallandtag mehr mit sozialen Fragen beschäftigen müsse; man könne auch nicht die Anträge der KPD. mit diktatorischen Handbewegungen abtun. Sehr gut, Herr Dr. Kühnlein, aber bitte auch danach handeln!

Warum die Kommunisten gegen die Verlegung stimmten

Der kommunistische Redner, Genosse Koenen,

führte zur Verlegung der Verwaltung u. a. folgendes aus:

Die Sitzung des heutigen Vormittags hat gezeigt, daß sich die Fachleute in kommunalen und Verwaltungsangelegenheiten in der Frage der Verlegung der Provinzialverwaltung absolut nicht einig sind. Nicht allein die eingeschworenen und abgestempelten Fachleute sind sich nicht einig, auch die einzelnen Fraktionen unter sich konnten sich nicht klar werden. Ich kann sagen, daß die kommunistische Fraktion, für die ich hier spreche, vollkommen geschlossen auftritt; wie immer! Die Vorlage, die uns über die Verlegung der Provinzialverwaltung vorgelegt worden ist, enthält 5 Punkte. Der erste von diesen fünf Punkten, der sich mit der Beschlußfassung über die Verlegung der Provinzialverwaltung beschäftigt, betrifft die Verlegung von Merseburg. Der Punkt 5 ist aber derjenige, der die Frage der Mittelbeschaffung aufwirft. Uns interessiert vor allem dieser fünfte Punkt. Der Wortlaut ist folgender: „Der Provinziallandtag wolle beschließen, den Provinzialausschuß zu ermächtigen, die hierfür erforderlichen Mittel kurzfristig anzuleihen und auf eine für den Bau neuer Provinzialgebäude aufzunehmende Anleihe vorschußweise zu verrechnen." Das ist das, wogegen wir uns ganz besonders wenden. Wir gehen da von dem Standpunkt aus, was denn die werktätigen Kreise, die Massen der Steuerzahler davon haben sollen, wenn das Provinziallandtagsgebäude und die Provinzialverwaltung mit einem großen Kostenaufwand verlegt wird, ohne daß in Verbindung damit auch nur eine einzige Aufgabe der Provinzialverwaltung gelöst wird.

Bevor ich auf die Zahlen eingehe, will ich kurz bemerken, daß heute morgen von den Befürwortern und Gegnern der Verlegung so viele Beweise und Gegenbeweise vorgetragen worden sind für die Ausgaben, daß es wirklich unnötig ist, auf die Gesamtheit aller dieser Fragen näher einzugehen. Das beweist auch, daß die ganze Frage selbst für die große Mehrheit dieses Hauses vollkommen ungeklärt ist. Um nur ein Beispiel herauszugreifen, werden die Zahlen mit 4½ bis 14½ Millionen genannt, die sämtlich auf Grund von ganz genauen Berechnungen uns gegeben worden sind. Wo da die Genauigkeit stecken soll bei einer solchen Differenz von 10 Millionen Mark, ist uns unverständlich. Der Abg. Weber hat sogar von nur 2 Millionen gesprochen; im Grunde genommen brauchen wir also gar nichts mehr geben, wir werden vielleicht dabei noch etwas gewinnen. Ich glaube, daß damit genügend gekennzeichnet ist, was all die Zahlen wert sind vor allem in der Vorlage des Herrn Landeshauptmanns. Ich muß ohne weiteres unterstreichen, daß demgegenüber die Zahlen, die der Abgeordnete Guske genannt hat, mindestens genau soviel Berechtigung haben, denn wenn wir von den Lasten sprechen, die die Provinz zu tragen hat, dann kann man doch nicht nur von den einmaligen Ausgaben und Lasten sprechen, die mit einer Verlegung der Provinzialverwaltung von Merseburg verbunden sind, sondern man muß auch mit der Verzinsung und Amortisation des Kapitals rechnen, das wegen der Verlegung aufgenommen werden soll; das ist eine Selbstverständlichkeit. Es ist davon gesprochen worden, daß die Verlegung nur 4½ Millionen kosten wird. Die Sache ist denn doch zu sehr verschleiert aufgezogen.

In der Denkschrift sind eine ganze Reihe von Gründen angeführt, weshalb man aus Merseburg fort muß, weshalb die Verwaltung nach Halle oder Magedburg verlegt werden muß. Dabei ist u. a. gesagt worden, daß hier in Merseburg „dicke Luft" wäre. Wieweit die Luft hier in Merseburg geeignet ist, daß die Provinzialverwaltung hier bleibt, möchte ich denn doch sagen, daß der Abg. Kühnlein genügend Aufklärung hierüber gegeben hat, soweit es sich um die Zusammensetzung der Atmosphäre handelt. Soweit es sich um die politische Atmosphäre handelt, hätten wir Kommunisten nichts sehnlicher gewünscht, als wenn die Provinzialverwaltung in Halle oder in Magdeburg gelegen hätte. Daß wir uns aber dafür in Unkosten stürzen sollen, um die Verlegung eines solchen unbedeutenden Parlaments nach Halle oder Magdeburg durchzuführen, kann nicht angehen. Wenn das Parlament in Magdeburg oder Halle läge, dann könnten vielleicht die Arbeiter öfter die Herren etwas unter höheren Druck setzen. Da aber nun hier einmal ein so „hohes Haus" gebaut ist, brauchen wir nicht auszuziehen.

Zum Schluß dieser Bemerkungen über die Diskussion, wie sie heute morgen gepflogen worden ist, will ich nur anführen, daß es die kommunistische Fraktion gewesen ist, die in diesem Gebäude, d. h. in einem früheren Landtage, den Antrag gestellt hat, aus der Provinzialverwaltung alle reaktionären, monarchistischen Elemente zu entfernen. Wir haben dabei nicht die Unterstützung der Sozialdemokraten gefunden. Wenn also in den Zeitungen oder in Bemerkungen seitens der Sozialdemokratie gesagt wird, daß die Verwaltung nach Magdeburg verlegt werden muß, um dort dem Einfluß und dem Druck der Anhänger der Weimarer Koalition unterstellt zu werden, dann muß ich allerdings sagen, daß hier gar nicht die ernsthafte Absicht vorliegt, neuen Wind in die Verwaltung zu bringen.

Betrachten wir uns die Begründung von seiten der Rechten, des Landeshauptmanns und all derjenigen, die irgendwie Befürworter der Verlegung sind, dann läuft das ganze darauf hinaus, daß die Verwaltung der Provinz in ein Zentrum gebracht werden soll mit der Verwaltung der privaten Wirtschaft in der gesamten Provinz. Wir sehen, daß hier außerordentlich starke Konzentrationsbestrebungen vorhanden sind zwischen den behördlichen Instanzen und den Instanzen der Privatwirtschaft. Wir sehen hier, daß ein Stückchen Nationalisierung vor sich geht, und das muß von uns als ein Stückchen kapitalistischer Rationalisierung bezeichnet werden. Gegen diese Form der kapitalistischen Rationalisierung müssen und werden wir uns natürlich mit allen Mitteln einsetzen. Wir können unter keinen Umständen zulassen, daß ein weiteres

Verwachsen der großen privatwirtschaftlichen Konzerne und der Konzerne der Provinz

vor sich geht, wie es gegenwärtig schon der Fall ist. Die Provinz wird natürlich weiterhin bestrebt sein, alle wirtschaftlichen Institutionen, Elektrizitätsversorgung, Gasfernversorgung, Kleinbahnen usw., in erster Linie vom Standpunkt der Kommunalwirtschaft zu betrachten. Der Herr Landeshauptmann hat ja in seiner Etatrede dies ganz ausdrücklich gesagt, daß er absolut nicht daran denkt, die weitere Entwicklung der Privatwirtschaft und vor allen Dingen diejenigen Teile der Wirtschaft, die irgendwie profitabel sind, einzuschränken oder einzudämmen, sondern daß für die Kommunalwirtschaft in erster Linie Gebiete in Frage kommen, die keine Ueberschußgebiete sind. Das dürfen wir nicht vergessen, daß die kommunale Körperschaft der Provinz für die Zukunft noch mehr als bisher mißbraucht werden soll, um wirtschaftliche Aufgaben, die keinen großen Profit für die privaten Unternehmungen abwerfen, auf die Schultern der Steuerzahler abzuwälzen. Dann können natürlich die lukrativen Geschäfte der privatwirtschaftlichen Betriebe große Profite abwerfen.

Wenn nun eine Verlegung dieses Parlaments und dieser Verwaltung erfolgt ist und diese Institutionen mit den zentralen Wirtschaftskörpern in Halle oder Magdeburg zusammensitzen, dann ist der Einfluß der kapitalistischen Privatwirtschaftskreise noch wesentlich größer als bisher, und die Kommunen, die Steuerzahler haben dafür weitere größere Nachteile. Das ist die Tendenz, die wir in diesem Vorgehen der Provinzialverwaltung erblicken, die der Herr Landeshauptmann selbst als eine Nationalisierung der gesamten Methoden und Einrichtungen bezeichnet hat.

Die Stellung der Sozialdemokratie

Wie stellt sich nun die Sozialdemokratische Partei zu dieser arbeiterfeindlichen kapitalistischen Rationalisierung? Sie gibt ganz einfach diesem offenkundigen Nachteil für die Arbeiterklasse einen anderen Namen, damit die Sache bei den Arbeitern schmackhaft gemacht wird. Das ist auch das, was wir heute wieder bei der Verlegung der Provinzialverwaltung erleben. Es wird über alles Mögliche gesprochen, es werden alle möglichen Kleinigkeiten aufgezählt, die beweisen sollen, daß nun die Verwaltung billiger arbeiten würde infolge besserer Verbindung mit den Bevölkerungskreisen der gesamten Provinz. Ich habe schon gesagt, welche Bevölkerungskreise der Provinz es sind, die in erster Linie daraus den Vorteil ziehen. Es wird doch keiner von der Sozialdemokratischen Partei behaupten wollen, daß die Kriegsbeschädigtenorganisationen, die Organisationen der Sozialrentner, der Arbeitsinvaliden, der Eltern von kranken Kindern und von solchen, die in Fürsorge gebracht sind, bei einer Verlegung nach Halle oder Magdeburg erheblich billiger als in Merseburg betrieben werden können. Daran glaubt doch kein Mensch. Der Widerstand gegen die Begünstigung der proletarischen Bevölkerungskreise bei der Provinzialverwaltung wird im Gegenteil dort noch stärker sein, weil dort der kommunalen Verwaltung das Rückgrat durch das rücksichtslose und brutale Ausbeutersystem der wirtschaftlichen Organisationen von privatkapitalistischen Gesichtspunkten gesteift wird durch die Handels- und sonstigen Kammern, die hinter der Verwaltung stehen.

Die Lösung der Erwerbslosenfrage ist viel wichtiger.

Wir haben uns nun in dieser ganzen Sache so eingestellt, daß wir, wie ich vorhin schon sagte, die Geldfrage in den Vordergrund stellen und die Beschaffung von Arbeitsmöglichkeit für die Erwerbslosen in der Provinz. Wenn von einzelnen Diskussionsrednern gesagt worden ist, daß ja der Bau eines Landtagsgebäudes zur Linderung der Arbeitslosigkeit in der Provinz beitragen würde, so hat er ja wieder später von seiner Fraktion aus das Landtagsgebäude abgestrichen, weil es nicht gebaut werden soll. Er hat dafür 1,6 Millionen abgerechnet, so daß nur noch 2½ Millionen übrig bleiben. Vielleicht findet die Stadt auch irgendwo noch andere Unterkunftsräume, ein altes Hotel, wo die Verwaltung untergebracht wird, und dann ist es mit der ganzen Arbeitsgelegenheit auch schon vorbei. Wir stehen am heutigen Tage genau wie am ersten Sitzungstage auf dem Standpunkt, daß die Erwerbslosenfrage die brennendste in der ganzen Provinz ist. Da man unsere Anträge in der zweiten Sitzung abgelehnt hat, sind wir gezwungen, erneut auf ein Arbeitsbeschaffungsprogramm hinzuwirken und es dürfen nicht neue Gelder bewilligt werden für Sachen, die nicht notwendig sind.

Unsere Gegenforderungen

Wir haben einen Antrag eingereicht, der am Schluß der Vormittag-Sitzung verlesen wurde. Da handelt es sich um verschiedene Maßnahmen, die insgesamt 5 bis 6 Millionen erfordern. Darin beantragen wir, daß die Blindenanstalt in Barby ausgebaut wird und daß sie, soweit ein Umbau notwendig ist, zu einer Blindenanstalt umgebaut wird, in der die Zustände beseitigt sind, die von meinem Parteifreund Benkwitz hier sehr scharf gegeißelt wurden. Er hat an dem Tage, als er dazu sprach, die Verhältnisse dort mit dem Namen „Saustall" gekennzeichnet. Wenn das schon gesagt werden muß von einer Provinzialanstalt, dann muß man auch Mittel bewilligen, um diese Anstalt in Ordnung zu bringen. Dazu sind ungefähr eine halbe Million Mark erforderlich. Wir haben ferner schon seit Jahren hier Anträge eingebracht, die die **Einrichtung von Mütterheimen für Mütter von unehelichen Kindern** bezwecken. Es ist auch von einem früheren Provinziallandtag dazu Stellung genommen worden. Vor zwei Jahren lag ein Antrag unserer Fraktion zu dieser Sache vor, und im vorigen Jahre ist unser Antrag mit den Stimmen der Sozialdemokraten angenommen und beschlossen worden, solche Mütterheime einzurichten. Was sehen wir nun? Nach einem Jahr ist in Magdeburg gerade die Möglichkeit geschaffen für die Unterbringung von sechs Müttern. Man hat da irgendeine Villa oder ein anderes Haus gekauft und hierin ein Mutterheim eingerichtet, damit man sagen kann, wir haben ein Mutterheim eingerichtet. In Erfurt hat die Provinz mit der Stadt ein Uebereinkommen getroffen, daß in dem dortigen Mutterheim der Stadt Erfurt für eventuell höchstens neun Mütter Aufnahme gewährt wird. Wir haben deshalb in unserem Antrage gesagt, daß für die Errichtung von Mütterheimen in allen drei Bezirken 1 Million Mark bereitzustellen ist, daß in jedem Bezirk ein Mutterheim mit je 30 Betten zu errichten ist. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß diese 30 Betten nicht ausreichen werden, wenn erst einmal die Bevölkerung in der ganzen Provinz weiß, daß solche Mütterheime eingerichtet worden sind.

Weiter haben wir vorläufig in der gesamten Provinz nur zwei **Kinderheime für lungengefährdete Kinder.** Die Lungenkrankheit, die bei Kindern auftritt, hat in erster Linie ihre Ursache in der mangelhaften Ernährung und den ganz hundsmiserablen Wohnungsverhältnissen. Wir verlangen, daß auf diesem Gebiete viel mehr getan wird und stellen den Antrag, daß 2 Millionen Mk. bewilligt werden, **um drei weitere neue Kinderheime mit 310 Betten zu schaffen.** (Beifall b. d. Komm.)

Weiter liegen die verschiedensten Beschwerden vor. Selbst von der Provinzialverwaltung wird dauernd darüber gejammert, daß wir die Straßen ausbauen müssen. Nicht allein der Neubau von Straßen, sondern vor allem Reparaturen, Instandsetzungen sind notwendig. Wir beantragen, daß 2 Millionen Mark bereitgestellt werden, um die Straßen der Provinz instand zu setzen.

Wir haben in einem zweiten Absatz von den vier Anträgen, die am ersten Tage behandelt wurden, gesagt: Der Provinziallandtag wolle beschließen, zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung, Bekämpfung der Erwerbslosigkeit, Besserung des Wohnungswesens und des Verkehrs in der Provinz Sachsen ein großzügiges Programm aufzustellen und beschleunigt zur Durchführung zu bringen. Die benötigten Mittel sind bei Reich und Staat anzufordern bzw. auf Anleihe zu nehmen. Das ist von all den „Arbeitsbeschaffern" einstimmig abgelehnt worden. Aber jetzt ist man dabei, mindestens 4½ Millionen zu bewilligen für ganz unnötige Dinge.

Selbst wenn die Verlegung nach Halle oder Magdeburg beschlossen werden sollte, wenn man dies Geld hinauswerfen sollte, würden wir um so leichter die Magdeburger oder hallischen Arbeiter auf die Beine bringen, um dieses Parlament, wenn es dorthin kommt, unter Druck zu setzen. Wir werden die Massen aufrufen gegen diese Provinzialverwaltung, gegen eine Mehrheit, die die Verlegung beschließen würde, die das Geld zum Fenster hinauswirft. Wir sind uns bewußt, daß die Massen mehr und mehr radikalisiert werden durch die Rationalisierungsmethode. Für uns steht fest, daß in der nächsten Zukunft sich große Massenkämpfe gerade in der Provinz Sachsen abspielen werden, und Ihre ganze Politisiererei, die ganze Schieberei, dieses ganze diplomatische Spiel nach hierhin und dorthin, nach Halle oder Magdeburg, nach Schwarzrotgold und Schwarzweißrot wird ein Ende bekommen durch die rote Einheitsfront des Proletariats. (Beif. b. d. Komm.)

Nach Schluß der Debatte erfolgte dann die

Abstimmung,

die die Ablehnung der Verlegung ergab. Die SPD. hatte noch beantragt, um die Verlegung schmackhafter zu machen, die in der Vorlage eingesetzten 1,6 Mill. Mk. zu streichen; die Stadt, wohin die Verwaltung verlegt würde, sollte entsprechende Räumlichkeiten für den Provinziallandtag zur Verfügung stellen, eventuell durch Neubau. Dieser Antrag fand Annahme; auch die Oberbürgermeister Rive-Halle und Beims-Magdeburg stimmten dafür und nahmen damit vor vornherein weitere Unkosten in Kauf. Was sagen ihre „Stadtväter" dazu?

*

Nach der Abstimmung gab es recht enttäuschte Gesichter, hatte man doch vielerseits angenommen, daß die Verlegung beschlossen würde. Der Landeshauptmann verschwand und kam an diesem Abend nicht wieder. Sein Traum ist vorläufig ausgeträumt. In Gruppen stand man zusammen und debattierte weiter über die Sache. Die Behandlung der weiteren Vorlagen fand wenig Aufmerksamkeit. Beschlossen wurde noch der Umbau der Kleinbahnen des Kreises Jerichow I von Schmalspur in Normalspur, nachdem auch unser Redner, Genosse Matern, dafür eingetreten war. Außerdem fanden noch einige kleine Sachen ihre Erledigung.

Schluß der Sitzung nach 7 Uhr abends.

*

Ein kommunistischer Antrag auf Arbeitsbeschaffung

Der von dem Genossen Koenen erwähnte kommunistische Gegenantrag zur Verlegung der Provinzialverwaltung hat folgenden Wortlaut:

Der Provinziallandtag wolle beschließen:

An Stelle der für eine Verlegung der Provinzialverwaltung notwendig werdenden Bewilligung von Mitteln in Höhe von 5 bis 6 Millionen Mark beschließt der Landtag die Aufnahme von Anleihen von insgesamt der gleichen Höhe zur Durchführung der dringendsten Aufgaben der Provinz.

Als erste Aufgaben sind zu erfüllen die Errichtung von Mütterheimen in allen drei Bezirken, wofür eine Million Mark bereitgestellt werden, ferner Umbau der Blindenanstalt Barby, eine halbe Million Mark.

Drei Kinderheime mit zusammen 310 Betten rund 2 Millionen Mark, und weiter die notwendigsten Straßeninstandsetzungsarbeiten für insgesamt 2 Millionen Mark.

Der Antrag wurde dem Haushaltausschuß überwiesen und wird nach der achttägigen Pause verhandelt werden.

Bitterfeld-Wittenberg

Eindrücke vom Konzert der Wittenberger Arbeitersänger

(Arbeiterkorrespondenz)

Zu einem großen Tag für die Sache des Arbeitergesanges gestaltete sich das Konzert, das der „Allgemeine Sänger-Chor Wittenberg" unter Mitwirkung der Musikschule Wittenberg gab. Letztere besteht ebenfalls nur aus organisierten Arbeitern, neben den schulpflichtigen Schülern. Schon rein äußerlich war der überfüllte Saal ein Beweis der Beliebtheit, deren unsere Arbeitersänger und -Sängerinnen sich in weiten Kreisen der Bevölkerung erfreuen. Ein Mangel muß aber gleich festgestellt werden, das ist nämlich die Fahnenausschmückung des Saales. Es ist leider kein ähnlicher Saal, der den Anforderungen eines solchen Massenkonzertes entsprechen würde, in Wittenberg vorhanden, sonst würde schließlich kein Mensch dort sich niederlassen. Der rührige und immer tüchtige Stabführer Appelt ließ seine Sänger aufmarschieren.

Die Männerchöre! Prachtvoll diese Disziplin. Das Stimmenmaterial war gut, nur die Tenöre sind noch ein etwas wunder Punkt. Doch ließe sich das abstellen. Vielleicht lag auch Indisposition vor. Aber hier eine Frage in aller Freundschaft: „Müssen denn diese schönen Männerstimmen sich erschöpfen in Liedern, wie „Studentennachtgesang", „Das einsame Röslein im Tal", „Die blauen Blumen Schottlands" usw.? Mehr Tendenz, proletarische Tendenz, Ihr Genossen im Arbeiter-Gesangverein und nicht „Kunst um der Kunst willen"! Herr Appelt wird sicher mit Euch auch die „Internationale" oder den „Rotgardistenmarsch" singen. Die Arbeitersänger sollen anfeuernde Rufer sein im Kampfe der Arbeiterklasse überhaupt. Zum Konzert muß man sagen, rein und klar waren die Gesänge. Aber es fehlte der innere Schwung, das Temperament.

Und nun noch einige Worte zur Musikschule. Diese jungen Arbeiter sind mit Fleiß und Liebe bei der Sache. Sie machen auch Fortschritte, aber es fehlt immer noch viel. Das bewies die aufgeführte Musik aus „König Manfred". Mehr Sauberkeit und dann etwas temperamentvoller. Oder war das Absicht vom Dirigenten? Als Reminiszenz: Mehr Tendenz, Ihr Arbeitersänger, Eurem Fleiß und Euren Sangesgaben aber Dank!

Burgkemnitz. Wegen Sittlichkeitsverbrechens wurde der 30 Jahre alte Gast- und Landwirt Kummer von hier vom Schöffengericht Halle zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr verurteilt. K. hat sich am Totensonntag v. J. an seinem damals noch nicht ganz 13 Jahre alten Kindermädchen geschlechtlich vergangen. Die ganze Angelegenheit gestaltete sich noch tragischer, als sich die Verführte, nachdem ihrer Mutter der Vorfall zur Kenntnis gekommen war, in den Wald flüchtete, sich auf den Bahndamm legte und von einem Zuge überfahren ließ. Die Verhandlung selbst fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Aus der Urteilsbegründung ging jedoch hervor, daß der Angeklagte die ihm zur Last gelegte Straftat, die er der Mutter gegenüber eingestanden haben soll, abstritt. Das Gericht erkannte ihn aber für schuldig und verurteilte ihn zu obiger Strafe. Zwei Monate der erlittenen Untersuchungshaft sollen ihm angerechnet werden. Der Haftbefehl wurde vorläufig aufgehoben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270322-18/fragment/page=0009

Delitzsch-Torgau-Liebenwerda

Wochenbericht des Arbeitsamtes Delitzsch über die Arbeitsmarktlage

Die Besserung der allgemeinen Lage des Arbeitsmarktes schreitet, begünstigt durch die milde Witterung, weiter fort. Den Hauptanteil an der Besserung haben erklärlicherweise die Landwirtschaft, das Bau- und Verkehrsgewerbe (Reichsbahn). Aber auch über das stärkere Einsetzen der Frühjahrsbestellung, der Bautätigkeit und der Gleisarbeiten bei der Reichsbahn hinaus scheinen sich Anzeichen einer Arbeitsmarktbelebung bemerkbar zu machen; so hatte z. B. noch die Metall- und chemische Industrie geringe Aufnahmefähigkeit. Aus der Erwerbslosen-Fürsorge werden 1200 männliche und 171 weibliche Haupt- mit 1893 Zuschlagsempfängern unterstützt; das ist gegenüber dem Stande in der Vorwoche ein Rückgang bei den Hauptunterstützungsempfängern von rund 20 Prozent. Die Zahl der aus der Krisenfürsorge Unterstützten beträgt 56 männliche und 9 weibliche Haupt- mit 73 Zuschlagsempfängern. Mit Notstandsarbeiten werden 178 Personen beschäftigt.

Der Bedarf der Landwirtschaft steigerte sich in der Berichtswoche gewaltig. Konnten bisher die angeforderten älteren ledigen männlichen Arbeitskräfte restlos gestellt werden, so war dies in der Berichtswoche nur teilweise möglich. An ständigem Personal, wie Mädchen, besonders solche, die melken können, und jüngeren Burschen und Anspännern, herrschte nach wie vor Mangel. Von mehreren Gütern wurden Wanderarbeiterinnen verlangt. Einige Betriebe sind noch mit den Drescharbeiten im Rückstande. Vermittelt wurden acht ledige männliche und acht ledige weibliche Arbeitskräfte, ein verheirateter Oberschweizer, zwei Tagelöhnerfamilien. Mehrere weibliche Arbeitskräfte stellte ein Baumschulenbetrieb ein.

In der Metallindustrie war die Unterbringung von acht Arbeitern zur Montage einer Eisenbahnbrücke über die Mulde mög-

Jungarbeiter, heraus zum Märzaufgebot der Roten Jungfront!

lich. Hier kann noch mit einer weiteren Unterbringung von Arbeitskräften (Facharbeitern) gerechnet werden.

Die chemische Industrie stellte mehrere Arbeiter ein.

Nicht befriedigend ist die Lage in der Schokoladen-Industrie. Die Belegschaft eines größeren Betriebes muß seit der Vorwoche einen Tag in der Woche aussetzen. Entlassungen von weiblichen Arbeitskräften nahm eine Rübensamenzüchterei wegen Beendigung der Saisonarbeiten vor.

Mit den Umbauarbeiten im hiesigen Lehrerseminar wurde begonnen und außer Maurern erfolgte noch die Einstellung von Bauhilfsarbeitern. In den benachbarten Arbeitsnachweisbezirken fanden noch Bauhandwerker Beschäftigung.

Im Verkehrsgewerbe hatte die Reichsbahn Bedarf an Gleisarbeitern; der Bedarf ist durch Ueberweisung von 46 Arbeitern vorläufig gedeckt. Untergebracht wurden noch zwei Korbmacher und mehrere Arbeiter und Arbeiterinnen zu verschiedenen Arbeiten.

Man sieht deutlich, daß man sich krampfhaft bemüht, die gelinde Besserung auf dem Arbeitsmarkt riesig aufzubauschen.

Kleinbahn Rackwitz — Glesien — Delitzsch

Unter Leitung der Provinz und unter finanzieller Beteiligung von Staat, Provinz und Kreis wird die Anlegung einer Kleinbahn von Delitzsch nach Rackwitz durch die Gemarkungen Delitzsch, Gertitz, Quering, Großlissa, Grabschütz, Zwochau-Schladitz, Kölsa, Wiedemar, Glesien, Rockwitz, Ennewitz, Freiroda, Radefeld, Hayna, Wolteritz, Lössen, Schladitz b. K., Rackwitz beabsichtigt.

Gemäß § 17 des Gesetzes über Kleinbahnen pp. liegen die Pläne innerhalb der nächsten zwei Wochen bei dem Magistrat Delitzsch und den Herren Gemeindevorstehern zu jedermanns Einsicht offen aus und es steht jedem Beteiligten frei, während der Offenlegungsfrist im Umfange seines Interesses bei der für ihn zuständigen Gemeindebehörde oder bei dem Landratsamte in Delitzsch schriftlich oder zu Protokoll Einwendungen zu erheben. Wie verlautet, ist die Finanzierung des Bahnbaues mit 2 450 000 Mark veranschlagt. Davon hat der Kreis Delitzsch 600 000 Mark zu tragen. Die Industrie, die den größten Vorteil davon hat, muß in höherem Maße zur Tragung der Kosten herangezogen werden.

Bockwitzer Arbeitsinvalidenversammlung

Die ärmsten der Armen folgten dem Rufe des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands. Die Gemeindebehörden, Sozialausschüsse und Vertreter der Presse waren eingeladen. Der Vertreter der „Elster-Rundschau“ lehnte es ab, eine vorhergehende Notiz in seine Zeitung zu bringen, ohne Angabe des Referenten! Arbeitsinvaliden und Rentner, merkt Euch, daß man gar kein Interesse an Eurem Elend hat. Es waren erschienen der Gemeindevorsteher Benkendorf-Bockwitz und der Kreistagsabgeordnete Thron-Mückenberg. Als Referent war erschienen Genossin Hedwig Krüger-Halle. Letztere brachte in ihrem 1½stündigen Referat „Die Ungerechtigkeiten im deutschen Vaterlande“, die Not und das Elend der Armen zum Ausdruck. Sie hatte den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen. Zum Schluß wurde dann folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Die sich am 13. März im Hotel Richter, Bockwitz N.-L., versammelten Arbeitsinvaliden und Rentner fordern vom Gesetzgeber, daß man den Forderungen der Arbeitsinvaliden und Rentner Rechnung trägt und Erhöhung der Invalidenrente eintreten läßt. Und zwar in einem Maßstabe, daß ein auskömmliches Leben geführt wird, daß die Unfallversicherung eine bessere Ausgestaltung erfährt. Es muß der Arbeitsverdienst zur vollen Anrechnung kommen, ohne Kürzung von Dritteln, bei Errechnung der Renten. Wir fordern bessere Ausgestaltung der Fürsorge und sozialen Handhabung. Die Arbeitsinvaliden und Rentner erheben den schärfsten Protest gegen die Verschlechterung im Reichsknappschaftsgesetz. Kürzung der Renten bei Doppelversicherung sowie Kürzung der Waisenrenten und des Kindergeldes, es ist **eine Härte,** weil man die Waisen und Kinder in ihrem Fortkommen dadurch hindert. Die Arbeitsinvaliden und Rentner fordern, daß die Reichsregierung sofort Schritte unternimmt zur Verbesserung der Lage der Arbeitsinvaliden, Rentner, Witwen und Waisen.

Pfaffenspiegel

Der Salzburger Fürsterzbischof Rider hat zur Abwechselung wieder einmal einen Hirtenbrief erlassen. Er wendet sich zunächst gegen „alle Bestrebungen, das Band der Ehe zu lockern, die Familie aufzulösen, den Familengeist zu zerstören, wie es durch die Dispensehe geschieht“. „Das sind“, meint der Bischof, „Eingriffe gegen die Natur, den Staat und die ganze menschliche Gesellschaft.“ Der Herr Bischof scheint der Dispensehe eher den Gattenmord vorzuziehen, denn was kümmern ihn alle Ehekonflikte und alle Qualen, die durch die Gesetze der Kirche und des Staates hervorgerufen werden! „Gebet, religiöser Geist, treue Pflichterfüllung in der Arbeit, Liebe und Frieden soll in jeder Familie herrschen.“ Wozu eine Dispensehe, wozu sich scheiden lassen? Vertreibt Euch mit Beten die Zeit!

Auch für die ausgebeuteten Dienstboten, die auch im Lande Salzburg allmählich aufhören, sich in der Kirche die Knie wund zu drücken, hat der Herr Bischof einige Worte übrig. Mit einem Appell an die Dienstgeber, denen „das zeitliche und ewige Wohl der Dienstboten, und diesen gewissenhafte Pflichterfüllung und das Wohl des Hauses am Herzen liegen muß“. Die Dienstgeber kommen da natürlich am besten davon. Das ewige Wohl kostet nach den bischöflichen Tarifen nur einige Spenden für die heilige Kirche.

Der Herr Bischof hat selbstverständlich auch nicht die Wahlen vergessen und appelliert an all seine Schäflein, am Wahltag nur ja nicht das zu vergessen, daß „auch die Kirche zu verteidigen ist.“

Die Arbeiter werden angesichts dieses Hirtenbriefes wissen, was sie zu tun haben: Heraus aus der Kirche!

Großes Schöffengericht Torgau

Als im vorigen Jahre das Reiterregiment Nr. 10 auf einer größeren Uebung war, wurden dem hier verbleibenden Unterwachtmeister Albert W. 2000 Mk Küchengelder zurückgelassen. Eines Tages fehlten 125 Mk., wovon er nach seiner Angabe 25 Mk. verbrauchte und der verbleibende Rest ihm auf unerklärliche Weise verschwunden sei. Weiter waren Küchenbestände im Werte von zirka 600 Mk. von W. entwendet worden, die er an den zweiten Angeklagten, W. K., für 70 Mk. veräußerte! Außerdem hatte W. das Fahrrad, das er sich von einem Gefreiten geliehen hatte, zu Gelde gemacht (eine nette Kameradschaft). Bei einer Spindrevision wurden zwei Nachschlüssel bei W. gefunden, die zu den Eingangstüren der Küchenverwaltung paßten Der Staatsanwalt beantragte eine Gesamtstrafe von 1 Jahr und 6 Monaten und 3 Jahre Ehrverlust. Das Urteil lautete für den Unterwachtmeister W. 7 Monate Gefängnis, Degradierung und Dienstentlassung. Der Angeklagte Schiffer W. K. erhielt wegen Hehlerei 3 Monate Gefängnis.

Eilenburg. Ein teurer Dummerjungenstreich. Freitagnachmittag wurde von Schülern die Weidenplantage des Korbmachermeisters Lehmann in Brand gesteckt. Die Plantage brannte völlig ab. Der Schaden, der sich auf ungefähr 2000 Mark beläuft, muß von den Eltern der leichtfertigen Bengels getragen werden. Der jüngste von ihnen, ein zehnjähriges Bürschchen, lieferte die Streichhölzer. Einer der anderen bis zu 14 Jahre alten Lausbuben steckte damit trockenes Gras in der Nähe der Weiden an. Die Täter kommen wegen diesen bösen Vergehens vor das Jugendgericht, da bereits gegen sie Anzeige erstattet worden ist.

Neues aus aller Welt

Fürstliche Erbschleicher

Die Familie Schleswig-Holstein — Ein Justizrat schwer kompromittiert — Wie sie das Volk bemogeln wollen

Ein aufsehenerregender Justizskandal spielt augenblicklich in allerhöchsten Kreisen unter deutschen Fürsten und der nahen Verwandtschaft des Exkaisers Wilhelm. Gegen die Herzogin Dorothea von Schleswig-Holstein, die man im allgemeinen für sehr vermögend hielt, wurde vor kurzem das Konkursverfahren eröffnet und später über Beschluß des Landgerichts Glogau wiederum eingestellt. Als diese Nachricht bekannt wurde, zeterten einige Rechtsblätter und schrieben, an diesem Beispiel sähe man ja, wie die armen Fürsten von der verfluchten Republik an den Bettelstab gebracht würden.

Bald aber klärte es sich auf, daß es sich bei der ganzen Affäre um Erbschleicherei innerhalb einer Fürstenfamilie handelte. Der Konkurs war unter seltsamen Umständen gegen die 45jährige Herzogin Witwe Dorothea von Schleswig-Holstein von ihrem eigenen Schwager, dem Prinzen Albert von Schleswig-Holstein, beantragt worden, der sich auf diese Weise in den Besitz von Gütern setzen wollte.

Augenblicklich beschäftigt sich bereits das preußische Justizministerium damit, wie es kommen konnte, daß das Konkursverfahren überhaupt eröffnet wurde, da alle tatsächlichen Unterlagen dafür fehlen und es sich lediglich um einen Racheakt des vornehmen Verwandten handelt.

Eine andere sensationelle Wendung hat der Erbstreit aber dadurch genommen, daß jetzt gegen einen Berliner Justizrat, der eine Zeitlang der Vertreter der Herzogin Dorothea gewesen war, ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft schwebt, weil er Parteiverrat begangen haben soll. Wie wir erfahren, handelt es sich hierbei um den Justizrat Leo Katz, dem man besonders auch vorwirft, daß er später den Gegnern der Herzogin Anwaltdienste geleistet habe.

Die kriminalistische Seite der Affäre dürfte noch ein großes Ausmaß annehmen und Gelegenheit bieten, einmal in die Geheimnisse von Fürstenhöfen hineinzuleuchten.

Ein Rittergut abgebrannt

In der vergangenen Nacht sind sämtliche Gebäude des Rittergutes Rotharm bei Kyritz abgebrannt.

Vor den Zug geworfen

Der am Montag ½3 Uhr von Plauen einfahrende Güterzug überfuhr unweit des Bahnhofes Altenburg eine weibliche Person, die sich auf die Schienen geworfen hatte. Der Selbstmörderin wurde der Kopf vom Rumpfe getrennt. Sie wurde als die 19 Jahre alte Fabrikarbeiterin Käte Gräfe aus Altenburg festgestellt. Sie soll sich infolge von Familienzwistigkeiten in der Nacht aus ihrer Wohnung entfernt und den Tod gesucht haben.

Wahnsinnstat einer Mutter

Nach einer Blättermeldung warf in dem thüringischen Städtchen Steinbach-Kallenberg eine Arbeiterin, die **an Kopfgrippe erkrankt war,** offenbar in einem Anfall geistiger Umnachtung, ihre Kinder im Alter von ein bis vier Jahren in einen Teich und sprang dann selbst nach. Mutter und Kinder ertranken.

Millionenunterschlagungen

Eine der Hauptangestellten des Vorsitzenden der Pariser Wechselmakler, Mubry, ist wegen Unterschlagung von zehn Millionen Franks verhaftet worden. Mit dieser Summe wäre sie sicher ein Stückchen hingekommen.

Radio-Sendeversuche

die von der Philips Radio-Fabrik in Eindhoven veranstaltet wurden, haben dazu geführt, daß man in Niederländisch-Indien die hier mit kurzer Welle gesandte Musik vernehmen konnte. Die Radio-Telephonverbindung Hollands mit seiner Kolonie ist damit erstmalig hergestellt.

Arbeiter-Sport

Achtung, Faltbootfahrer!

Die Einzelpaddler und Faltbootfahrer, die auf dem Boden der Arbeiterbewegung stehen, sollen in unserem Bezirke im Rahmen des Arbeiter-Turn- und Sportbundes zu einer einheitlichen Wasserwanderorganisation zusammengefaßt werden. Alle Interessenten werden gebeten, ihre Anschrift an den Bezirks-Kanuobmann Otto Heese, Ammendorf. Beesener Straße 60, einzusenden.

Kreismeisterschaftskämpfe in Thüringen

Vor einer großen Zuschauermenge, die mit großem Interesse den Kreismeisterschaftsboxkämpfen folgte, fanden am Sonntag die Kreismeisterschaftskämpfe von Groß-Thüringen ihr Ende. Trotz der Schärfe der Kämpfe blieben dieselben im Rahmen der Bundesbestimmungen und boten eine Fülle technischer Feinheiten des Boxsportes. Bei den Kämpfen konnte man die Wahrnehmung machen, daß der Boxsport im Arbeiter-Athletenbund gewaltige Fortschritte gemacht hat und ein höheres Ziel und Ideal in sich birgt. Die Leitung lag in den Händen des Kreisboxwarts Willi Fietsch (Gera), der ein umsichtiger Leiter war. Dasselbe Urteil kann man auf das gesamte Kampfgericht ausdehnen.

Die **Vormittagskämpfe** endeten wie folgt: Fliegengewicht: Peukert (Gera) — Bortmann (Apolda), Sieger Peukert; Federgewicht: Küchler (Altenburg) — Oertel (Teuchern), Sieger Oertel; Leichtgewicht: Jahn (Gotha) — Oswald (Gera), Sieger Oswald; Halbschwergewicht: Fuchsel (Hermsdorf) — Gentsch (Meuselwitz), Sieger Gentsch.

Die **Endkämpfe** am Nachmittag brachten folgende Resultate: Im Papiergewicht erhielt Stecker (Altenburg) Punkte und Sieg kampflos. Das Federgewicht brachte zwei scharfe Gegner: Stübe (Langensalza) und Peukert (Gera). Nach fünf Runden erhält Peukert nach Punkten den Sieg zugesprochen. Auch im Federgewicht endete der Kampf Oertel (Teuchern) — Stübe (Langensalza) erst nach fünf Runden zugunsten Stübes nach Punkten. Oertel war seinem Gegner überlegen und voraus, kam jedoch durch einen Fehlschlag ins Hintertreffen. Im Leichtgewicht endete der Kampf Böttcher (Apolda) — Oswald (Gera) nach vier Runden mit einem knappen Siege des Geraers. Im Weltergewichte siegte Meisezahl (Teuchern) gegen Wohlrab (Gera) nach drei Runden überlegen. Das Mittelgewicht brachte Städte (Schmölln) — Braun (Jena) nach vier Runden als leicht überlegenen Sieger, während im Halbschwergewicht im Kampfe Fixel — Gentsch (Meuselwitz) letzterer als Sieger hervorgehen konnte. Kunath (Jena) im Schwergewicht erhält den Sieg kampflos, derselbe zeigte am Schlusse der Kämpfe technisch schöne Schattenkämpfe, die großen Beifall brachten. Sämtliche Kämpfe hinterließen einen schönen Eindruck auf die Zuschauer. Hoffen wir, daß die Kämpfe neue Anhänger für den schwerathletischen Sport bringen.

Wie wird das Wetter?

Für das mittlere Norddeutschland: Trocken und zeitweise stärker bewölkt. Die Tagesstunden wieder mäßig warm. Für das übrige Deutschland: Im Westen zunehmende Bewölkung, aber noch keine Niederschläge. Mehr östlich zeitweise heiter, in den Tagesstunden mäßig warm. Im Süden und Osten strichweise Bodenfröste.

Briefkasten

Unterwiederstedt. Turnverein. Die Vorbesprechung zum Werbeabend kam zu spät!

Verantwortlich Marianne Gundermann Halle a. S., für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle a S.

Aus dem Geschäftsverkehr

Eine hohe Belohnung liegt für jeden Raucher in dem Genuß einer guten und preiswerten Qualitäts-Zigarette. Weil die von der G. A. Jasmatzi A.-G. wieder auf den Markt gebrachte Zigarette Jasmatzi Pteo die beiden Voraussetzungen der Qualität und Preiswürdigkeit nach dem Urteil aller Kenner erfüllt, hat sich die Jasmatzi-Standardmarke schnell zahlreiche Freunde erworben, und es darf ohne jede Einschränkung festgestellt werden, daß die G. A. Jasmatzi A.-G. ganz speziell mit der Marke Jasmatzi Pteo erneut den Ruf ihrer hohen Leistungsfähigkeit bekräftigt hat.

Postbezieher!

Die Bestellung muß bis zum 25. d. M. für April erfolgen, da sich sonst der Bezugspreis erhöht

Der Verlag.

Versammlungen der KPD.

Seeben. Wichtige Mitgliederversammlung Mittwoch, 23. März, 8 Uhr, bei Glaser.

Halle, Stadtteil Zentrum. Donnerstag, 24. März, abends 7 Uhr, in der „Goldenen Kette“ Sitzung der Stadtteilleitung. Abends pünktlich 8 Uhr Sitzung aller Funktionäre (Kassierer der Straßen- und Betriebszellen, Org-, Pol-, Agitprop-, Gew.- und Gen.-Leiter. Zu dieser Sitzung haben unbedingt die Funktionäre zu erscheinen.

Halle. Alle Mitglieder der KPD., die im RFMB. organisiert sind, treffen sich am Dienstag, 22. März, abends 8 Uhr, im „Volkspark“ zu einer wichtigen Sitzung. Parteibuch ist mitzubringen.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Bitterfeld. Sitzung der engeren UBL. Donnerstag, 24. März, abends 7 Uhr, im „Gesellschaftshaus“.

Wittenberg. Oeffentliche Volksversammlung Donnerstag, 24. März, abends 7½ Uhr, in Muths Saal. Thema: Gegen Kriegsgefahr und Bürgerblock. Referenten: Hans Schröter (Halle) und ein ungarischer Genosse.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Torgau. Sitzung der UBL. Donnerstag, 24. März, abends, im mitgeteilten Lokal.

Dommitzsch. Mitgliederversammlung Freitag, den 25. März, abends 8 Uhr, in der „Mühle“. Bericht vom Parteitag. Referent: Gen. Holzweißig.

Achtung! Ortsgruppenvorstände der KPD! Gebt die Bestellung für Mai-Demonstrationskarten baldigst auf

„Roter Frontkämpfer-Bund“

Adresse der Gauführung des RFB Halle-Merseburg: Fritz Brückner, Halle a. d. S., Große Klausstraße 10.

Halle. Abteilung 5, Zentrum. Das Werbebureau ist geöffnet jeden Montag, Mittwoch, Freitag in der Zeit von ½7 bis ½9 Uhr.

Halle, Abteilung 4, Norden, Spielleute. Uebungsstunde fällt aus, dafür restloses Antreten bei der Abteilung.

Halle. Mittwoch, 23. März, abends 8 Uhr, im „Volkspark“ große Funktionärsitzung der Abteilungen 1 bis 5.

Halle, Abteilung 5, Zentrum. Alle Funktionäre treten Mittwoch, den 23. März, abends ½8 Uhr, auf dem Paradeplatz an.

Halle, Geschlossener Spielmannszug, auch Reserve-Spielleute. Donnerstag, den 24. März, abends 7.15 Uhr, Antreten zum Ueben Paradeplatz.

Halle, Spielleute, Reserve-Hornisten. Mittwoch, 23. März, abends 7.15 Uhr, Ueben bei Wötzel, Unterberg.

Seeben. Donnerstag, 24. März, abends 8 Uhr, bei Glaser Mitgliederversammlung.

Nietleben. Donnerstag, 24. März, abds. 8 Uhr, in der „Sonne“ Mitgliederversamml.

Untergau Merseburg

Merseburg. Dienstag, den 22. März, abends ¾7 Uhr, Antreten am Bahnhof zur Jugend-Kundgebung.

Merseburg. Mittwoch, 23. März, abends 8 Uhr, in der „Stadt Leipzig“ Funktionärsitzung. Alle Zug- und Gruppenführer müssen anwesend sein.

Untergau Sangerhausen

Sangerhausen. Mittwoch, 23. März, abends 8 Uhr, im „Herrenkrug“ öffentliche Jugendversammlung.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Halle. Heute abend 8 Uhr im „Volkspark“ außerordentliche wichtige Sitzung aller Genossinnen, die in der KPD. organisiert sind. Das Parteimitgliedsbuch dient als Ausweis.

Halle, Werbebezirk Zentrum. Versammlung am Mittwoch, 22. März, abends 8 Uhr, in der „Goldenen Kette“. Alles muß erscheinen.

Kommunist. Jugendverband Deutschlands

Bezirk Halle—Merseburg

Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14

Fernruf 21473

Genossen! Rüstet zum Reichsjugendtag in Hamburg. Zahlt sofort das Fahrgeld ein.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle, Gruppe Westen. Mittwoch, 23. März, abends ½8 Uhr, im Jugendbureau Funktionärsitzung und Zeitungsausgabe.

Halle, Gruppe Westen. Donnerstag, den 24. März, abends 8 Uhr, in der Jugendherberge, Weingärten, Gruppenabend. Thema: Politischer Diskussionsabend.

Halle, Gruppe Zentrum. Donnerstag, 24. März, abends 8 Uhr, in der „Goldenen Kette“, Alter Markt Mitgliederversammlung. Mitglieds- sowie Gewerkschaftsbuch ist vorzulegen. Zehnerschaftsführer laden alle Mitglieder ein.

Halle. Mittwoch abend 8 Uhr in der „Reichskrone“ Musikübungsstunde. Da zur Schulentlassungsfeier nur noch zwei Uebungsstunden zur Verfügung stehen, erwarten wir die restlose Beteiligung an den Uebungsstunden.

Halle, Gruppe Nord. Donnerstag, den 24. März, abends 8 Uhr, im „Volkspark“ Gruppenabend. Thema: Bericht von der Bezirkskonferenz.

Radefeld. Mittwoch, 23. März, Grundwissen-Kursus.

Unterbezirk Merseburg

Querfurt. Mittwoch, 23. März, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus“ Gruppenabend.

Unterbezirk Weißenfels

Weißenfels. Mittwoch, 23 März, abends 8 Uhr, Antreten am Rosalskyweg zur Kinovorführung durch Genossenschaft.

Zeitz. Freitag, 25. März, Gruppenabend. Thema: „Die Pariser Kommune.“

Unterbezirk Bitterfeld

Bitterfeld. Alle Jugendgenossen sollen sich am Donnerstag an der Versammlung der Roten Jungfront beteiligen Vorher kurze Aussprache mit einem Vertreter der BL. Treffpunkt 7 Uhr „Gesellschaftshaus“.

Brehna. Donnerstag, 24. März, abends 8 Uhr, in der „Erholung“ Generalversamml.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Delitzsch. Mittwoch, 23. März, abends 8 Uhr, im „Lindenhof“ Gruppenabend. Thema: Märzkämpfe in Mitteldeutschland. Ref.: Genosse Mittelbach. Indifferente Jugendliche sind eingeladen.

Mückenberg. Donnerstag, 24. März, Märzfeier.

Unterbezirk Delitzsch

Naundorf. Mittwoch, 23. März. Diskussionsabend.

Alle Ortsgruppen treffen in dieser Woche ihre letzten Vorbereitungen zu den Schulentlassungsfeiern und zum Reichsjugendtag! Zum Reichsjugendtag sollen Werbeveranstaltungen usw. organisiert werden. Genossen, geht ans Werk!

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung Halle-Merseburg
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße Nr. 14

Halle. Donnerstag abend 6 Uhr in der Produktiv Versammlung der Bezirke 1 u. 2.

Halle. Freitag nachmittag pünktlich ½6 Uhr in der Produktiv Spielabend.

Halle. Am Sonnabendnachmittag 4 Uhr treffen sich alle Genossen in der Produktiv.

Zeitz. Mittwoch, 23. März, nachmittags 4 Uhr, in der „Herberge“ Gruppenabend.

Weißenfels. Mittwoch, 23. März, 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus Mitgliederversamml. Alle müssen erscheinen wegen der Märzfeier am Freitag.

Weißenfels. Donnerstag, 24. März, 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus alle diejenigen, die Ostern die Schule verlassen.

Bund der Freunde der IAH.

Landesausschuß Halle/Merseburg

Bureau: Halle, Gr. Steinstr. 16 H. pt. Teleph. 29150

Bitterfeld. Donnerstag, 24. März, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus“ Mitgliederversammlung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270322-18/fragment/page=0010
DFG

Natur und Technik

Nr. 9 — Dienstag, den 22. März 1927

Kräfte im Strom

Gemeint ist die Bewegung von Luft oder Wasser, die man schlechthin als Strömung bezeichnet. An die Bewegung sind die Kräfte jedenfalls gebunden. Das weiß jeder aus eigener Erfahrung. Bei Windstille, d. h. wenn die Luft sich nicht bewegt, ist nichts von den mutwilligen Kräften zu spüren, die bei Wind immer so niederträchtig am Hut zerren. Beim Wasser ist's genau so. Gegen den Strom zu rudern oder zu schwimmen kann unmöglich werden, wenn die Wassergeschwindigkeit sehr groß wird.

Was sind das nun für Kräfte? Sie wirken stets in der Bewegungsrichtung, sind also sehr lästig, wenn man, entgegen dieser Bewegung, stehen bleiben oder gar vorwärtskommen will. Es ist nämlich gleichgültig, ob die Luft (das Wasser) sich bewegt und ich stehe fest oder ob die Luft ruhig ist und ich mich bewege. Bewege ich mich und die Luft auch, aber in entgegengesetzter Richtung, mit derselben Geschwindigkeit, so ist das dasselbe, als wenn ich still stände und die Luft bewegte sich mit der d o p p e l t e n Geschwindigkeit an mir vorbei. Diese Geschwindigkeit heißt die Relativ-Geschwindigkeit, und das ist die Größe, von der die Luftkräfte abhängen. Der Radfahrer kennt sie vom „Gegenwind" und „Rückenwind".

Diese Kräfte wachsen mit dem Quadrat der Geschwindigkeit, d. h. wächst die Windgeschwindigkeit z. B. auf das 5fache, so wächst der Luft-Widerstand nicht etwa — wie man zuerst erwarten könnte — auch auf das 5fache, sondern auf das 25fache.

Die Kräfte wachsen also sehr schnell. Die Widerstände sind es, die der Bewegung eine Grenzgeschwindigkeit vorschreiben.

Theoretisch kann ich mit dem Automobil Rekordgeschwindigkeiten von 300 Kilometern in der Stunde erreichen. Ein genügend starker Motor schafft es. Aber nicht der Mensch. Als neulich ein Engländer mit seinem hierfür gebauten Wagen diese „Rekorde" fuhr, wurde der Windschutz vom Luftstrom (Relativgeschwindigkeit) weggerissen und der Mann wurde vom Luftdruck so betäubt, daß er den Wagen nicht allein verlassen konnte.

Was sind das nun für Kräfte? Wovon hängt ihre Größe noch ab außer von der Geschwindigkeit?" Zunächst ist es ein Reibungswiderstand, der von der Größe und Glätte der Oberfläche abhängt. Zum Vergleich folgende Zusammenstellung der Reibungs-Widerstände von

gewöhnlichem Stoff	10
Stoff mit abgesengten Fasern	7
getränkte Flugzeugbespannung	5
Glasplatte	4

Aus dieser Zusammenstellung ist zu ersehen, daß ein mit gewöhnlichem Stoff bespannter Flugzeugflügel den doppelten Widerstand eines Flügels mit getränkter Bespannung („zelloniert") hat. Doch ist der Reibungswiderstand verhältnismäßig klein. Viel größer ist der F o r m w i d e r s t a n d.

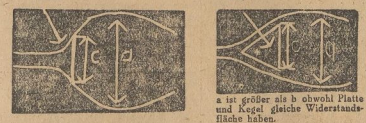
Um es gleich vorweg zu nehmen: der Formwiderstand und Wirbelbildung ist eins.

Doch wie und wo bilden sich Wirbel? Man stellt eine Strömung durch Zeichnen ihrer Stromlinien dar. Das sind einzelne Wasserfäden, die man in schmutzigen Wasserläufen auch tatsächlich s e h e n kann.

Diese Stromlinien ähneln einem Spießer: sie haben eine Vorliebe für ruhige Bewegungen und hassen plötzliche Richtungsänderungen. Wenn sie nun auf ein Hindernis auf ihrer Bahn stoßen, biegen sie ihm notgedrungen aus, es entsteht dann folgendes Bild:

Hinter der Platte schließen sich die Stromlinien nicht etwa und gehen dann parallel weiter. Das würde ihrer Neigung zuwiderlaufen. Sie müßten ja dann eine scharfe Kurve machen. Sie lassen sich also Zeit und kommen erst weiter hinten wieder zusammen. In dem Zwischenwasser steht also Totwasser, Wasser, das von der Bewegung ausgeschlossen ist. Dies Totwasser reibt sich nun an dem vorüberfließenden, fängt an, sich zu drehen, es bilden sich Wirbel, diese wachsen über den Bereich des Totwassers hinaus und werden endlich von der Strömung mitgerissen. Die Möglichkeit, große Wirbel und überhaupt Wirbel zu bilden, hängt von der Gestalt des Hindernisses ab. Je größer der Wirbel werden kann, ehe er abschwimmt, um so größer wird die Hindernisfläche und vor allem: es wird nichts geschenkt. Die Wirbel entstehen auf Kosten der Strömungsenergie, das Wasser wird gewissermaßen gebremst.

Ich sagte schon, die Form des Hindernisses ist ausschlaggebend. Zunächst muß sich die Strömung teilen. Das ist leichter an einer Spitze oder runden Kuppe, als vor einer ebenen Platte. Das Wasser merkt das Hindernis nicht so weit voraus. Man darf es nicht zu sehr überraschen. Dann schließt sich

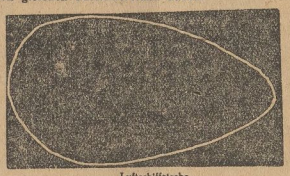


a ist größer als b obwohl Platte und Kegel gleiche Widerstandsfläche haben.

die Strömung wieder und bildet den Totwasser bzw. Wirbelraum. Je besser ich diesen Raum nun ausfülle, so daß gar kein Totwasser entstehen kann, umso weniger Wirbel können entstehen. Der Widerstand sinkt.

Bei den Versuchen an Zeppelin-Modellen hat sich nun herausgestellt, daß eine Spitze für die Strömungsteilung ungünstiger ist als eine runde Kuppe. Das Wasser will sich den Teilungspunkt selbst aussuchen, es ist nun mal so eigensinnig.

Wir haben jetzt festgestellt, wie das Hindernis aussehen muß, damit es geringen Widerstand bei der Bewegung hat. Nun die Nutzanwendung. Der Flugzeugbau hat die Anregung zu den Modellversuchen im Windkanal gegeben. Er hat sich auch die dort gewonnenen Erfahrungen zu eigen gemacht. Seit er weiß, welch großen Widerstand ein Draht hat, aus mehreren Litzen gedreht, wie er früher viel zum Verspannen der Flugzeuge gebraucht wurde, bildet er die notwendigen Verspannungen aus Streben oder macht die Drähte glatt und gibt ihrer Profilform. Wie ungeheuer viel das ausmacht, seht ihr an den hier abgebildeten Querschnitten einer Drahtlitze und einer Strebe, die beide den gleichen Luftwiderstand haben:



Auch die Kriegstechnik hat ihre Lehren gezogen. Die Schußweite hängt von der Geschwindigkeit ab, und die wird abgebremst durch den Luftwiderstand. Die Geschosse der schweren Geschütze, die ja weit schießen sollten, haben deshalb folgende Entwicklung durchgemacht:

Die Zylinderform mußte im Prinzip beibehalten werden, da es im Rohr noch Führung braucht.

Andere Gebiete der Technik sind noch reichlich rückständig in dieser Hinsicht. Die Gitterkonstruktionen von Hochspannungsmasten und Funktürmen haben einen riesigen Luftwiderstand auszuhalten und müssen entsprechend fest und teuer gebaut werden. Eine runde Umkleidung würde den Widerstand schon auf ein Fünftel herabsetzen. Dasselbe Verhältnis gilt auch für die Widerstände eines quadratischen und eines runden Schornsteins. Diese Tatsache scheint am grünen Tisch der preußischen Bauverwaltung noch nicht bekannt zu sein. Die Bauvorschriften für Schornsteine enthalten noch immer die Weisheit von Anno 13, daß ein runder Schornstein zwei Drittel (in Wirklichkeit bloß ein Fünftel) vom Widerstand eines quadratischen hat und dementsprechend fest zu bauen ist.

Das „Tropfen-Auto" und das „Stromlinien-Auto", auch „Lausauto" genannt, waren Ansätze zu vernünftiger Bauweise. Schön waren sie nicht, nach der allgemeinen Auffassung. Deshalb wird weiter „modern" gebaut, mit Spitzkühler und anderen Nebensächlichkeiten. Die Dreckschicht, die sich an der Wagenrückwand infolge der Wirbelbildung absetzt, sieht wahrscheinlich nicht häßlich, sondern interessant aus.

An D-Zügen werden die Harmonikas jetzt dem Wagenquerschnitt mehr angepaßt. Man hat durch Modellversuche festgestellt, daß der Widerstand dadurch beträchtlich vermindert wird. Eine Abrundung der Lokomotivstirnfläche würde deren Luftwiderstand um 35 Prozent verringern. Das würde bei Gegenwind etwa fünf Zentner Kohle in der Stunde ersparen. Die Verkleidung würde sich also sehr bald bezahlt machen.

Es ist schon öfter die Rede gewesen von Modellversuchen. In Versuchsanstalten wurden in künstlichem Luft- oder Wasserstrom die auftretenden Kräfte gemessen. Diese Anstalten sind die Quelle, aus der all unser Stückwissen über Strömung stammt. Es gibt zwar Theorien in grauen Scharen gerade über Strömungserscheinungen, aber sie hinken stark nach und machen im allgemeinen erst dann „Erfindungen", wenn sich die Erfindung schon in der Praxis bewährt hat. Manchmal werden auch irgendwelchen Erfindungen zuliebe, die gut zu sein scheinen, die dazu passenden Theorien hingebogen. Es ist dann nur peinlich, wenn letzten Endes weder Theorie noch Erfindung richtig ist wie beim Rotorschiff. Bauer.

Grundlagen der Elektrotechnik

I.

Das Ohmsche Gesetz.

Der elektrische Strom wird von verschiedenen Körpern verschieden gut geleitet. Solche, die ihn leicht hindurch lassen und ihm keinen großen Widerstand entgegensetzen, nennt man Leiter (alle Metalle). Wird der Strom dagegen nur schwer hindurch gelassen und ihm also ein sehr großer Widerstand entgegengesetzt, so spricht man von einem Nichtleiter oder Isolator (Glas,Porzellan, Hartgummi, Seide). Beide sind in der Technik weit verbreitet.

Will man nun einen Strom fortleiten, so muß man ihm natürlich möglichst wenig Widerstand bieten, um keine Verluste zu haben. Die Metalle leiten ihn aber verschieden gut; am besten ist Silber. Dann folgen Kupfer, Gold, Zink, Eisen. Wollte man alle elektrischen Leitungen aus Silber machen, so wäre das viel zu teuer. Deshalb nimmt man Kupfer, das fast ebenso gut ist.

Den Widerstand eines Drahtes kann man sehr leicht errechnen, wenn man zwei andere Größen kennt: die Spannung (Volt) und die Stromstärke (Ampere). Man bezeichnet gewöhnlich die Spannung mit E (Elektromotorische Kraft), die Stromstärke mit J (Intensität) und den Widerstand mit R (Rheostat-Widerstand). Zwischen diesen drei Größen gilt das Ohm'sche Gesetz: $E = J \times R$.

Oder anders geschrieben:

$$J = \frac{E}{R};\ R = \frac{E}{J}$$

Wenn man also von diesen Größen zwei kennt, so kann man die dritte daraus berechnen. Den Widerstand, den der Glühdraht in einer elektrischen Birne hat, kann man so leicht ermitteln. Am Sockel der Birne steht gewöhnlich die Spannung (110 V) und die Stromstärke (0,5 A) verzeichnet. Es ist also:

$$E = 110 \text{ Volt und } J = 0{,}5 \text{ Amp.}$$

Daraus errechnet sich der Widerstand:

$$R = \frac{110}{0{,}5} = 220 \text{ Ohm.}$$

Er wird also gemessen in Ohm, ebenso wie das Gas in Kubikmetern und eine Länge in Metern.

Ich habe vorhin gesagt, wenn 2 Größen des Ohm'schen Gesetzes bekannt sind, kann man die dritte berechnen. Das gilt nicht nur für R sondern auch für E und J. Weiß man z. B., daß eine Taschenlampenbatterie eine Spannung E von 4 Volt hat und die dazu gehörige Birne einen Widerstand R von 10 Ohm, so ist die Stromstärke, die durch die Birne hindurchgeht:

$$J = \frac{E}{R} = \frac{4}{10} = 0{,}4 \text{ Amp.}$$

Wenn man von irgendeinem elektrischen Apparat weiß, daß er einen Widerstand R von 40 Ohm hat und höchstens eine Stromstärke J von 0,1 Amp. vertragen kann, ohne beschädigt zu werden, dann kann man sich die Spannung ausrechnen, die man an diesen Apparat heranbringen darf.

$$E = J : R = 0{,}1 : 40 = 4 \text{ Volt.}$$

Das Ohm'sche Gesetz ist eines der wichtigsten in der ganzen Elektrotechnik. Wer mit Elektrizität zu tun hat, sollte es unbedingt kennen. Man kann es sehr leicht behalten, wenn man sich merkt, daß die Spannung E immer entweder allein auf der linken Seite der Gleichung oder oben auf dem Bruchstrich steht. Etwas anderes ist unmöglich. Funker.

Kontaktverfahren in der Industrie

(Fortsetzung und Schluß.)

Die Gasanstalt liefert ebenfalls — als Nebenprodukt — Ammoniak. Aber bei dem dauernd gesteigerten Bedarf an Stickstoffprodukten (künstliche Düngung!) und der Abhängigkeit von der Einfuhr des Chilesalpeters tauchte die Frage auf, ob es nicht möglich sei, aus dem überall kostenlos zur Verfügung stehenden Rohstoff den Stickstoff zu gewinnen, nämlich aus der Luft, die ja 79 Prozent Stickstoff (N_2) enthält. Tatsächlich hat man dieses Problem lösen können, und zwar nach verschiedenen Methoden:

1. Gewinnung des Luftstickstoffes durch elektrischen Strom,
2. Kalkstickstoff und
3. die Ammoniak-Synthese (= Zusammensetzung) nach Haber-Bosch.

Dies letzte ist wieder ein Kontaktverfahren und es ist von den dreien auch das brauchbarste, vor allem auch deshalb, weil in Deutschland der elektrische Strom erheblich teurer ist als z. B. in Ländern mit vielen Wasserkräften (Schweden, Norwegen usw.).

Der Stickstoff ist ein fauler Geselle, er ist sehr „reaktionsträge", d. h. er geht nur sehr schwer irgendwelche Verbindungen mit anderen Elementen ein. So genügt es hier nicht, wie z. B. bei der Chlor- oder Schwefelsäureherstellung, einfach das Gasgemisch über den erhitzten Kontakt zu leiten, sondern man braucht außer einer Temperatur von etwa 600 Grad einen Druck von 150 bis 200 Atmosphären. Das war auch die größte Schwierigkeit bei diesem Verfahren: ein Material zu finden, das bei 600 Grad noch 200 Atmosphären aushält.

Man leitet nun ein Gasgemisch von Stickstoff (N_2) und Wasserstoff (H_2) ein und erhält das gewünschte Ammoniak ($N_2 + 3\,H_2 = 2\,NH_3$), das dann in Wasser aufgefangen wird und auch so als „Salmiakgeist" bekannt ist.

Die meisten chemischen Umsetzungen (z. B. auch alle Verbrennungen) liefern Wärme. Die bei der Bildung von Ammoniak entstehende Wärme ist groß genug, um bei sorgfältiger Isolierung den „Katalysator" (so bezeichnet man die Kontaktmasse, das klingt so schön unverständlich) auf der nötigen Temperatur zu halten.

Noch verhältnismäßig viel größer ist diese „Reaktionswärme" bei einem anderen Kontaktverfahren, bei der Salpetersäurefabrikation durch Verbrennen von Ammoniak.

Die wesentlichste Apparatur einer solchen Salpetersäurefabrik, in der Ammoniak mit dem Sauerstoff der Luft zu Stickstoffoxyd verbrannt wird ($2\,NH_3 + 5\,O = 2\,NO + 3\,H_2O$), sind alle in einem mäßig großen Fabrikraum zusammengedrängt. Hier stehen — fest gegen die Außenwelt vergittert (die Apparaturen enthalten für mehrere 100 000 Mark Platin) — 100 bis 200 doppelwandige Zylinder. In dem inneren Rohr steigt das noch unverbrannte Ammoniak-Luftgemisch hoch und wird durch die im äußeren Mantel des Zylinders herabsteigenden heißen Gase „vorgewärmt". Oben geht das Gasgemisch durch den Kontakt, ein glühendes Platinnetz, wobei a u g e n b l i c k l i c h die Verbrennung eintritt. Die Ammoniakverbrennung ist mit 0,01 Sekunden Zeit der am schnellsten verlaufende Kontaktprozeß der Industrie. Die heißen Gase steigen nun in dem Zylindermantel abwärts und erwärmen die im inneren Rohr nachsteigenden frischen Gase. Alles ist außerordentlich sauber, ein Mann Bedienung!

Das Schlagwort des Tages: die „flüssige Kohle" beruht ebenfalls auf einem Kontaktverfahren. Grundsätzlich ist die Herstellung der flüssigen Kohle genau dieselbe, wie die des Ammoniaks nach Haber-Bosch. Auch hier arbeitet man mit hohen Drucken und Temperaturen und braucht Wasserstoff, der das Arbeiten bei diesen ungünstigen Bedingungen ganz besonders erschwert, da kohlenstoffhaltiges Eisen über 500 Grad für Wasserstoff durchlässig und brüchig wird. Es ist daher gar kein Wunder, daß die neuen Anlagen zur Herstellung flüssiger Kohle in Leuna, dem großen Ammoniakwerk, gebaut werden. Dort verfügt man über die nötigen Apparaturkenntnisse und — dort kann man auch die Arbeiter besser ausbeuten, weil sie bereits eingefuchst sind.

Daß man im Kriege ebenfalls durch „Kontaktprozesse" aus den übelsten Schmieren und Tranen Margarine herstellte, sei nur nebenbei erwähnt; ich will euch nicht noch nachträglich den Appetit verderben.

Aber etwas anderes ist interessant: die Kontaktmassen werden durch eine Reihe von Stoffen unwirksam gemacht, „vergiftet". Und seltsamerweise sind diese „Katalysatorgifte" dieselben, die auch für den menschlichen Organismus giftig sind: Blei Arsen, Phosphor usw.

Eine für die Kenntnis des Aufbaues der deutschen Industrie wichtige Erkenntnis können wir aus den oben geschilderten Verfahren gewinnen: ein ungeahnt großer Teil der deutschen Industrie beruht auf Kontaktverfahren. Denn meines Wissens fließen 70 Prozent der Gesamteinnahmen der I. G. Farben (Interessen-Gemeinschaft Farbenindustrie A. G.) allein aus der Stickstoffabrikation. Die I. G. ist aber mit einem Aktienkapital von über 1 Milliarde Mark und als Zusammenschluß aller chemischen Betriebe von Bedeutung und einer Reihe nichtschemischer Industrien und Konzerne der weitaus größte Trust Deutschlands. (Die I. G. umfaßt: Bad. Anilin- und Sodafabrik, Farbwerke Bayer-Leverkusen, Höchster Farbwerke, Leuna, Köln-Rottweil-A.-G., Rheinland A.-G. usw.). Auf alle Fälle ist die I. G. der bedeutendste Machtfaktor in Wirtschaft und Politik, und sie wendet ihre Vormachtstellung rücksichtslos gegen jeden an, der ihren Plänen im Wege steht. Davon ein andermal. Stinkbombe.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270322-18/fragment/page=0011

B. Führer durch die Geschäftswelt der Provinz für Arbeiter und Angestellte im Bezirk Halle-Merseburg

Ammendorf

Gustav Godehardt
Hüte / Mützen
Herrenartikel / Berufskleidung
33754

Schuhwaren
in größter Auswahl, zu billigsten Preisen
Wilhelm Wünscher, Schuhmachermstr.
33732

Arbeiter, kauft bei Probsthayn
dort kauft man **billig** und gut
33733

Rind- u. Schweineschlächterei
ff. Wurst- u. Fleischwaren
Franz Vogel
Regensburger Str. 27
33750

Kurt Hecklau
Beesener Str. 29
ff. Fleisch- und Wurstwaren
33757

Otto Nau
ff. Fleisch- und Wurstwaren
Stand auf dem Wochenmarkte
in Halle a. S.
33753

Julius Engel
Beesener Straße
ff. Fleisch- u. Wurstwaren
33756

A. Steinbach, Haus- u. Küchengeräte
33768

Alfred Hermann
Uhren, Gold- u. Silberwaren
33747

Bäckerei Konditorei
Alfred Krause
33755

Zentral-Molkerei
Milch, Butter
Käse
33749

Bäckerei
tägl. frisches Landbrot u. Weißgebäck
Paul Hense
Beesener Str. 55
33751

Emil Krause
Friedenstr. 2
ff. Fleisch- u. Wurstwaren
33748

Adolf Knappe
Regensburger Str. 22
Kolonialwaren und Spirituosen
33784

Zigarren — Zigaretten — Tabake
Albert Rothe, Regensburger Str. 32
33738

Rind- u. Schweineschlächterei Wilh. Bauermann
Hallische Str. 74 :: **Prima Wurstwaren**
33735

Merseburg

Nach 20 Jahren bekommst Du
5000 für 3 Mk. oder 1750 für 1 Mk.
wöchentliche Spareinlage, **darum spare auch Du bei der**
Kreissparkasse Merseburg
33722

Werbt für den **Klassenkampf**

Albert Köhler, Installationsgeschäft Gotthardtstr. 33
Beleuchtungskörper aller Art, elektr. Bügeleisen, Heizplatten sowie sämtl. Ersatzmaterialien, Emaillen, Aluminium-, Blech- u. Lackierwaren, verz. Voll- u. Stabdrahtwannen.
33723

Bäckerei William Juckoff, Neumarkt 21
33733

Hüte — Mützen
Herrenartikel
:: Pelzwaren ::
Karl Wittenbecher
— Neumarktstor 1 —
33741

Gustav Schiller
Tennien bei Merseburg
Kolonialwaren u. Gastwirtschaft
33731

Gebr. Scheibe
Schmale Straße 25
Telephon 235
Möbel jeder Art
33728

Kolonialwaren
Zigarren, Zigaretten
Tabake
M. Schelle
Windberg 6
33743

Bäckerei Ernst Preußer, Neumarkt 47
33730

Naumburg

Herm. Thurm, Kleine Wenzelgasse 5, Telephon 580
Ia. Fleisch- u. Wurstwaren. Schlachtpferde werden jederzeit gekauft
33744

Schuhhaus Hermsdorf
Billigste Bezugsquelle
Reparaturwerkstatt
Engelgasse 17 — Engelgasse 17
33746

Eidowo Sprechmaschinen-Werk
Breuckmann & Just, Salzstr. 7
Eigene Fabrikation von Musikapparaten
Riesenlager in Schallplatten
— Bequeme Teilzahlung —
33759

Nähmaschinen ∴ Fahrräder
Sprechapparate
Reparaturwerkstatt
Hugo Sieber Große Salzstr. 32
33745

Goldener Hahn, Roonplatz
Verkehrslokal
der organisierten Arbeiterschaft
33761

Luise Albrecht
Gr. Wenzelstraße 3
Manufaktur-, Kurz- u. Wollwaren
33763

Weingarten-Drogerie
Rudolf Heyne
Weingartenstr. 28
33744

Max Gollenberg, Herrenstr. 1
Herren- u. Knaben-Garderobe
33760

G. Wesemann, Uhren, Topfmarkt 5
33762

Trinkt nur Hennenbiere

Merseburg

Bernhard Reiche, Merseburg
Erstklassiges Spezialgeschäft für
Seiden-, Kleider- u. Herrenstoffe, Gardinen
Wäsche, Leinen- u. Baumwollwaren, Bettfedern
33726

Wollwaren, Herren- u. Damenwäsche, Strümpfe aller Art. Linda Peters, Unterallenburg 4
33742

Konsum- und Spargenossenschaft für Merseburg und Umgegend
Zentrallager ∴ Fleischerei
Bäckerei
22 Verteilungsstellen
33718

Kredithaus
W. Ferg o. m. b. H. **Adolf Apelt**
Herren- u. Damen-Konfektion
Wäsche usw.
Weißenfelser Str. 11
33719

Lichtspielpalast Sonne
:: Erstes Theater am Platze ::
Zur Aufführung gelangen die
neuesten Groß-Filme
Union-Theater
Theater der Sensations- und modernen Spielfilme
Programmwechsel Dienstags u. Freitags
33727

Schuhwaren kaufen Sie preiswert und gut im
Schuhhaus Moritz Gebhardt, Roßmarkt 5
33721

Lebensmittel, Rauchwaren, Spirituosen
O. Fraydorf Neumarkt 6 Fernruf 1048
33736

Möbeltransport, Lagerung, Fuhrwerken
Kaltore-Briketts in jedem Quantum
frei Gelaß, sofort lieferbar
Paul Naumann, Hirtenstraße 11
33725

Rudolf Hesse
Sand 3
Kolonial- und Wurstwaren
33720

Bäckerei
Oskar Bobardt
Amtshäuser 1
33730

Carl Baum
Kl. Ritterstraße 14
Solinger Stahlwaren
Feinschleiferei für Messer u. Scheren
33724

Robert Müller
Neumarkt 23
33729

Zigarren
Zigaretten
Tabake
Otto Kirchner
Neumarktstor 2
33740

Metallbetten
Kinder- u. Puppenwag.
Seifenkistenfahrer usw.
Küchengeräte und Eisenwaren
Emil Pursche
Neumarkt 14
33737

Teuchern

Otto Hinniger Rind- u. Schweineschlächterei — Schützenstr. 4 —
33770

Bernhard Ackermann
Brot u. Weißwaren
33766

Franz Fischer Zigarren Zigaretten
33771

Schuhhaus Eduard Zetsche Zeitzer Straße 9
33767

Nähmaschinen
Fahrräder :: Reparaturen
Bequeme Teilzahlung
Felix Junghans
33775

Kurt Frohn Bahnstr. 17
:: ff. Fleisch- und Wurstwaren ::
33777

Reserviert

Paul Richter
Bäckerei
Materialwaren
Zeitzer Str. 33
33768

Arbeiter!
Besucht den „Grünen Baum"
33769

Reinhold Klee Schützenstr. 18
:: Bäckerei und Materialwaren ::
33776

Adler-Drogerie
Otto Zimmermann
∴ Oberstr. 5 ∴
33773

Richard Schiele
Bahnstr. 9
Delikatessen
und
Lebensmittel
33778

L. Just, Oberstr. 6
Billigste Bezugsquelle
in Manufaktur-, Weiß-, Kurz- u. Wollwaren
33774

Otto Köhler Oberstr. 1
Polster- und Lederwaren
sowie sämtliche Möbel
33772

Hohenmölsen

Arbeiter! Besucht das
Lichtspielhaus am Schützenplatz
33800

M. Penndorf, Zeitzer Straße 7
Lebensmittel, ff. hausschlachtene Wurst
33810

Karl Ritzer
Galanterie, Weiß-, Woll- und Spielwaren
33806

Oswald Brösdorf
billigste Bezugsquelle für
Arbeiter-Berufskleidung
33803

Etablissement „Preußischer Hof"
Angenehmer Aufenthalt
Gute Bewirtschaftung ::
Jeden Freitag Kino
33792

Wilhelm Beyer
Klempnerei u. Haushaltungswaren
33793

Hermann Böttger, Hohenmölsen
Arbeiter-Bekleidungshaus
33780

Hausschlachtene Fleisch- u. Wurstwaren **Paul Röhrborn & Co.** ff. Aufschnitt und Wurst
33804

Bitterfeld

Paul Birkner, Nordstr. 1 Tel. 2659
Holz- und Spielwaren
Handwagen
Reparaturen
und
Ersatzräder
33669

Wäscherei Edelweiß
A. Hagemann
Annahmestellen: Hallesche Str. 9
∴ Fabrik: Wolfener Str. 4 ∴
33688

Roßschlächterei Gustav Pülchel
täglich frische Fleisch- u. Wurstwaren
33692

Günstiges
Kauf-Angebot
Pfaff-Nähmaschinen — Sprechmaschinen
Puppenwagen — Kinderschlitten — Schaukelpferde — Dampfmaschinen — Modelle
Motore u. Dynamos — Stabilbaukasten
Elektrische Kronen-Wringer-Radio-Teile
Zirne-Fahrrad-Industrie
Max Schneider
Hallesche Str. 27 — Tel. 2381
33676

Otto Lieder, Roßschlächterei
prima Fleisch- und alle Sorten Wurstwaren, sowie tägl. Warme
33690

Spart bei der
Konsum- u. Spar-Genossenschaft Bitterfeld
33672

Otto Schönfeld
Wiesenstr. 7
Prima Fleisch- u. Wurstwaren
33689

Brot- und Feinbäckerei
Hans Wiedemann
Röhrenstr. 31
33690

G. Stessens
Weinbergstr. 5
jede Woche zweimal frische Wurst
33691

Kauft nur **Lippinghäuser-** Margarine
Fabriklager: Bitterfeld, Bismarckstr. 17
33681

Moritz **Neumann**
Dessauer Str. 49
Kolonialwaren
ff. hausschlacht. Wurstwaren
33675

Jeden Mittwoch:
Schlachtefest
ff. Wurstwaren
in bekannter Güte
G. Stäubert
Dessauer Str. 30
33671

Kurt Steche, Wittenberg
Zühenstraße 13
Dampfbäckerei und Konditorei
33673

Reinhold Kresse
Brauhstraße 1
Fleisch- und Wurstwaren
33686

Hohenmölsen

Albert Simon
empfiehlt
Polstermöbel u. Lederwaren
33808

A. Lehmann
Lederwaren, Haus- u. Küchengeräte
Glas und Porzellan
33794

Schuhhaus F. Michaelis Sonnabends geschlossen
33795

Liköre, Spirituosen und Kolonialwaren
billigst bei
G. Boost & K. Albrecht, Magdeburger Straße 12
33807

Paul Glöckner
Hüte, Mützen
und
Herren-Artikel
33804

Rupsch Restaurant
Angenehmer Aufenthalt
33786

Max Müller
Herren- u. Damen-Friseur
33799

Kleine Markthalle Inh.: Paul Schäffner
Billigste Bezugsquelle f. Lebensmittel
33787

Bei
Walter Groß
kaufen Sie
Kognac, Zigarren u. sämtl. Lebensmittel
am billigsten
33798

Kaufhaus Hirschberg
Billigste Bezugsquelle
für
Schnittwaren und Konfektion
33783

Konditorei Billhardt
täglich frisches Gebäck und Kuchen
33788

Emil Loth
Installation
Beleuchtung
Motore : Fahrräder
33784

Tischlermeister Otto Kemnitz & Söhne
Möbel aller Art Hohenmölsen Billige Preise
∴ Angenehme Zahlungsbedingungen ∴
33801

Albert Franz
Lindenstr. 25
Schweineschlächterei
33809

Nähmaschinen- u. Fahrradhandlung
Paul Donner, Badergasse 14
Reparaturwerkstatt — Schleiferei
33796

Gebrüder Günther
Rind- und Schweineschlächterei
ff. Fleisch- und Wurstwaren
33789

Otto Fuhrmann
Eisenwaren
haushaltungswaren
33802

Karl Lorenz
ff. Fleisch- und Wurstwaren
33790

Albin Krosse
Billigste Bezugsquelle für Lebensmittel
33785

Restaurant zur frischen Quelle
Verkehrslokal der organ. Arbeiter
Lützener Str. 32 ∴ Reinhold Zubert
33791

Max Schnurr
Uhren
Goldwaren
und Optik
Reparaturwerkstatt
33782

Zigarren — Zigaretten — Tabake
empfiehlt billigst
Gablers Zigarrenhaus
33781

Theod. Kahnt, Zeitzer b. Hohenmölsen
:: Lebensmittel, Textil-, Weiß- u. Kurzwaren ::
33797

Klassenkampf

Kommunistisches Organ
für den Bezirk Halle=Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter=Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn= und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark: durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv=Genossenschaft für den Bezirk Halle=Merseburg. eGmbH., Halle. Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Pfennig für den Millimeter Höhe und Spalte; 70 Pfennig für Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle. Lerchenfeldstr. 14. Tel. 21045, 21047, 22251. Telegr.=Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz= u. Privat=Bank. Halle. Postscheckkonto: Leipzig 106848 Fritz Kroh. Halle.

Einzelpreis 10 Pf. | Halle, Dienstag, 22. März 1927 | 7. Jahrgang ★ Nr. 68

Einmarsch der Kanton=Truppen in Schanghai

Die weiße Armee in voller Auflösung — Generalstreik in Schanghai — Zusammenstöße mit den britischen Truppen

Die von uns gestern veröffentlichte Meldung über die Einnahme Schanghais durch die Kanton=Truppen wird bestätigt. Montag, am 21. März, früh, besetzten die Kanton=Truppen die Chinesenstadt Schanghai. Ueber den Einzug und die gegenwärtige Lage liegen folgende Meldungen vor:

(Eig. Drahtm.) Schanghai, 22. März.

Nach dem Einzug der Kanton=Truppen in Schanghai veranstalteten Tausende von chinesischen Einwohnern Kundgebungen für die Kantonesen. Der Streik ist allgemein. Nach eingegangenen Meldungen ging die Besetzung Schanghais durch die Südtruppen fast ohne jede größeren Kämpfe vor sich. An vielen Stellen der Stadt gingen die Tschangtung=Truppen geschlossen zur Kanton=Armee über. In Schanghai selbst sind überall Proklamationen angeschlagen, in denen die Sicherheit der Fremden garantiert wird. In den Niederlassungen selbst ist es an den verschiedensten Stellen jedoch wiederholt zu Zusammenstößen mit den Demonstrationszügen gekommen. Innerhalb der Niederlassungen wurden eine Anzahl Propagandaleute verhaftet, die angeblich chinesische Arbeiter „aufzuwiegeln“ versuchten. Mit dem Fall Nankings wird stündlich gerechnet. In Nanking sollen größere Meutereien der Nordtruppen ausgebrochen sein.

Die Meldungen, die die deutschen bürgerlichen Telegraphenagenturen bringen, und die fast restlos aus den englischen amtlichen und halbamtlichen Nachrichtenfabriken stammen, stellen die Lage so dar, als ob das Leben der Ausländer in der internationalen Niederlassung Schanghais gefährdet wäre. Die Polizei der internationalen Niederlassung sei gezwungen gewesen, „die Straßen von den erregten Menschenmassen zu säubern“ und zu diesem Zwecke auf die Demonstranten mehrere Knüppelangriffe zu unternehmen. Die deutsche bürgerliche Presse nimmt immer deutlicher für den englischen Imperialismus Partei. So schreiben z. B. die heutigen „Leipziger Neueste Nachrichten“: „Es wird sich zeigen, ob die Kanton=Armee fähig ist, die internationale Niederlassung vor den plündernden bolschewistischen Streikhorden zu schützen.“ Die folgenden zwei bürgerlichen Meldungen sind für diese Art Lügenberichterstattung typisch:

Schanghai, 20. März.

Chinesische Truppen, vermutlich des Nordheeres, trafen heute abend im Norden der internationalen Niederlassung auf die Sperre und begannen zu plündern. Auf Ersuchen der Polizei wurde ein Panzerwagen an Ort und Stelle gesandt, der einem ständigen Feuer aus Maschinengewehren ausgesetzt war. Ein englischer Offizier und drei Mann wurden verwundet.

Schanghai, 21. März.

Aus der Richtung der Chinesenstadt ist dauernd Gefechtslärm vernehmbar. In der internationalen Siedlung sind verschiedene Personen verwundet worden.

Allem Anschein nach will der britische Imperialismus bewaffnete Zusammenstöße zwischen den Kanton=Truppen und den englischen Kräften provozieren, um dadurch einen Vorwand für einen blutigen Feldzug gegen die chinesische revolutionäre Bewegung zu gewinnen.

Die nächsten Tage sind deshalb für die weitere Entwicklung von entscheidender Bedeutung. Es wird sich auch zeigen, ob die amerikanischen, französischen und japanischen Truppen in Schanghai bereit sind, gegen die chinesischen Arbeiter und Bauern zu kämpfen.

Die Einnahme Schanghais durch die nationalrevolutionäre Armee bedeutet die Möglichkeit, die chinesische Revolution in proletarischer Richtung weiterzutreiben. In Schanghai sind die besten Kräfte der chinesischen klassenbewußten Arbeiterschaft konzentriert. Jeder erinnert sich noch der heldenhaften Streikbewegung, die die Schanghaier Gewerkschaften im Jahre 1925 geführt haben, und die trotz des weißen Terrors Monate hindurch nicht niedergerungen werden konnte. Außer der politischen Stärkung, die die Bewegung erhält, bedeutet die Einnahme von Schanghai die Erschließung von ungeheuren Einnahmequellen für die Kanton=Regierung. Der Besitz von Schanghai bedeutet die Kontrolle des chinesischen Außenhandels und der Zölle. Erst dadurch wird die Kanton=Regierung in die Lage versetzt, die finanziellen Grundlagen für eine Politik zu schaffen, die im Interesse aller Werktätigen liegt.

Das deutsche Proletariat begrüßt den weltgeschichtlichen Sieg der national=revolutionären Bewegung. Ohne die Rolle, die die Kommunistische Partei Chinas in der Bewegung spielt, wäre es sicher nicht gelungen, die bisherige kompromißlos antiimperialistische Richtung durchzusetzen. In den kommenden großen Kämpfen zwischen britischem Imperialismus und national=revolutionärer Bewegung in China wird die Rolle der Kommunistischen Partei an Bedeutung immer zunehmen. Ihr fällt die Aufgabe zu, die Bewegung in der Richtung des proletarischen Klassenkampfes immer mehr vorwärts zu treiben.

Explosionskatastrophe in der Kohlenverflüssigungsanlage des Chemietrusts

(WTB.) Ludwigshafen, 22. März.

Gestern abend gegen 10 Uhr entstand in dem Kohleverflüssigungsbetrieb der J. G. Farbenindustrie infolge Defektwerdens einer Leitung eine Explosion, bei der 12 Arbeiter verletzt wurden. Zwei Arbeiter, deren Verletzungen erheblicher Natur sind, wurden in das Krankenhaus Frankental gebracht. Die übrigen kamen mit leichteren (?) Verletzungen davon.

*

Das Mordsystem des Giftkapitals erfordert täglich neue Opfer. Es ist ein himmelschreiender Skandal, daß Regierung, Behörden und Instanzen diesem mörderischen Treiben tatenlos zusehen. Das neue schwere Unglück ist für die Leunaarbeiter deshalb ein besonderes Alarmsignal, weil die Kohlenverflüssigungsanlage im Leunawerk in den nächsten Wochen schon in Betrieb genommen werden soll. Der „Klassenkampf“ hat schon vor Monaten darauf hingewiesen, daß diese Anlage, die die bürgerliche Presse nur als ein „Wunderwerk der Technik“ zu preisen weiß, eine Mordhölle für die Arbeiter sein wird. Die Katastrophe in Ludwigshafen bestätigt unsere Mahnung.

Die wahren Schuldigen sind die Verantwortlichen für das furchtbare Antreibesystem, das in den Betrieben des Chemietrusts herrscht. Kampf dem Mordsystem!

Metallarbeiterversamml[illegible]

Gestern abend tagte im „Volkspark“ die Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes Halle, um Stellung zu nehmen zu den jüngsten Tarifverhandlungen, insbesondere zum 52=Stunden=Schiedsspruch. Einstimmig wurde nach dem Bericht des Kollegen Drescher und einer lebhaften Diskussion folgende **Entschließung** angenommen:

„Die Mitgliederversammlung des DMV. Halle vom 21. März 1927 heißt den Beschluß der Bezirks=Bevollmächtigtenkonferenz des DMV. Halle, der den Schiedsspruch, die 52=Stunden=Woche betreffend, ablehnt, gut. Die Mitgliederversammlung erwartet, daß auch jedes Kompromiß in der Arbeitszeitfrage abgelehnt wird. Sie fordert den starren Achtstundentag und die 46stündige Arbeitswoche. Mit der Frage der Arbeitszeit muß die Lohnfrage unbedingt verbunden werden. An der Spitzenforderung von 80 Pf. pro Stunde ist festzuhalten. Der Schiedsspruch vom 21. März ist abzulehnen, wie jeder Schiedsspruch, der den berechtigten Forderungen der Metallarbeiter nicht gerecht wird.

Die Unternehmermanöver, einen den Forderungen der Metallarbeiter nicht gerecht werdenden Schiedsspruch durch die Schlichtungsausschüsse des kapitalistischen Staates verbindlich erklären zu lassen, müssen mit einem geschlossen geführten, offenen Kampf beantwortet werden. Vom Hauptvorstand wird erwartet, daß er alle Mittel anwendet, um den Kampf der mitteldeutschen Metallarbeiter nachdrücklichst zu unterstützen.“

Gegen die Folterungen der ungarischen proletarischen Kämpfer wurde folgende Entschließung gefaßt:

„An die ungarische Regierung.

Die am 21. März stattgefundene Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes Halle erhebt den schärfsten Protest gegen die barbarischen Folterungen klassenbewußter Arbeiter, die vor ein terroristisches Standgericht gestellt werden sollen, einzig aus dem Grunde, weil sie [illegible]

[illegible]

Auch in Magdeburg, Dessau usw. ist die Metallarbeiterschaft an der Arbeit. Schon oft hat die hallische Metallarbeiterschaft allein gestanden. Um so mehr muß sie vorangehen und von den einzelnen Betrieben aus die Bezirksleitung zu einer großzügigen, einheitlichen Mobilisierung im ganzen Tarifgebiet zwingen.

Heran an die Arbeit!

Wachsende Kriegsgefahr auf dem Balkan

Die Kriegsgefahr, die in den letzten Tagen durch den Albanienkonf[illegible]

[illegible] stark England hinter dieser Hetze steht, beweist das offizielle „Journal d'Italia“, indem es die Kriegshetze gegen Jugoslawien, die zur Verschleierung der italienischen Kriegspläne führen soll, mit einer **wüsten Hetze gegen die Sowjetunion verbindet.** Es heißt in diesem Organ: „Die sogenannte „Weiße Hand“, militärische Geheimorganisation in Jugoslawien, stehe zur Verwirklichung ihrer Angriffspläne **mit bolschewistischen Kreisen in Verbindung.** Einer ihrer Führer hätte vor kurzem in Wien mit Vertrauensleuten der sowjetrussischen Gesandtschaft eine Konferenz gehabt.“ Die Stellung Frankreichs ist vorerst sehr undurchsichtig. Zweifellos stimmt der Wunsch der jugoslawischen Regierung, die Angelegenheit vor den Völkerbund zu bringen, mit der Politik Frankreichs überein. Zwischen der französischen, englischen, italienischen und deutschen Regierung sind ständige telegraphische und telephonische Besprechungen und Botschafterbesuche über den Balkankonflikt im Gange.

*

Wie der Berichterstatter des „Matin“ erfährt, ist die südslawische Regierung bereit, die Frage der Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit Albaniens **der Kontrolle des Völkerbundes zu unterbreiten.** Das Ziel Jugoslawiens ist, die **Schutzherrschaft Italiens über Albanien dadurch zunichte zu machen, daß es den Völkerbund an seine Stelle setzt.** Italien wie auch England will natürlich von diesem Plan Jugoslawiens nichts wissen. Französische Pressestimmen fordern Stresemann auf, als augenblicklichen Vorsitzenden des Rats **die Initiative zu ergreifen und die Albanienfrage vor den Völkerbund zu bringen. Die deutsche Regierung läßt erklären, daß Stresemann dazu nicht befugt sei.**

Ein Zwischenfall im südslawischen Parlament

Belgrad, 21. März.

In der heutigen Debatte in der Skupschtina ereignete sich ein Zwischenfall, der wohl nicht ohne Folgen bleiben wird. Der Abgeordnete Wilder sprang plötzlich auf und rief, gegen die Diplomatenloge gewendet, wo in der ersten Reihe General Brodrero, der **italienische Gesandte,** saß:

„Der italienische Gesandte General Brodrero ist noch immer hier. Hinaus mit ihm aus dem Lande, mit seiner ganzen Spionenbande. Der südslawische Gesandte Baludgowitsch mußte Rom bereits verlassen, warum sitzt Brodrero noch immer hier?“

Bei der Opposition wurden die Worte Wilders mit Beifall aufgenommen. Der Präsident der Skupschtina unterbrach die Versammlung und verließ den Saal. Die Mitglieder der Regierung traten sofort zum Ministerrat zusammen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270322-18/fragment/page=0013